

17. Jahrgang

Nr. 2

Juni 2006

# Sozialimpulse

## Rundbrief

### Dreigliederung des sozialen Organismus

Bewusstsein -  
Macht - Zukunft

Salutogenese und  
Sozialgestaltung

Europäisches  
Sozialforum Athen

Militäreinsatz im Kongo  
AVENIR-Projekt Togo

Betrachtungen  
und Berichte

Initiativen  
und Termine

Herausgegeben von der  
Initiative Netzwerk Dreigliederung

# Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen \_\_\_\_\_ 3

## Bewusstsein - Macht - Zukunft

Welche Perspektiven hat die Menschheit?  
(Nicanor Perlas) \_\_\_\_\_ 5

Salutogenese - Ein Thema für die  
Sozialgestaltung? (Christoph Strawe) \_\_\_\_\_ 8

Europäisches Sozialforum  
in Athen (C. Strawe) \_\_\_\_\_ 10

Militärmission im Kongo - Ein falsches Zeichen  
europäischen Engagements? (Wilhelm Neurohr) \_\_\_\_\_ 14

AVENIR - Zukunft für Afrika -  
Dreigliederungsprojekt in Togo  
(Mechthild Gruner-Neurohr) \_\_\_\_\_ 20

## Betrachtungen und Berichte

Freie Schule und Kinder mit Migrationshintergrund:  
Zur PISA-Sonderauswertung  
(Henning Kullack-Ublick) \_\_\_\_\_ 27

Interkulturelle Waldorfschule Mannheim \_\_\_\_\_ 28

Debatte: Freiheit der Kultursphäre und Staat  
(Michael Opielka, Karl-Dieter Bodack,  
Sascha Scholz) \_\_\_\_\_ 28

Verbraucher in der Verantwortung:  
Treffen von Verbraucherinitiativen (Petra Kühne) \_\_\_\_\_ 31

Energiegenossenschaften (Eva Sassen) \_\_\_\_\_ 32

Verbraucherinformationsgesetz \_\_\_\_\_ 33

Verschiedenes:

Neue Studie zu WTO-Abkommen \_\_\_\_\_ 34

Zur Arbeitsplatzbeschaffung  
(Michael Rist, Bettina Kalambokis) \_\_\_\_\_ 34

Kein Ausverkauf der Bahn! \_\_\_\_\_ 35

Transparenz bei EU-Agrarsubventionen \_\_\_\_\_ 36

Bundesverdienstkreuz für Hans Werner \_\_\_\_\_ 36

## Initiativen und Termine

Schulungszentrum auf den Philippinen  
(Thomas Brendel, Thomas Autenrieth) \_\_\_\_\_ 37

Volksabstimmung als Schlüssel für Lösungen \_\_\_\_\_ 38

Tagung „Im Aufbruch“ \_\_\_\_\_ 39

Arbeitskreis Soziale Plastik \_\_\_\_\_ 39

Volksgesetzgebung und Bundestag \_\_\_\_\_ 39

Freie Sommeruniversität Cottbus \_\_\_\_\_ 40

Summer School on Social Banking \_\_\_\_\_ 40

Künstler praktizieren Zusammenarbeit  
(Peter Nöbauer) \_\_\_\_\_ 41

Lieferbare Rundbriefe \_\_\_\_\_ 42

Institut für soziale Gegenwartsfragen:  
Fortbildungsseminare und Studiengang \_\_\_\_\_ 43

# Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus.  
Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Hauß-  
mannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950,  
Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.  
sozialimpulse.de. ISSN 1619-1900. Redaktion und Verwaltung: Dr.  
Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister,  
Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Es erschei-  
nen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen  
Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte  
durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625,  
Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101  
(IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA  
DE 33). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der  
BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte  
genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März,  
Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt  
eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

# Editorial

Am 1. Juni stimmte der Deutsche Bundestag dem Militäreinsatz der Bundeswehr im Kongo zu. FDP und Linkspartei sprachen dagegen, die Grünen dafür - wahrhaftig eine neue Konstellation. Über die Problematik dieser Entscheidung schreibt Wilhelm Neurohr in seinem Artikel in diesem Heft und versucht dabei, Hintergründe auszuleuchten und Interessenkonstellationen aufzudecken.

Der Kongo-Einsatz lenkt die Blicke dahin, wo viele sonst nicht gerne hinschauen: auf den geschundenen afrikanischen Kontinent, an dessen Lage die Europäer so große Mitschuld tragen. Afrika ist aber auch ein sehr vitaler Kontinent, in dem es nicht nur namenloses Elend und Leid gibt, sondern auch Initiative für ein besseres Leben. Mechthild Gruner-Neurohr berichtet über ein Dreigliederungsprojekt in Togo, an dem sie maßgeblich beteiligt ist, das Hoffnungen weckt.

Auch in Afrika ruhen letztlich die Hoffnungen auf der Entwicklung der Zivilgesellschaft. Da ist es gut, sich zu vergegenwärtigen, dass im Januar 2007 das Weltsozialforum in Nairobi stattfinden wird. „Das Wachstum der afrikanischen sozialen Bewegungen ist von besonders großer Bedeutung für die ganze Welt. Das Weltsozialforum wird eine Gelegenheit sein, gegen die Ausbeutung und den Neokolonialismus Europas zu kämpfen.“ So heißt es in einer Erklärung europäischer sozialer Bewegungen, die im Mai in Athen formuliert wurde.

Von den Schwierigkeiten und den Perspektiven der zivilgesellschaftlichen Bewegung in ihrer Gesamtheit spricht der Beitrag von Nicanor Perlas über „Bewusstsein - Macht - Zukunft“ und auch mein Augenzeugenbericht über das Europäische Sozialforum, das vom 4.- bis 7. Mai stattfand.

Der Frage, wie nicht nur die Krankheiten des sozialen Lebens bekämpft, sondern vor allem soziale „Gesundheit“ proaktiv hergestellt werden kann, geht der Artikel zum Thema „Salutogenese“ nach. Auch wird über eine Reihe von Initiativen berichtet, die ganz konkrete Beiträge in einer solchen Richtung leisten, nicht nur in Afrika. Das beginnt mit der Interkulturellen Waldorfschule in Mannheim und endet bei dem Projekt eines Schulungszentrums, das Nicanor Perlas auf den Philippinen schaffen möchte.

Alle diese Initiativen - und besonders die in sogenannten Entwicklungsländern - bedürfen der konkreten Unterstützung. Ich hoffe, dass die Veröffentlichung dazu beiträgt, dass diese Unterstützung zustande kommt.

Ihr



## Notiert: Aus dem Zeitgeschehen\*

US-Präsident Bush spricht sich gegen einen raschen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak aus +++ Die baskische ETA verkündet einen dauerhaften Waffenstillstand und schwört damit Terroranschlägen ab +++ Internationale Proteste gegen ein drohendes Todesurteil für einen Afghanen, der vom Islam zum Christentum konvertiert ist +++ Millionenproteste gegen die geplante Arbeitsmarktreform in Frankreich. Es geht um ein Gesetz, das bei Erstinstellungen für zwei Jahre den Kündigungsschutz völlig beseitigt. Präsident Chirac unterzeichnet das Gesetz schließlich, verlangt aber zugleich Nachbesserungen. Auch danach gehen die Proteste weiter; sie führen schließlich zur Rücknahme des Gesetzes und zur Verabschiedung einer Alternative, bei der nun die Jugendarbeitslosigkeit durch finanzielle Anreize für Arbeitgeber bekämpft werden soll +++ Nach den Wahlen in Weißrussland spricht die Opposition von einem manipulierten Ergebnis, in Minsk demonstrieren Tausende gegen Präsident Lukaschenko. Schließlich schreiten die Sicherheitskräfte gegen die friedlichen Demonstranten ein +++ Auf einem Ratsgipfel in Brüssel wird die Dienstleistungsrichtlinie in der vom Europäischen Parlament beschlossenen Form bestätigt +++ Der EU-Ratsgipfel beschließt den Einstieg in eine gemeinsame europäische Energiepolitik +++ Zunehmend schließen sich auch die niedergelassenen Ärzte in Deutschland den Protesten ihrer Kollegen an Kliniken an +++ Die EU beschließt den Einsatz von 1500 Soldaten unter deutscher Führung im Kongo. Sie sollen die Wahlen absichern. Gleichzeitig geht es aber auch um wirtschaftliche Interessen in der Region +++ Die Landtagswahlen in drei deutschen Bundesländern sind durch ein Rekordtief bei der Wahlbeteiligung charakterisiert. In Baden-Württemberg siegt deutlich die CDU mit Ministerpräsident Günther Oettinger, in Rheinland-Pfalz kann SPD-Ministerpräsident Kurt Beck in Zukunft allein regieren. In Sachsen-Anhalt wird die bisherige schwarz-gelbe Koalition durch eine große Koalition abgelöst +++ Das Kollegium einer Hauptschule in Berlin Neukölln richtet einen Hilferuf an die Behörden, weil man der Gewalt an der Schule nicht mehr Herr werde +++ Bei den Wahlen zur Knesseth siegt in Israel die vom früheren Ministerpräsidenten Scharon gegründete Kadima-Partei unter dem jetzigen Regierungschef Ehud Olmert. Abgeschlagen endet der Likud Block mit Benjamin Netanjahu +++ Der wegen Übertritt zum Christentum in Afghanistan angeklagte Abdul Rahman wird freigelassen. Italien gewährt ihm Asyl +++ Das Vogelgrippevirus H5N1 wird erstmals in Deutschland bei Nutzgeflügel gefunden. In dem betroffenen sächsischen Betrieb finden daraufhin Massenkeulungen statt, die Schutzmaßnahmen werden verstärkt +++ Beim Berliner Energiegipfel gibt es Meinungsverschiedenheiten über die Rolle der Kernenergie +++ In Baden-Württemberg kommt es zur Einigung zwischen den kommunalen Arbeitgebern und der Gewerkschaft ver.di. Es gilt nun die 39-Stunden-Woche +++ Die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei Petra Pau wird Bundestagsvizepräsidentin. Im Herbst hatte Parteichef Bisky nicht die nötige Stimmzahl

erhalten +++ Das Hochwasser in den Elbregionen übertrifft teilweise noch den Pegel der „Jahrhunderflut“ im August 2002 +++ Der SPD-Bundesvorsitzende Matthias Platzeck muss sein Amt nach knapp 5 Monaten aus gesundheitlichen Gründen abgeben, sein Nachfolger wird der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck +++ In US-Medien erscheinen Berichte über Pläne der USA für einen Militärschlag gegen den Iran. Die amerikanische Außenministerin Rice droht dem Iran vor dem UN-Sicherheitsrat. Später verstärkt sie die Drohungen und deutet die Möglichkeit der Bildung einer neuen „Koalition der Willigen“ gegen den Iran an +++ In seiner Osteransprache fordert Papst Benedikt einen für alle Seiten ehrenhaften Kompromiss im Atomstreit um den Iran und verstärkte Bemühungen zur Lösung des Nahost-Konflikts. Dabei setzt er sich sowohl für das Existenzrecht Israels wie für einen lebensfähigen Palästinenserstaat ein +++ Bei den Wahlen in Italien siegt das „Mitte-Links-Bündnis“ mit Romano Prodi knapp. Silvio Berlusconi weigert sich zunächst, die Niederlage einzuräumen +++ Tausende Menschen flüchten vor dem Donau-Hochwasser in Südosteuropa +++ Vor dem Hintergrund des Iran-Konflikts steigen die Ölpreise auf einen Rekordstand von 74 Dollar pro Barrel +++ Erstmals nach den Wahlen in Palästina und Israel kommt es wieder zu einem Selbstmordattentat. Ein Sprecher der Hamas-Regierung spricht von einem „Akt der Selbstverteidigung“, was weltweit Empörung hervorrufen +++ Der chinesische Ministerpräsident Hu Jintao weilt zu einem Staatsbesuch in Washington. Themen sind u.a. der Iran-Konflikt, die koreanische Atomrüstung, das Handelsbilanzungleichgewicht zwischen beiden Ländern, die Bewertung der chinesischen Währung und der Patentschutz. Konkrete Vereinbarungen werden nicht getroffen +++ In Potsdam wird ein Äthiopier mit deutscher Staatsangehörigkeit von zwei Tätern lebensgefährlich verletzt. Es ist von einem rassistischen Hintergrund der Tat auszugehen. Die Bundesanwaltschaft zieht die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen an sich, zwei Tatverdächtige werden festgenommen +++ Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) proklamiert angesichts wachsender Gewaltbereitschaft an Schulen ein Bündnis für eine wertorientierte Erziehung. Dass zunächst nur die beiden großen christlichen Kirchen einbezogen werden, stößt auf Kritik +++ 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl +++ Meldungen zufolge will Papst Benedikt wenigstens für verheiratete HIV-Infizierte den Gebrauch von Kondomen erlauben +++ Terroranschläge im ägyptischen Touristenort Dahab +++ SPD und CDU nehmen die Arbeit an neuen Grundsatzprogrammen auf +++ Neuer Regierungschef des Irak wird der Schiit Nuri al-Maliki, der Ernennung waren monatelange blockierende Auseinandersetzungen vorausgegangen +++ Deutsch-russischer Gipfel im sibirischen Tomsk. Unter anderem wird dort zwischen den Unternehmen BASF und Gazprom ein Abkommen über die gemeinsame Nutzung eines sibirischen Erdgasfeldes geschlossen +++ Das polnische Parlament lässt sich durch Drohungen von EU und WTO nicht einschüchtern und verabschiedet ein Gesetz, das Gen-Saatgut verbietet +++ Der Iran lässt das Ultimatum des UN-Sicherheitsrats verstreichen. Der Rat hatte die Einstellung der Urananreicherung verlangt. Staatspräsident Achmadschat wendet sich schließlich in einem Brief an US-Präsident Bush +++ Tod des amerikanischen Öko-

\* 20. März bis 10. Juni 2006

nomen Kenneth Galbraith. Galbraith setzte sich engagiert für eine soziale Ergänzung des Marktes ein +++ Die Innenminister der deutschen Bundesländer einigen sich darauf, die Einbürgerung von erfolgreich absolvierten Sprachtests und Kursen abhängig zu machen +++ Die beiden deutschen Geiseln im Irak kommen frei, vermutlich aufgrund einer hohen Lösegeldzahlung. Der Handel mit Geiseln ist im Irak zu einem regelrechten Geschäftszweig krimineller Vereinigungen geworden +++ Tod des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland Paul Spiegel +++ Die Labour-Partei erleidet bei Kommunalwahlen eine schwere Schlappe, Tony Blair bildet daraufhin sein Kabinett um +++ Boliviens linker Präsident Morales unterzeichnet ein Dekret, das die Erdgas- und Ölanlagen verstaatlicht. Die betroffenen Unternehmen können mit dem neuen Eigentümer ihre Verträge neu aushandeln +++ Besuch der deutschen Kanzlerin Merkel bei US-Präsident Bush +++ Über 15.000 Menschen nehmen am Europäischen Sozialforum in Athen teil +++ Einigung in der deutschen Koalition auf ein Elterngeld für Eltern, die für die Betreuung ihrer Kinder eine Auszeit vom Beruf nehmen +++ Gipfeltreffen EU-Lateinamerika in Wien, parallel findet ein zivilgesellschaftlicher Gegengipfel statt +++ Skandal um den Bundesnachrichtendienst: Der BND hat nachweislich illegal Journalisten bespitzeln lassen +++ Die schwarz-rote Regierung beschließt weitere Einschnitte bei Pendlerpauschale, Sparerfreibetrag und Kindergeld, das nur noch bis zum 25. Lebensjahr bezahlt werden soll +++ Die Ärztegewerkschaft Marburger Bund und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder können keine Einigung erzielen, die Streiks der Klinikärzte gehen weiter +++ In Italien wird der Exkommunist Giorgio Napolitano neuer Staatspräsident +++ Der deutsche Bundestag beschließt die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent. Die Opposition spricht von Wahlbetrug. Kritisiert wird auch, dass die Erhöhung im Wesentlichen nicht zur Umfinanzierung von Lohnzusatzkosten, sondern zur Steigerung der Staatseinnahmen eingesetzt wird +++ Erfolg der Volksbewegung in Nepal: das nepalesische Parlament beschließt die weitgehende Entmachtung des Königs +++ Einigung zwischen Gewerkschaften und Bundesländern bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst +++ Die EU-Kommission sagt Rumänien und Bulgarien den Beitritt zur EU bis Anfang 2007 zu +++ Das Bundesverfassungsgericht erklärt die vorbeugende Rasterfahndung, wie sie nach dem 11. September 2001 praktiziert wurde, für verfassungswidrig. Eine Rasterfahndung sei nur bei einer konkreten Gefahr möglich +++ Bei einer Volksabstimmung votiert die Mehrheit für die Unabhängigkeit Montenegros von Serbien +++ Beim Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird die Politik der Großen Koalition hart kritisiert. Kanzlerin Merkel und Arbeitsminister Müntefering lehnen in ihren Kongressreden einen Mindestlohn von 7,50 EUR, der vom DGB gefordert wird, ab +++ Papst-Besuch in Polen +++ Katholikentag in Saarbrücken unter dem Motto „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“ +++ Auseinandersetzung um das Ausmaß des Veränderungsbedarfs bei Hartz IV innerhalb der Regierungskoalition. Ein Grund ist die erwartete Verdoppelung der Kosten auf 28 Mrd. Euro pro Jahr. Der Bundestag verabschiedet eine Reihe von Veränderungen der Hartz IV-Gesetze, die die Kontroll- und Strafmöglichkeiten noch verschärfen +++ Bei einem Erdbeben auf der indonesischen Insel Java

kommen mindestens 5.000 Menschen ums Leben +++ Die europäischen Außenminister fordern die Vollendung des begonnenen Verfassungsprozesses bis 2009. Zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft Mitte nächsten Jahres soll ein Plan vorliegen, wie der in Frankreich und den Niederlanden abgelehnte Verfassungsvertrag doch noch gerettet werden kann +++ Die irakische Regierung beschuldigt das US-Militär, im Ort Haditha ein Massaker verübt zu haben. Ein weiteres Massaker soll sich in dem Ort Ischaki abgespielt haben. Viele sprechen von einem irakischen „My Lai“. Im vietnamesischen My Lai hatten US-amerikanische Soldaten 1968 503 Zivilisten ermordet +++ Der deutsche Bundestag stimmt dem Kongo-Einsatz der Bundeswehr zu +++ Die fünf Vetomächte im UN-Sicherheitsrat und Deutschland verständigen sich auf ein gemeinsames Angebot an den Iran im Atomstreit. Auch die USA sind inzwischen zu direkten Gesprächen mit Teheran bereit +++ Der bolivianische Präsident Evo Morales bringt eine Landreform auf den Weg, durch die mehr als ein Fünftel des staatlichen Landbesitzes an arme Bauern umverteilt werden soll. Auch sollen ungenutzte Flächen in Privatbesitz ausfindig gemacht und verteilt werden, wogegen die Großgrundbesitzer bereits Widerstand angekündigt haben. Nach Schätzungen der katholischen Kirche besitzt in Bolivien eine kleine Gruppe von Familien rund 90 Prozent des gesamten Farmlandes. Der Rest verteilt sich auf die rund drei Millionen Indio-Bauern +++ Gewinnerin der Wahlen in Tschechien ist die konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) +++ Palästinenserpräsident Mahmud Abbas kündigt ein Referendum in den Autonomiegebieten an. Abgestimmt werden soll über den Vorschlag, einen eigenen Palästinenser-Staat im Westjordanland und dem Gazastreifen zu schaffen. Indirekt würde das die Anerkennung des Existenzrechts Israels bedeuten, was die Hamas bisher ablehnt +++ Bei einem Angriff der US-Luftwaffe nördlich von Bagdad wird der jordanische Anführer der Gruppe „El Kaida im Zweistromland“ Mussab al-Sarkawi getötet. Sarkawi werden zahlreiche Terroranschläge zur Last gelegt. Die USA hatten auf ihn ein Kopfgeld von 25 Millionen Dollar ausgesetzt +++ Die Spitzen der schwarz-roten Koalition beraten über die geplante Reform des Gesundheitswesens. Im Gespräch soll ein Gesundheitsfonds zur Finanzierung der gesetzlichen Kassen sein, in den Sozialbeiträge und Steuermittel fließen sollen +++ In Deutschland wird die 18. Fußballweltmeisterschaft eröffnet +++

## In eigener Sache

### *Stand des Kostenausgleichs*

Seit Erscheinen des letzten Heftes sind bis Anfang Juni weitere knapp 3.500 EUR an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) eingegangen, so dass jetzt fast 30.000 der geplanten 36.000 EUR aufgebracht worden sind. Wir hoffen, dass es in einer weiteren Kraftanstrengung gelingt, auch den Rest zu finanzieren. Bitte prüfen Sie, ob und wieweit Sie dabei mitwirken können. Herzlichen Dank!

# Bewusstsein - Macht - Zukunft

## Welche Perspektiven hat die Menschheit?

*Kurzfassung eines Vortrags von Nicanor Perlas  
am 28. Mai 2006 im Forum 3 in Stuttgart  
Zusammenfassung: Christoph Strawe*

Zweifelsohne kommt der Zivilgesellschaft für die gesellschaftliche Erneuerung eine entscheidende Rolle zu. Wo jedoch steht heute diese Zivilgesellschaft? Seit dem großen Aufschwung der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung und für weltweite Gerechtigkeit ab Ende der 90er Jahre hat sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Und leider muss man sagen, dass trotz der großen Initiativen der Zivilgesellschaft sich vieles zum Schlechteren entwickelt. Es ist paradox, dass dies geschieht, während gleichzeitig viele Ideen, die von der Zivilgesellschaft eingebracht worden sind, sich durchzusetzen beginnen.

### Neue Ideen auf dem Vormarsch

Jeffrey Sachs, ein höchst einflussreicher Spitzen-Ökonom, der noch Anfang der 90er ein Fürsprecher des Neoliberalismus war - jenes ökonomischen Ansatzes, der z.B. die Politik der Welthandelsorganisation ganz und gar bestimmt -, beschreibt in einem im letzten Jahr erschienenen Buch die Grenzen des Marktes, kritisiert die Denkfehler des Neoliberalismus und plädiert für eine „institutionelle“ Ökonomie, die vieles - in anderen Worten - enthält, was auch die Zivilgesellschaft fordert. Ein anderer renommierter Wirtschaftswissenschaftler ist der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, der als Chefökonom der Weltbank auch zunächst neoliberale Ideen mitrug, bevor er sich dann von dieser Institution abwandte und eindrücklich die „Schattenseiten der Globalisierung“ und den Missbrauch der Gelder des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank kritisierte.

Ein ähnlicher Paradigmenwechsel deutet sich auch auf dem Gebiet der Politik an. Die Bush-Doktrin ist auf dem absteigenden Ast und stößt weltweit auf Kritik. Bush selbst musste auf einer Pressekonferenz anlässlich des Besuchs von Tony Blair in den USA auf eine Frage nach

den Lehren, die man aus dem Irak-Krieg ziehen müsse, zugeben - obwohl dies auch nur taktisch gemeint gewesen sein mochte -, dass es in der Weltpolitik nicht läuft wie im Westen, wo der gewinnt, der schneller zieht.

### Das Phänomen der Macht und die Aushöhlung der Demokratie

Es ist schon seltsam, dass trotz des Vormarschs neuer Ideen die Welt sich weiterhin in der Richtung entwickelt, die durch die alten Ideen gewiesen wird. Um zu verstehen, wie das geschehen kann, muss man das Phänomen der Macht begreifen. In dieser Hinsicht gibt es auf den Philippinen viele Erfahrungen. Hier zwei Beispiele:

Wir hatten maßgeblich dazu beigetragen, dass mit der philippinischen Agenda 21 von Regierungsseite ein Dokument akzeptiert worden war, das umfassende nachhaltige Entwicklung zum Ziel hatte und das bei seiner Verwirklichung dem Prinzip der trisektoralen Partnerschaft - dem runden Tisch von Politik und Verwaltung, Geschäftswelt und Zivilgesellschaft - eine tragende Rolle zumaß. Das eröffnete große Möglichkeiten gesellschaftlicher Erneuerung - bis der maßgebliche Regierungsvertreter im Rat für nachhaltige Entwicklung plötzlich mit allerlei Spielchen und fadenscheinigen Vorwänden die Sache blockierte und die Resultate von sieben Jahren Gesprächen und Verhandlungen zerstörte.

Es stellte sich heraus, dass das Vertrauen in die Seriosität der anderen Seite fehl am Platz gewesen war. Nicht Fakten und nicht die Resultate wissenschaftlicher Untersuchungen waren für die politisch Verantwortlichen maßgebend, sondern nur machttaktische Kalkulationen.

Das zweite Beispiel: Die jetzige philippinische Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo kam 2001 als Nachfolgerin des wegen Korruption gestürzten Präsidenten Estrada auf verfassungsmäßige Weise ins Amt. Bei den Wahlen 2004 konnte sie sich nur durch Wahlmanipulationen an der Macht halten, die durch Tonbandaufzeichnungen inzwischen belegt werden konnten. Ein Amtsenthebungsverfahren fand jedoch im Parlament nicht die nötige Unterstützung, - offensichtlich, weil Arroyo Parlamentsmitglieder bestochen hatte. Gegen die monatelangen Straßenproteste setzte sie die Ordnungskräfte ein, es gab einzelne Verhaftungen und Verletzte. Im Februar 2006 rief sie den Notstand aus - unter Berufung auf die Gefahr eines Umsturzes durch Teile der Armee -, hob ihn dann allerdings bald wieder auf.

Wir haben es mit einem Typus von Politiker zu tun, der sich nur durch Gewalt an der Macht hält; und das höhlt die Demokratie aus. Bei einem Treffen der Preisträger anlässlich des 25. Jahrestags des Alternativen Nobelpreises letztes Jahr in Salzburg war unter anderem der Zustand der Demokratie ein Gegenstand der Gespräche. Es wurde festgestellt, dass in vielen Ländern die Demokratie immer formaler wird, ja dass eine Tendenz zu einer Art „totalitären“ Demokratie besteht, bei der das demokratische System immer mehr bloße Fassade wird. Der demokratische Prozess führt nicht mehr zum Dialog, bei dem nach den besten Ideen

und Lösungen gesellschaftlicher Probleme gesucht wird. Vielmehr haben überhaupt nur noch diejenigen Ideen eine Chance, an denen Menschen, die die Macht besitzen, sie zu verfolgen, ein Interesse haben.

Der sogenannte Washington Konsensus, der den Neoliberalismus zur Grundlage der globalen Ökonomie macht, mag von den klügsten Ökonomen noch so sehr kritisiert werden: Solange diejenigen die Macht haben, die an diesem Konsensus interessiert sind, wirkt er und bestimmt die globale Agenda. Weil das so ist, ist es für diejenigen, die Erneuerung wollen, wichtig, die Natur der Macht zu verstehen.

### Drei Formen der Macht

Drei Formen oder Typen der Macht lassen sich unterscheiden: „klebrige“ Macht (sticky power), harte Macht (hard power) und sanfte oder weiche Macht (soft power). Hard power - das ist politisch-staatliche und militärische Macht. Zum Beispiel gibt es in den USA, was das Verhältnis zu China angeht - einer Frage, die man als Schlüssel für die weitere Entwicklung in der Welt ansieht - zwei Strömungen: Die eine misst der Drohung mit Embargo und der Demonstration militärischer Macht, also harten Mitteln, eine größere Bedeutung zu als die andere, die vor allem auf die Entwicklung ökonomischer Beziehungen setzt. Diese sollen „klebrige“ Verbindungen gegenseitigen Vorteils schaffen; damit sollen kriegerische Konflikte unattraktiv, Entspannung und Friedenssicherung (indirekt) gefördert werden. Solche „sticky power“ der Ökonomie hat auch bei der europäischen Integration eine wesentliche Rolle gespielt.

Die Quelle des Einflusses der Zivilgesellschaft ist eine andere. Sie ist das, was wir „soft power“ oder auch „cultural power“, kulturelle Macht, nennen können. Leider haben viele Repräsentanten der Zivilgesellschaft kein Interesse an diesem Phänomen, negieren damit die Quelle ihres eigenen Einflusses.

Die Geschichte zeigt, dass langfristig das Harte unterliegt, „soft power“ triumphiert. Die USA haben im Irak militärisch gesiegt. Aber vor einem Jahr musste der amerikanische Oberbefehlshaber im Irak eingestehen, dass die Amerikaner dabei sind, den Krieg um die Herzen und Hirne der Menschen zu verlieren und damit den militärischen Sieg aufs Spiel setzen.

Der Umbruch von 1989 in Ost- und Osteuropa ist nicht zuletzt auch die Frucht langjähriger zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in der kulturellen Sphäre mit kreativen Methoden. Die Menschen wussten sehr gut, dass sie der „hard power“ des Staatssozialismus nichts qualitativ Gleichwertiges entgegenzusetzen hatten, dass dieser Staatssozialismus aber durch soft power verwundbar war.

Der amerikanische Präsident Bush selbst ist Produkt einer Kulturrevolution, die seit den 60er Jahren von christlichen Fundamentalisten ins Werk gesetzt wurde. Der erste Erfolg dieses Wirkens war der Sieg von Ronald Reagan, dann kam Bush Senior - und nach der Unterbrechung durch die Clinton-Ära - ging es mit Bush Junior weiter im Sinne des „christlichen“ Fundamentalismus.

Der kulturelle Durchbruch verfehlt natürlich auch nicht seine Wirkung auf die wirtschaftlich Mächtigen. Diese finanzieren traditioneller Weise alle politischen Lager - ob demokratisch oder republikanisch -, um sich jeden zu verpflichten, der Aussicht hat, Wahlen zu gewinnen. Diesen Mechanismus muss man verstehen, um das Gefüge der Macht in den USA zu begreifen. Und man muss verstehen, dass es bei den Auseinandersetzungen zwischen Demokraten und Republikanern vielfach nicht um das Ziel geht, sondern um die Wege dahin. Die im Hinblick auf den 11. September 2001 am 17. 9. 2002 verkündete Bush-Doktrin will das „Empire“ mit „unilateralem“ Vorgehen verwirklichen, während die andere Linie mit einer stärkeren Einbindung der Partner, der UN und so weiter auf „multilaterale“ Weise das gleiche Ziel anstrebt.

### Bedeutung für das Weltsozialforum

Die bedeutendste Plattform der Zivilgesellschaft ist das Weltsozialforum. Was dort geschieht, wird von den führenden Kräften in der Konzernwelt und den Regierungen wohl beachtet. Die Weltsozialforumsbewegung ist nun aber in interne, teilweise heftig geführte Debatten verstrickt, bei denen es gerade darum geht, welcher Typ von Einfluss (von „Macht“) die Eigenart des Weltsozialforums ausmacht: ob es kulturelle, sanfte, oder politische, harte Macht ist.

Diejenigen, die das Weltsozialforum als „offenen Raum“ des geistigen Austauschs und der freien Zusammenarbeit verstehen, sprechen sich damit letztlich für die kulturelle Macht aus. Viele andere aber verstehen dies nicht, fordern ein Ende des fruchtlos erscheinenden Dialogisierens. Sie drängen darauf, dass das Weltsozialforum sich als politische Kraft begreift und zu einer Art politischen Organisation umformt. Hieße das aber nicht, die eigene Natur der Zivilgesellschaft zu verkennen und sich von der politischen Sphäre aufsaugen zu lassen?

### Notwendige Bewusstseinsbildung und Identitätsfrage

Die Zukunft der Zivilgesellschaft als erneuernder Kraft ist offenbar von einer Bewusstseinsveränderung abhängig, die ihre Angehörigen das eigene kulturelle Potenzial erkennen und ergreifen lässt.

In der konventionellen Wirtschaft ist das Verständnis für die sanfte Macht interessanterweise durchaus entwickelt, oft weiter als in der Zivilgesellschaft. Viele Konzernverantwortliche betrachten die Identität des Unternehmens, die sich im Logo, der Marke, dem „Branding“ ausdrückt, als das höchste Gut, über das sie im Wettbewerb verfügen, und geben Milliarden für eine entsprechende kreative Werbung aus. Diese Identitätsbildung ist aber eben ein kultureller Prozess in der ökonomischen Sphäre.

Das „Image“ eines Unternehmens ist zugleich dasjenige, was am leichtesten durch die Zivilgesellschaft verletztlich ist. Hier liegt ein Angriffspunkt, um für die Sozialverantwortlichkeit der Ökonomie zu kämpfen. Naomi Kleins Buch „No Logo“ ist daher in den Vorstandsetagen eine Art Pflichtlektüre geworden. Es war ein Warnsignal

nach dem Motto: Jetzt beginnt die Zivilgesellschaft zu verstehen, wie wir funktionieren. Der Schaden für Ruf und Image ist der Alptraum für Konzerngewaltige, - besonders wenn es sich um börsennotierte Unternehmen handelt, für die er bis zum Kollaps führen kann.

Alle Identitätsfragen gipfeln auf in der Frage nach der Identität des einzelnen Menschen. Diese Frage, die sich heute in allen Gesellschaften, Kulturen und Gemeinschaften aufdrängt, lässt sich letztlich nicht beantworten ohne den Zugang zu einem spirituellen Raum, in dem das menschliche Wesen gründet. Ein materialistisch verengtes Bewusstsein wird sich mit dem Verständnis dessen, was heute in der Welt vor sich geht, schwer tun, - gerade weil die heutigen Probleme in hohem Maße der Ausfluss eines solchen verengten Bewusstseins sind.

Die Probleme sind aber auf der Bewusstseinsebene, auf der sie entstanden sind, und mit deren Methoden nicht lösbar. Lösbar werden sie nur, wenn es gelingt, eine höhere Bewusstseinsebene zu erreichen und dadurch auch neue Methoden und Lösungen zu finden. Auf der Ebene des verengten Bewusstseins ergeben sich nur solche Antworten, die die Probleme verschlimmern und uns abwärts führen. Solche Unheil bringenden Antworten sind die Idee des „Kampfes der Kulturen“, die Konzeption der neoliberalen Globalisierung, der Gedanke des „American Empire“ und die Ansätze zu einem technischen Neuentwurf des Menschen, der zu einer Art Roboter gemacht werden soll, zum „Cyborg“.

Die gegenwärtige Machtstruktur kommt mit der Diversität der Menschen und Kulturen nicht zurecht, weil sie unterschiedliche Identitäten nicht wirklich versöhnen kann: sie kann sie nur durch Geld-Anreize äußerlich zusammenbringen oder durch politische Macht zusammenzwingen. Um ein friedvolles Zusammenleben der unterschiedlichen Identitäten herbeizuführen, bedarf es eines kulturellen Prozesses, d.h. eines ganz anderen Ansatzes. Die andere Identität wertschätzen kann nur, wer die eigene versteht. Das aber ist die Bedingung dafür, dass Unterschiede nicht als feindliche Gegensätze sich bekriegen.

Wenn es nicht gelingt, solche kulturellen Prozesse in Gang zu bringen, hätte das verhängnisvolle Folgen. Schon heute kann man sagen, dass negative Entwicklungen wie der Aufstieg der „totalitären“ Demokratie auch etwas mit dem Versagen der Zivilgesellschaft zu tun haben. Wir müssen lernen, mit den drei Formen der Macht richtig umzugehen, um dem US-Empire, das alle Formen von Machtspielen treibt, gewachsen zu sein. Um Lösungen im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu finden, gilt es, Menschen aus den drei Sektoren der Gesellschaft zusammenzubringen, „trisektorale Partnerschaften“ ins Leben zu rufen.

### Innerer und äußerer Wandel - die Zivilgesellschaft an der Schwelle

Diese Probleme sind eine gewaltige Herausforderung an den Einzelnen, sich persönlich so zu wandeln, dass er konstruktiv zu ihrer Lösung beitragen kann. Auf den Philippinen war die Zivilgesellschaft in den 90er Jah-

ren des letzten Jahrhunderts ungeheuer vital. Heute stagniert sie, ja sie befindet sich vielfach im Abstieg. Jene Bewegung, die den Diktator Marcos besiegte und den korrupten Estrada aus dem Amt zwang, ist nicht im Stande, mit Gloria Arroyo fertig zu werden. Und das hat viel zu tun mit innerer Schwäche und mangelnder Bewusstheit. Es bedarf eben der Anstrengungen zur persönlichen Veränderung, wenn die Identitätsfrage richtig beantwortet werden soll. Davor scheuen so viele zurück.

Aber es gibt auch Zeichen der Hoffnung. Im südlichen Teil der Philippinen tobte sieben Jahre ein Bürgerkrieg zwischen einer muslimischen Befreiungsarmee und Regierungstruppen. Noch heute sind in jener Gegend Kämpfer der Terrororganisation von Abu Sayaf aktiv, die der Al-Kaida nahe steht. Dieser Bürgerkrieg wurde 1996 durch ein Friedensabkommen beendet und es gab und gibt ein UN-Programm für Frieden und Entwicklung, das helfen soll, den Friedensprozess unumkehrbar machen. Im Rahmen dieses Programms war Nicanor Perlas kürzlich im Süden des Landes. Er lernte dort einen ehemaligen militärischen Führer der muslimischen Bewegung kennen, der sich zu einem herausragenden Vorkämpfer für die regionale Entwicklung und den Dialog und die Koexistenz der ehemals verfeindeten Gruppen entwickelt hat.

Dieser Lupoldo Lulanda erklärte Perlas, wie er herausgefunden habe und aus dem Koran belegen könne, dass jener Djihad, von dem die Heilige Schrift der Muslime spricht, eigentlich gar nicht den äußeren Kampf meint, sondern vielmehr den Kampf der Selbstüberwindung und inneren Wandlung. Dieser Kampf aber erschafft in uns die Kraft, friedensstiftend in der Welt zu wirken. Was dieser Kämpfer durchgemacht und geleistet hat, das brauchen wir heute auf der Ebene der Gesamtgesellschaft als Wandlungskraft.

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft im 21. Jahrhundert kann nicht mehr die des 20. Jahrhunderts sein. Das Gelingen oder Scheitern des Projekts einer „anderen, menschlichen Welt“ ist davon abhängig, dass der erforderliche Bewusstseinsfortschritt geleistet wird. Nur dann hat die Zivilgesellschaft eine Perspektive. Was wird, hängt von uns selber ab.

# Salutogenese

## Ein Thema für die Sozialgestaltung?\*

„Eine Universalärzney zur Ordnung der sozialen Verhältnisse gibt es so wenig wie ein Nahrungsmittel, das für alle Zeiten sättigt. Aber die Menschen können in solche Gemeinschaften eintreten, dass durch ihr lebendiges Zusammenwirken dem Dasein immer wieder die Richtung zum Sozialen gegeben wird.“ (Rudolf Steiner, *Die Kernpunkte der sozialen Frage*, 1919, Vorrede und Einleitung zum 41.- 80. Tausend dieser Schrift).

Christoph Strawe

In den letzten Jahren wird immer mehr über „Salutogenese“ gesprochen. Interessierte man sich früher hauptsächlich dafür, wie Krankheiten entstehen (Pathogenese), so tritt jetzt die Frage nach den Entstehungsbedingungen der Gesundheit in das Licht der Aufmerksamkeit (Salutogenese = Entstehung der Gesundheit). Es gibt hier sicherlich eine gewisse Parallelität mit dem Aufkommen der Forderung nach nachhaltiger Entwicklung.

Das Konzept der Salutogenese wurde von dem Medizinsociologen Aaron Antonovsky entwickelt (vgl. Kasten Seite 9). Antonovsky versteht Gesundheit als Prozess. Als entscheidende Bedingung der Gesundheitsentstehung gilt ihm das „Kohärenzgefühl“ (sense of coherence, SOC).

### Kohärenzgefühl

„Das Kohärenzgefühl ist eine globale Orientierung, die ausdrückt, in welchem Ausmaß man ein durchdringendes, dynamisches Gefühl des Vertrauens hat, dass die Stimuli, die sich im Verlauf des Lebens aus der inneren und äußeren Umgebung ergeben, strukturiert, vorhersehbar und erklärbar sind; dass einem die Ressourcen zur Verfügung stehen, um den Anforderungen, die diese Stimuli stellen, zu begegnen; dass diese Anforderungen Herausforderungen sind, die Anstrengung und Engagement lohnen.“\*\* Vereinfacht gesagt, kommt es darauf an, dass wir ein Gefühl von Verstehbarkeit, von Bewältigbarkeit und von Sinn- bzw. Bedeutunghaftigkeit entwickeln können. Was im Umkehrschluss bedeutet, dass Orientierungslosigkeit, Überforderungs- und Sinnlosigkeitserlebnisse krank machen.

\* Der Text stützt sich auf Ausführungen, die der Autor im Rahmen eines Seminars zum Thema „Organisationsentwicklung und Qualität“ am 4. April 2004 in Stuttgart gemacht hat.

\*\* Aus: „Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit“, 1997, Seite 36, nach <http://de.wikipedia.org/wiki/Salutogenese>

Antonovsky, der auch einen Fragebogen zur Messung des Kohärenzgefühls entwickelte, sieht dieses Gefühl „als eine von außen bedingte, bis zu einem Alter von ca. 25 Jahren weitgehend abgeschlossen entwickelte Disposition. Gesundheit und Krankheit sind Endpunkte eines Gesundheits-Krankheits-Kontinuums. Jeder kann zu einem beliebigen Zeitpunkt auf dem Kontinuum lokalisiert werden und ist damit nicht entweder gesund oder krank, sondern mehr oder weniger gesund und krank.“ Dieser ganzheitliche Gesundheitsbegriff kommt dem von der anthroposophischen Medizin entwickelten Gesundheits- und Krankheitsverständnis weiter entgegen als der konventionelle, auch wenn sicherlich Unterschiede bleiben, die an dieser Stelle jedoch nicht untersucht werden sollen.

Für das Problem der Gesundheit spielt der Organismusbegriff eine Rolle: Der menschliche Organismus dient dem denkenden, fühlenden und wollenden menschlichen Ich als sein leibliches Instrument. Im gesunden Organismus wirken die Funktionskreise des Nerven-Sinnes-Systems und des Stoffwechsel-Gliedmaßen-Systems harmonisch zusammen, „vermittelt“ durch das rhythmische System. Sind die „Gesundheitskräfte“ nicht stark genug, die Balance aus der „Ich-Mitte“ aktiv herzustellen, tritt Krankheit ein, - die aber zugleich ein Weg zur Wiederherstellung der Balance sein kann, - um den von Rüdiger Dahlke geprägten Begriff „Krankheit als Weg“ aufzugreifen.

### Was macht einen „sozialen Organismus“ gesund?

Ist Salutogenese ein Thema für die Sozialgestaltung und Organisationsentwicklung? Das ist nicht selbstverständlich, war Antonovskys ursprüngliche Entdeckung ja, dass „Stressoren“ aus dem sozialen Umfeld unterschiedliche Wirkungen auf unterschiedliche Menschen haben, je nach dem von diesen in jungen Jahren entwickelten Kohärenzgefühl. Allerdings spielt für diese jungen Jahre natürlich das soziale Umfeld eine große Rolle, und auch später ist die Stärke sozialer Stressoren keine zu vernachlässigende Größe. Soziale Strukturen können also durchaus das Kohärenzgefühl begünstigen oder schwächen - und damit auch die Lebenserwartung beeinflussen. So hat vor kurzer Zeit eine vom Rostocker Max-Planck-Institut durchgeführte umfassende Studie die alte These, dass, wer arm ist, auch früher sterben muss, für die männliche Bevölkerung in Deutschland umfassend bestätigt.\*\*\* Das Konzept der Salutogenese ist eine Aufforderung, proaktiv zu sein und nicht erst die Krankheit zu bekämpfen, sondern die Gesundheitskräfte zu stärken. Dazu gehört auch Proaktivität in Bezug auf die Schaffung gesundheitsfördernder und in sich selbst gesunder sozialer Strukturen.

Von Gesundheit kann im Sozialen nur dann die Rede sein, wenn dieses selbst „organismisch“ betrachtet wird. Ein Mechanismus kann gestört oder „kaputt“ sein, nicht jedoch gesund oder krank - ein Maschinenschaden ist keine Krankheit. Auch kann die Maschine zum Zweck

\*\*\* [http://www.medizinauskunft.de/artikel/aktuell/2006/15\\_05\\_lebenserwartung.php](http://www.medizinauskunft.de/artikel/aktuell/2006/15_05_lebenserwartung.php). „Die Studie stützt im Übrigen die umstrittene These des SPD-Rentenexperten Karl Lauterbach, der moniert hatte, dass Geringverdienende die Renten der besser Verdienenden mitfinanzieren würden.“



der Reparatur stillgelegt werden. Dagegen kann das Beziehungsgefüge, das die Menschen in ihrem sozialen Lebensprozess durch ihre Aktivität und Interaktivität permanent ausbilden, nur bei „laufendem Betrieb“ ausge bessert werden. Insofern ist Karl Poppers Bild vom „piecemeal social engineering“, der „Stückwerk-Sozialtechnik“, schief, auch wenn es eine berechnete Spitze gegen die tödlichen Rosskuren enthält, mit denen die Totalitarismen der Sozialität zugesetzt haben.

Der soziale Organismus ist im Zeitalter globaler Vernetzung selbst eine globale Größe: von einzelnen Einrichtungen oder Territorien kann man nur im übertragenen Sinne als „sozialem Organismen“ sprechen, genauer wäre es, hier von Organisationen zu reden.\*

Eine wirkliche „Sozialorganik“ als Wissenschaft vom sozialen Organismus existiert heute erst in Ansätzen, Rudolf Steiner mit seiner Dreigliederung des sozialen Organismus ist der Vorreiter. Im wissenschaftlichen Mainstream findet immerhin der Begriff des komplexen Systems Anwendung, der aber wiederum mehr in kybernetisch erweitertem Sinne mechanistisch oder als Annäherung an das Lebendige gefasst sein kann. Während also in Bezug auf den menschlichen Organismus eine lange Erfahrung mit dem pathogenetischen Herangehen besteht, dem jetzt das salutogenetische zur Seite tritt, sind wir in Bezug auf das gesellschaftliche Beziehungsgefüge erst am Anfang auch nur einer pathogenetischen Betrachtung. Zugleich zwingen uns aber die wachsenden sozialen und ökologischen Probleme, rasch und unverzüglich soziale Salutogenese zu betreiben, ehe es zu spät ist.

Am Studium des menschlichen Organismus kann man sicherlich vieles lernen, was auch für das Begreifen der Lebenszusammenhänge des Sozialen hilfreich ist - z.B. für das Verständnis des Verhältnisses von Strukturen und Funktionen bzw. Lebensprozessen. Die erste große Schwierigkeit besteht aber schon darin, dass man dabei keinesfalls in die Falle des Analogisierens tappen darf. Dies nämlich würde das Soziale auf das Biologische reduzieren und damit geradezu reaktionären Missverständnissen das Tor öffnen, etwa der Meinung, der einzelne Mensch habe sich als eine Art „Zelle“ dem großen Ganzen unterzuordnen. In Wirklichkeit geht es im Zeitalter der Mündigkeit aber doch gerade darum, Bewusstsein in die sozialen Prozesse hineinzubringen und die sozialen Strukturen so zu formen, dass sie durch die Menschen beherrschbar und gestaltbar werden.

Krankmachend im heutigen sozialen Leben sind jene Funktionsübergänge und Verquickungen, die diese Gestaltbarkeit verhindern - und damit auch Gegenreaktionen der Menschen hervorrufen. So wendete sich die Bürgerbewegung im Osten Europas gegen den Funktionsübergang des vormundschaftlich gewordenen Staates auf Kultur und Ökonomie. So wendet sich die zivilgesellschaftliche Bewegung für eine gerechtere Globalisierung heute gegen die Durchwucherung der Kultursphäre und die Lähmung der Demokratie durch wirtschaftliche Mächte, die sich gegenüber dem eigentlichen Ziel der Ökonomie verselbstständigt haben - am deutlichsten sichtbar in der Wucherung der Geldprozesse.

\* Der Begriff der Organisation ist allerdings auch missdeutbar, weil er oft mit mechanistischen Vorstellungen des bürokratischen „Organisierens“ verbunden wird.

## Aaron Antonovsky

\* 1923 in New York, + 1994 in Bersheba, Israel, Professor der Soziologie. „Während seiner Zeit am Applied Social Research Institute beschäftigte sich Antonovsky mit Studien von Frauen, die in Zentral-europa zwischen 1914 und 1923 geboren wurden. Einige von ihnen waren Überlebende aus Konzentrationslagern. Dabei fiel ihm auf, dass 29 % der ehemals internierten Frauen sich trotz der extremen Stressoren, denen sie während ihres Lebens ausgesetzt waren, in einem guten mentalen Zustand sahen. Dies führte ihn zu der Fragestellung, was Menschen gesund hält, aus der letztlich das Konzept der Salutogenese hervorging.“ Dieses Konzept entwickelte Antonovsky, der 1960 nach Israel auswanderte, „während der 1970er Jahre; er erregte 1979 große Aufmerksamkeit mit der Veröffentlichung seines Buches Health, Stress, and Coping.“

Werke: Health, Stress, and Coping. New perspectives on mental and physical well-being, San Francisco 1979 // Unraveling the mystery of health. How people manage stress and stay well, San Francisco 1987 // Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit. Expanded German Edition by A. Franke, Tübingen 1997

Nach Wikipedia, der freien Enzyklopädie ([http://de.wikipedia.org/wiki/Aaron\\_Antonovsky](http://de.wikipedia.org/wiki/Aaron_Antonovsky))

Allerdings: Solange diese Bewegungen der Zivilgesellschaft sich nur gegen das Kränkende richten, sind sie bestenfalls pathogenetisch. Bestenfalls deshalb, weil ja gegenüber der sozialen Krankheit schon die Diagnose weit weniger sicher ist als die der Mediziner gegenüber den Krankheiten des Menschen. Zwar liegt der Kritik am Bestehenden im Unterbewusstsein ein Bild des „gesunden“ sozialen Organismus zugrunde, anhand dessen die Defizite des Bestehenden überhaupt bemerkbar werden. Aber erst, wo dies ins Bewusstsein gehoben wird, wo sich die Diagnose klärt und zur Grundlage eines Eintretens für sinnvolle, „heilsame“ Alternativen wird, kann von Salutogenese gesprochen werden. Solche Alternativen sind nichts „Ausgedachtes“, sondern ergeben sich aus dem inneren Verständnis der Gesundheitsbedingungen des Sozialen als lebendige Leitbilder.

Diese Gesundheitsbedingungen bestehen vor allem darin, dass die unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionskreise - der sozio-kulturelle, der politisch-rechtlich-administrative und der ökonomische - sich ihren eigenen Lebensbedingungen entsprechend selbstständig entfalten können, weil nur auf dieser Basis ihre Gestaltung durch die Menschen möglich wird, die dabei kulturelle, rechtliche und ökonomische Gesichtspunkt sinnvoll verknüpfen können. „Heilsam“ sind Sozialstrukturen dann, wenn sie die Entwicklung der sozialen Verantwortungskräfte und auf dieser Basis das Kohärenzgefühl der Menschen fördern. „Krank“ sind sie, wenn sie diese Kräfte schwächen.

Welche Elemente der Sozialstruktur wirken nun - positiv oder negativ - auf das Kohärenzgefühl bzw. seine Elemente ein?

## Kohärenzgefühl und Sozialstruktur

Dem **Gefühl von Verstehbarkeit** (sense of comprehensibility) kommt die Durchschaubarkeit der sozialen Struktur entgegen. Durchschaubarkeit hat mit wirklich freier Information und einem entsprechenden Medienwesen zu tun. Manipulativ aufbereitete oder atomistisch zersplitterte Information fördert dagegen die Verständnis- und Urteilsmöglichkeiten nicht. Durchschaubarkeit von Prozessen entsteht aber vor allem auch aus dem Dabeiseinkönnen der betroffenen Menschen in der Gestaltung dieser Prozesse. Das hat etwas mit der Selbstverwaltungsfreundlichkeit der Gesellschaft zu tun. Wenn die Menschen den sozialen Verhältnissen verständnislos gegenüberstehen, wirkt dies zugleich schädigend auf die Gesellschaft zurück.

Dem **Gefühl von Handhabbarkeit bzw. Bewältigbarkeit** (sense of manageability) entspricht eine Struktur des sozialen Ganzen, die dem Einzelnen Handlungsräume gibt. Wichtig ist hier die Durchlässigkeit des sozialen Organismus für Initiativen, ebenso aber die Existenzsicherheit (z.B. durch ein bedingungsloses Grundeinkommen), die der Freiheit tätig zu sein die nötige Grundlage gibt. Behinderung von Initiative und existenzielle Verunsicherung dagegen schädigen mit dem Einzelnen auch die Gesellschaft, die von Fähigkeiten und Tätigkeitswillen der einzelnen Menschen lebt.

Das **Gefühl von Sinnhaftigkeit bzw. Bedeutsamkeit** (sense of meaningfulness) entsteht am ehesten da, wo die gesellschaftlichen Institutionen schon dank ihrer Struktur am Menschen und an der Förderung seiner Entwicklung ausgerichtet sind, so dass nicht Macht- und Profitinteressen strukturelle Eintrittsstellen finden - z.B. durch ein antiquiertes Eigentumsrecht. Das Gefühl, dass es sich lohnt beizutragen und mitzuarbeiten, stellt sich ein, wenn eine Gesellschaft „umfassende nachhaltige Entwicklung“ (Nicanor Perlas) zulässt, das heißt Entwicklung in sozialer, ökonomischer, politischer, ökologischer, spiritueller und individueller Hinsicht.

Der Mitte des sozialen Organismus, dem Bereich der Ordnung der menschlichen Beziehungen, also des Rechtlichen, kommt für die Salutogenese, auch im Sinne der gesunden Balance des Individuellen und Sozialen, der Freiheit und der Geschwisterlichkeit auf der Basis der Gleichheit, eine besondere Bedeutung zu.

Was hier in Bezug auf „Heilfaktoren“ (Rudolf Steiner) für das große Ganze der Gesellschaft festgestellt wurde, gilt auch für jede einzelne ihrer Einrichtungen. Angesichts der Pathologien des gesellschaftlichen Lebens kann man dabei die Veränderung im Kleinen, die Selbstverwaltung alternativer Einrichtungen, durchaus als homöopathische Wirkung betrachten. Alternative Einrichtungen müssen sich aber auch dagegen behaupten, durch die kränkenden Einflüsse des Umfelds geschädigt zu werden. Die vorbeugende Stärkung der Gesundheitskräfte ist daher eine ständige Aufgabe einer jeden solchen Einrichtung. Gemeinsam muss immer neu daran gearbeitet werden, dass in ihr die Dinge durchschaubar, handhabbar und sinnhaft sind und so jeder einzelne Mitarbeitende ein Kohärenzgefühl ausbilden kann.

# Europäisches Sozialforum

## Athen, 4.-7. Mai 2006

*Christoph Strawe*

Das Europäische Sozialforum versteht sich als Bestandteil der Weltsozialforumsbewegung. Zum ersten Mal fand es 2002 in Florenz statt, in den Folgejahren dann in Paris und London und schließlich im Mai 2006 in Athen. Ich selbst nahm dieses Jahr zum ersten Mal daran teil, mit mir einige Freunde von Attac Stuttgart, die an den vielfältigen Aktivitäten für ein anderes Europa in der Region beteiligt sind. Mit Zwischenlandung in Mailand - der Flug hierhin hat uns einen wunderbaren Blick auf die Alpen beschert - erreichen wir Athen am Vorabend des Events. Im überfüllten Linienbus geht es am nächsten Tag zur Tagungszone, die sich außerhalb der Stadt auf einem Gelände befindet, das zum Areal der Olympiade 2004 gehörte.

Das ESF ist nach wie vor der größte und wichtigste Treffpunkt der europäischen Zivilgesellschaft und der in ihr vertretenen sozialen Bewegungen. Ein großes Spektrum wichtigster Themen wurde in den Veranstaltungen behandelt: vom Kampf für den Frieden und den Widerstand gegen die Agro-Gentechnik und die Abkommen der Welthandelsorganisation WTO über das Ringen um Demokratie und Menschenrechte und den Kampf gegen den Sozialabbau bis zum europäischen Verfassungsprozess. Sich ein Jahr nach dem Nein der Franzosen und Niederländer zum vorgelegten Europäischen Verfassungsvertrag gerade in Athen zu treffen, an der Wiege sozusagen der europäischen Demokratie, hat eine besondere Symbolkraft. - Ich selbst nehme mir nach dem ESF noch eineinhalb Tage Zeit, um in diese Vergangenheit einzutauchen, besuche die Akropolis, die alte Agora, das archäologische Nationalmuseum und das Museum für christlich-byzantinische Kunst. - Erfreulich auch die starke Beteiligung von Menschen aus Ost-Europa, auch wenn das Verhältnis Ost-West bei den Sozialforen immer noch nicht wirklich ausgewogen ist.

## Probleme und Gefahren

Bei aller Wertschätzung des ESF stellen sich allerdings auch einige zwiespältige Eindrücke ein. War man von den Weltforen in Porto Alegre und Mumbai gewöhnt, Workshops schlicht anzumelden und am Ort den Raum dafür vorzufinden, so gab es in Athen einen

„merging process“, durch den die weit über 800 Veranstaltungsinitiativen durch Zusammenlegung thematisch mehr oder weniger benachbarter Angebote auf ein Programm von etwa 250 Workshops und Seminaren zusammengeschumpft wurden. So interessant die dadurch erzwungene Abstimmung ganz unterschiedlicher Organisationen im Vorfeld auch war, letztlich ging das auf Kosten der Vielfalt und der Gesprächsmöglichkeiten. Wie soll man auch in einem dreistündigen Veranstaltungsblock Raum für wirklichen Dialog schaffen, wenn ein Dutzend Organisationsvertreter etwas Substanzielles zu einer Sache sagen wollen, die sie selbst gerne in drei Stunden ausführlich erörtert hätten?

Gefördert wurde der Dialog immerhin dadurch, dass die Babels-Gruppe, ein Netzwerk freiwilliger Übersetzer, in der Simultanübersetzung der Veranstaltungen Überraszendes leistet. Zunächst musste man allerdings durch Feintuning auf UKW-Empfängern aus chinesischer Billigproduktion die durch die jeweilige Sprache belegte Frequenz treffen.

Die Durchführung in einem einzigen großen Hallenkomplex hatte bei allen Vorzügen der Verdichtung doch auch zur Folge, dass für die Stadt Athen das ESF im Wesentlichen nur durch die sich über 7 Kilometer erstreckende Abschlussdemonstration sichtbar wurde. Bei dieser Abschlussdemonstration dominierten die Fahnen profiliert sozialistischer Gruppen deutlich. Leider fanden die griechischen Organisatoren, die mit Demonstrationen dieser Größenordnung zu wenig Erfahrung hatten, kein Mittel gegen die wenigen Teilnehmer des schwarzen Blocks, die Gewalt gegen Sachen und Personen übten. Wir sehen ein Auto brennen, Steine werden in Schaufenster und auf Menschen geworfen. Ein Teilnehmer der deutschen ESF-Delegation aus Nürtingen wird getroffen und muss sich in ärztliche Behandlung begeben, auch einige andere werden verletzt - glücklicherweise niemand schwer. Die Polizei hält sich zurück, setzt aber ätzendes Tränengas ein, und trifft damit die Masse der friedlich Demonstrierenden.

Wieviele TeilnehmerInnen waren überhaupt da? Bei der Abschlussveranstaltung wurde die Zahl von 30.000 ForumsteilnehmerInnen und 120.000 TeilnehmerInnen der Demonstration in den Raum gestellt. Deutsche Attac-Mitglieder hatten in einer Presseerklärung zuvor von 15.000 und über 50.000 gesprochen, was meiner Wahrnehmung nach der Realität mehr entspricht. Es mögen aber auch 20.000 und 70.000 gewesen sein. Dass die Beteiligung damit hinter den bisherigen Europäischen Foren zurückblieb, sollte man nicht überbewerten. Es ist zu bedenken, dass die organisatorische Basis für die Vorbereitung in Griechenland schmaler war als in Italien, Frankreich und England, auch weil einflussreiche Gruppen wie die KP Griechenlands das Forum boykottierten, da es ihnen nicht radikal genug erschien.

## Suche nach gemeinsamen Prinzipien

Seit einiger Zeit wird von maßgeblichen Kräften der Sozialforumsbewegung an einer „Charta unserer gemeinsamen Prinzipien für ein anderes Europa“ gearbeitet. Hierzu hatte es u.a. bereits letztes Jahr ein

Treffen in Florenz gegeben. In Athen sollten nun die Ergebnisse der bisherigen Arbeit präsentiert und in Arbeitsgruppen an einzelnen Aspekten des Papiers weitergearbeitet werden, um in einem abschließenden Workshop am Samstag das weitere Vorgehen mit dem Dokument abzustimmen. Ich nehme am Donnerstag und am Samstag morgen an den Veranstaltungen zu diesem Thema teil, schon um diese Initiative kennen zu lernen.

Im Gegensatz zu den im letzten Rundbrief abgedruckten „Zivilgesellschaftlichen Essentials“ beschränkt sich das Dokument nicht auf den Bereich der rechtlichen Verfasstheit Europas, sondern bezieht Fragen von Kultur und Wirtschaft mit ein, häufig allerdings unter einer politischen Perspektive. Es enthält eine ganze Reihe positiver Elemente, die helfen, die Vision eines anderen Europa zu verdeutlichen. Auf der anderen Seite aber kann manches auch weniger befriedigen. So heißt das Papier zwar „Prinzipien“, beschränkt sich aber nicht auf Leitgedanken, sondern formuliert eine Vielzahl konkreter politischer Forderungen, u.a. etwas zur Politik der Europäischen Zentralbank. Die Begründung hierfür von Angela Klein vom Sozialforum in Deutschland konnte mich nicht wirklich überzeugen. Denn während an gemeinsamen Werten orientierte Leitbilder die Zusammenarbeit beflügeln, können derartige Forderungen - zumal wenn sie nur den Konsens eines Teils der Zivilgesellschaft widerspiegeln - durchaus etwas Verengendes haben. Der finnische Wissenschaftler Thomas Wallgren und ein schwedischer Gewerkschafter wiesen in der Diskussion auf Widersprüche zwischen der in einem Teil des Papiers geforderten demokratisch-subsidiären Gestaltung von unten und der Forderung nach mannigfaltigen Regelungen im Detail auf EU-Ebene hin und mahnten Veränderungsbedarf an. Ich spreche die beiden hinterher an. Beeindruckt bin ich auch von einer russischen TeilnehmerIn, die von der notwendig nachzuholenden Zivilisierung des Nationalstaats spricht und bei einem weiteren Treffen unter anderem fordert, der neoliberalen Gleichsetzung von Individualismus und Egoismus eine eigene Theorie der Individualisierung entgegenzusetzen. Ich muss an Ulrich Becks Formulierung vom „solidarischen Individualismus“ denken.

## Zivilgesellschaftlicher Open Space oder Forum für politische Interessen?

Am Donnerstag Nachmittag, im zweiten „Slot“ der Veranstaltungen, der von 14.30 bis 17.30 geht, sitzt Klaus Starke im Podium bei einem Seminar „Europa neu fassen (rethinking Europe): Neue Rollen, neue Akteure“. Mit ihm zusammen hatte ich im letzten Jahr die Arbeitsgruppe zur Verfasstheit Europas bei den Stuttgarter Regionalforen ins Leben gerufen. Klaus stellt den Impuls der regionalen Foren für ein Europa von unten dar - vor allem auch anhand unserer Stuttgarter Erfahrungen -, was beifällig aufgenommen wird. Verkennen darf man allerdings nicht, dass die Regionalforumsbewegung längst nicht jene Breite angenommen hatte, die wir erhofft hatten. Ein anderer Stuttgarter, Ralf Pichler, moderiert den zweiten Teil des Seminars. Unter anderen sprechen dort auch Katja Kipping, stellvertretende

## Verfassungsprozess von unten

Aus dem Beitrag von Christoph Strawe

„Aus der Zivilgesellschaft heraus sind bereits eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, wie ein Verfassungsprozess von unten aussehen könnte. Dabei wurde ein neuer von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählter Konvent angeregt, der Initiativen aus der Zivilgesellschaft berücksichtigen müsste (Mehr Demokratie e.V.). Es wurde aber auch vorgeschlagen, dass aus der Mitte der europäischen Bürgergesellschaft selbst heraus ein Verfassungsentwurf entwickelt und zur Abstimmung gestellt werden sollte (z.B. Netzwerk Europäische Verfassungsinitiative NEV).

Diese beiden Ansätze könnten meines Erachtens durchaus miteinander verbunden werden. Es könnte z.B. ein dreistufiges Verfahren vereinbart werden: Wenn sich die Aufnahme essentieller Positionen der Zivilgesellschaft nicht auf dem Wege des Gesprächs mit dem Konvent erreichen lässt, müsste der Konvent sich mit einem Verfassungsentwurf aus der Zivilgesellschaft befassen, wenn ihn 500.000 EU-BürgerInnen mit ihrer Unterschrift unterstützen. Falls sich der Konvent den Vorschlag nicht zu eigen macht, müsste er ihn alternativ zur Abstimmung stellen lassen, falls 5 Millionen BürgerInnen ein entsprechendes Bürgerbegehren unterzeichnen.

Wie immer man das Verfahren im einzelnen ausgestaltet: Entscheidend ist der Gedanke, dass die Ordnung Europas nur dann als legitim gelten kann, wenn die Menschen nicht nur die Möglichkeit haben, über fertige Ergebnisse abzustimmen, die inhaltlich von den Machteliten Europas bestimmt wurden, sondern sich durch Initiative und Volksbegehren selbst einbringen können. Die demokratischen Beteiligungsrechte, die wir für die Ordnung Europas fordern, fordern wir auch für ihr Zustandekommen, denn Demokratie ist unteilbar.“

Vorsitzende der Linkspartei - und Mitbegründerin des Netzwerks Grundeinkommen - und Francis Wurtz, Präsident der Linksfraction GUE im Europäischen Parlament. Weitere Teilnehmer kommen von Organisationen aus Italien, Frankreich, Griechenland und Österreich.

Auffällig ist die Anwesenheit einer großen Zahl von Angehörigen der politischen Klasse. In der deutschen Delegation kommen sie fast ausschließlich aus der Linkspartei, aus Frankreich sind zahlreiche Sozialisten da - vornehmlich jene, die der Nein-Bewegung das Wort geredet hatten. Damit deutet sich ein Problem der Sozialforumsbewegung an: die Gefahr einer Eigendynamik, die den Charakter der Sozialforen als offener kultureller Räume gefährden könnte.

Die Charta des Weltsozialforums ist eindeutig: Parteien als Organisationen haben in der Bewegung nichts zu suchen, Parteimitglieder als Individuen sind natürlich willkommen. Wenn Menschen, die im parteipolitischen Raum tätig sind, die Foren besuchen, um beizutragen und sich durch andere inspirieren zu lassen, dann ist das nur begrüßenswert und kann helfen, die Impulse der Zivilgesellschaft auf die Politik ausstrahlen zu lassen.

Etwas anderes ist es jedoch, wenn die Foren zunehmend als Plattform der Selbstdarstellung der Parteipolitik benutzt und zivilgesellschaftlicher Protest parteipolitisch instrumentalisiert wird.

Es gab denn - auf einer Versammlung der deutschen TeilnehmerInnen - auch bereits einen Diskussionsbeitrag, der für eine Revision der Charta von Porto Alegre plädierte: man müsse prüfen, ob die Stellung des Weltsozialforums zu den politischen Parteien noch zeitgemäß sei.

Bei diesem Treffen ergibt sich auch ein Bild über die Zusammensetzung der deutschen Gruppe. Soweit sich übersehen lässt, haben die meisten deutschen TeilnehmerInnen ihren Arbeitsschwerpunkt mehr bei Attac, den Sozialforen, der Linkspartei oder bei Gewerkschaften. AktivistInnen aus der Umweltbewegung oder kirchliche Gruppen treten diesmal weniger hervor als bei den Weltsozialforen, die ich besucht habe.

### Stellung zum Verfassungsprozess in der EU

Am Freitag Vormittag habe ich meinen Auftritt bei einem Seminar über den Verfassungsprozess in der EU. Raquel Garrido (Pour La République Sociale) moderiert. Im ersten Teil kommen die Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen zu Wort, darunter auch ich: Miriam Bürger (Jungdemokraten/Junge Linke), Susan George (Vizepräsidentin von Attac Frankreich), Paolo Nerozzi (italienischer Gewerkschaftsverband CGIL), Franco Russo (Forum democrazia costituzionale europea), Andrew Tompkins (Mehr Demokratie) und Nicola Vallinoto (Vizesekretär des MFE, der Europäischen Föderalistischen Bewegung). Im zweiten Teil kommen vier Parlamentarier zu Wort Vittorio Agnoletto, Dimitris Papadimoulis und Tobias Pflüger aus dem Europa-Parlament und der sozialistische Senator Jean-Luc Mélanchen.

Ich sitze neben Susan Georges, Mitbegründerin von Attac Frankreich und vielleicht deren weltweit bekannteste Vertreterin. Wir haben vor der Veranstaltung Gelegenheit, uns ein wenig zu unterhalten. Wir sprechen über die Situation von Attac in unseren Ländern - in Frankreich hat es wegen der Position der Organisation zur Europäischen Verfassung Austritte gegeben. Ich schneide das Thema des bedingungslosen Grundeinkommens an. Susan Georges teilt diese Forderung wie viele französische Freunde so nicht, sondern ist dafür, eine Grundsicherung an soziale Arbeit zu knüpfen, bei einer Vielfalt von Wahlmöglichkeiten. Das auszudiskutieren bleibt natürlich keine Zeit.

In ihrem Beitrag plädiert sie dafür, im Kampf gegen den vorliegenden Verfassungsvertrag nicht nachzulassen. Für einen Verfassungsprozess von unten sei die Voraussetzung ein Maß an Volksaufklärung und Bewusstseinsbildung, das bisher nicht geleistet sei. Andrew Tompkins stellt den Vorschlag von Mehr Demokratie für einen neuen, nicht vom europäischen Rat ernannten, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Verfassungskonvent vor, der ohne Zeitdruck verhandeln und offen sein sollte für Vorschläge aus der Zivilgesellschaft, am Ende des Prozesses müsse ein Referendum stehen.

Tobias Pflüger, einen konsequenten Friedensaktivisten, der als Parteiloser auf der Liste der PDS ins Europäische Parlament gewählt worden, ist, kenne ich aus gemeinsamer Arbeit gegen den vorliegenden Verfassungsentwurf. Er warnt eindringlich und mit guten Argumenten davor, den vorliegenden Verfassungsvertrag für erledigt zu halten. Nicht nur, das einzelne Elemente der Verfassung durch die Hintertür implementiert würden. Vor allem sei zu erwarten, dass alle Tricks angewandt würden, um das Projekt doch noch zum Abschluss zu bringen. Die deutsche Präsidentschaft wolle dabei eine Vorreiterrolle spielen. Zwar sei Chirac im Wort, sich an das Abstimmungsergebnis zu halten, aber im Mai nächsten Jahres sind Präsidentschaftswahlen. Bis dahin werde man noch versuchen, den Verfassungsvertrag in weiteren Ländern zu ratifizieren, um in Frankreich dann mit Hinweis auf die drohende Isolation des Landes doch noch zum Erfolg zu kommen. Verfassungsrechtlich zwingend ist eine Volksabstimmung nur in Irland und Dänemark nötig, auf diese Länder werde man dann notfalls verzichten. Die aufgrund der Rechtslage eigentlich fällige Ausstellung eines Totenscheins für das Projekt in seiner gegenwärtigen Form sei erst noch zu erkämpfen. Es sei eine weitere große Anstrengung nötig, um eine entsprechende Bewegung zu entfachen.

Ich selbst habe in meinem Beitrag zuvor die Herangehensweise unseres aus dem Regionalforumsprozess entwickelten Positionspapiers (vgl. Sozialimpulse Heft 1/2006) an die Fragen nach essentiellen zivilgesellschaftlichen Forderungen an die Verfasstheit Europas charakterisiert. Dabei habe ich die dort angestellten Überlegungen über das Wie eines legitimen Verfassungsprozesses im Hinblick auf die Zusammenschau verschiedener Ansätze aus der Zivilgesellschaft zu konkretisieren versucht (vgl. Kasten S. 12). Ausdrücklich habe ich auf die Notwendigkeit des Widerstands gegen den vorliegenden Vertragsentwurf hingewiesen und auf die Wichtigkeit, sich zugleich positiv für einen anderen Weg einzusetzen. Denn das würde dem Widerstand zusätzlich Kraft geben.

### Konkrete Vernetzung

Am Ende der Veranstaltung ergreift Thomas Wallgren das Wort und meint, der Vormittag sei so interessant gewesen, dass er vorschläge, ein Vernetzungstreffen am nächsten Abend durchzuführen, das dann auch in einer kleinen, aber höchst interessanten Runde stattfindet: Außer Klaus Starke und mir sind dabei: eine französische Sozialistin, skandinavische Attac-Mitglieder, ein Vertreter des Corporate Europe Observatory aus den Niederlanden, die beiden Vertreter von Mehr Demokratie e.V. und einige andere. Wir sprechen darüber, dass viele Vorschläge in ähnliche Richtung gehen. Es sei wichtig, die Bewegung auf der Grundlage gemeinsamer Werte zu entwickeln, ein abstraktes Nein sei nicht zielführend. Das zeigten auch die Erfahrungen der Anti-Maastricht-Bewegung der 90er Jahre. So spricht eigentlich alles dafür, das Eintreten für die endgültige Beerdigung des Verfassungsvertrages mit einem Vorschlag für ein anderes Procedere im Verfassungsprozess zu verbinden. Das könnte den Befürwortern des bestehenden Entwurfs zusätzlich Wind aus den Segeln nehmen. Wir sind uns einig, dass der Vorschlag von Mehr Demokratie

dabei hilfreich sein kann. Verschiedene Möglichkeiten, gemeinsam öffentlichkeitswirksam aktiv zu werden, werden überlegt. Was sich davon umsetzen lässt, muss sich in den nächsten Monaten zeigen. Treffen wie diese sind es, die die lebendige Substanz des ESF ausmachen: Individuelle Begegnung, gemeinsames Beratschlagen, Verbindungen knüpfen, Gemeinsamkeiten suchen.

### „Gewaltlosigkeit beginnt mit mir“

Am Freitag Abend gehen wir vom Treffen der deutschen Teilnehmer zur Veranstaltung über „Besetzung des Irak, Widerstand und globale Antikriegs-Bewegung“, das schon begonnen hat. Ein großer Saal, übertoll, im Podium Vertreter aus den verschiedensten Kontinenten, eine Reihe davon aus dem Nahen Osten. Walden Bello, alternativer Nobelpreisträger aus den Philippinen, spricht. Er geißelt die Politik des US-Empire, spricht aber auch von der Krise der Bush-Politik. Wenn die amerikanische Führung sich rational verhalte, könne sie im Moment keinen Krieg riskieren. Aber: es sei eben kein Verlass darauf, dass sich der religiöse Fundamentalist Bush rational verhalte. Umso mehr bedürfe es einer starken weltweiten Bewegung gegen einen Iran-Krieg. Ein amerikanischer Soldat tritt auf, in Uniform mit Rangabzeichen und berichtet über die Lage im Irak, über die Auslöschung ganzer Familien durch das amerikanische Militär, über die tägliche Diskriminierung - die Soldaten verspotten die Muslime mit Vorliebe als Hadschis (abgeleitet von „Hadsch“, der Wallfahrt nach Mekka) und treten ihre religiösen Gefühle mit Füßen. Der junge Mann spricht mit großer Eindringlichkeit und menschlicher Wärme. Es ist ein Plädoyer gegen die Gewalt und eine Schilderung des eigenen Sich-Durchringens zum Frieden, die mit den Worten endet: Non-Violence begins with me, Gewaltlosigkeit beginnt mit mir. Und der Saal versteht den Ton, der da angeschlagen wird, der Redner bekommt standing ovations, die nicht enden wollen. Da ist er: der gute Geist der Weltsozialforumsbewegung, der Geist, aus dem eine andere Welt und ein anderes Europa erst möglich werden können.

### Versammlung der sozialen Bewegungen

Am Sonntag trifft sich, wie auch bei den vorangegangenen Europäischen Sozialforen, zuvor, die sogenannte „Versammlung der sozialen Bewegungen“. Ihre Abschlusserklärung ist keine Stellungnahme des ESF, obwohl immer wieder dieser Eindruck erweckt wird. Gemäß der Charta von Porto Alegre bilden die Sozialforen nur einen Rahmen des freien Austauschs und der Zusammenarbeit. Es gibt keine Stellungnahmen des WSF oder des ESF. Niemand kann für andere sprechen, obwohl natürlich im Rahmen der Sozialforen diejenigen, die es wollen, gemeinsame Aussagen machen können und sollen.

Die Versammlung ist in ihrem Verlauf nicht sehr befriedigend. Statement reiht sich an Statement, von 10 Uhr morgens bis 3 Uhr mittags. Immer neue Mahnungen der geplagten Dolmetscher, ruhig zu den Anwesenden zu sprechen, hindern viele Teilnehmer nicht, markige Appelle in den überfüllten Saal zu rufen - es mögen ca. 1.000 Menschen anwesend sein. Ein Lichtblick der Auftritt von Henning Zierrock aus Tübingen, der mit

der Gitarre musikalische Grüße von Mikis Theodorakis überbringt. Trotz der Überlänge kommen nicht alle zu Wort, die auf der Rednerliste stehen. Sie werden damit vertröstet, dass ihre Beiträge auf der Webseite platziert würden. Von einer wirklichen Diskussion und Abstimmung des in Gesprächen vorher vorbereiteten Zwischendokuments kann eigentlich keine Rede sein. Und natürlich ist eine Versammlung dieser Art damit auch objektiv überfordert. Es gilt also, neue Formen zu finden, einen neuen Stil zu entwickeln, um das ESF in Zukunft weiter voran zu bringen. Inhaltlich enthält die zustande gekommene Erklärung immerhin eine Reihe wichtiger Einschätzungen und Orientierungen für gemeinsame Aktivitäten (siehe Kasten unten).

### Aus der „Abschlussklärung der Versammlung der sozialen Bewegungen“

[...] Wir lehnen dieses neoliberale Europa sowie sämtliche Versuche einer Neuauflage der zurückgewiesenen Europäischen Verfassung ab; wir kämpfen für Ein Anderes Europa, ein feministisches, ökologisches, offenes Europa, ein Europa des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, des nachhaltigen Lebens, der Nahrungssouveränität und Solidarität, welche Minderheitenrechte und die Selbstbestimmungen der Völker respektiert.

[...] Wir gehen aus dem ESF in Athen gestärkt hervor; wir haben Fortschritte zu einer besseren Koordination zwischen den Bewegungen in Ost und West erzielt - mit der gemeinsamen Zielsetzung, für Frieden, Arbeit und soziale Sicherheit zu kämpfen. Wir werden unsere Agenda europäischer Kampagnen und Mobilisierungen zu den hauptsächlichen Themen unserer gemeinsamen Plattform weiterführen, die in den Netzwerken des ESF entwickelt wurde. Wir müssen unsere Arbeit koordinieren, um für die kommende Zeit eine effektive Strategie festzulegen und unsere Bewegung zu stärken und zu erweitern. Wir rufen alle europäischen Bewegungen auf, eine breite Debatte zu führen, um zusammen die nächsten gemeinsamen Schritte in den kommenden Monaten innerhalb des Netzwerks im ESF-Prozess festzulegen.

Einige besonders wichtige Ereignisse sind bereits in Planung: - Im Januar 2007 wird sich das Weltsozialforum in Nairobi treffen. Das Wachstum der afrikanischen sozialen Bewegungen ist von besonders großer Bedeutung für die ganze Welt. Der Aufbau des Weltsozialforums wird eine Gelegenheit sein, gegen die Ausbeutung und den Neokolonialismus Europas zu kämpfen.

- Wir werden für den vollständigen Abzug der Truppen aus dem Irak und gegen den drohenden Krieg im Iran, gegen die Besetzung Palästinas, gegen die Entwertung und den Abbau öffentlicher Dienstleistungen und für die Rechte von Migranten, Flüchtlingen und Minderheiten eintreten.

- Im Juni 2007 wird es ein Treffen des Europäischen Rats und nach dem diesjährigen Treffen der G8 in St. Petersburg eines bei Rostock, Deutschland geben (in Heiligendamm, CS). Wir werden diese Gelegenheiten nutzen, alle unsere Kämpfe zusammenzuführen.

(Linke Zeitung, 7.5.06, [www.linkezeitung.de/cms/content/view/440/35](http://www.linkezeitung.de/cms/content/view/440/35))

# Militärmission im Kongo:

## Ein falsches Zeichen europäischen Engagements?

*Wilhelm Neurohr*

Geht es beim umstrittenen deutsch-französischen EU-Militäreinsatz im kriegszerstörten Kongo auf Bitten der UNO - anlässlich der ersten freien Wahlen dort seit 45 Jahren nach einem eindrucksvollen Verfassungsreferendum - um demokratische und humanitäre oder um versteckte wirtschaftliche Interessen? Ist den Menschen in dem gequälten und ausgebeuteten Land damit gedient, wenn Europa zum Beginn einer „neuen Ära“ dem amtierenden „überparteilichen“ Diktator Kabila im Sinne seiner Geldgeber zum Machterhalt verhilft - oder geht der Militäreinsatz in enger Abstimmung mit der kongolesischen Regierungarmee zugunsten einer stabilen Zentralregierung an den Problemen der Menschen und Regionen vorbei, mit anschließender Verschärfung der Bürgerkriege?

Selten gingen die Meinungen quer durch alle Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen über die brisante militärische Mission unter deutscher Führung so extrem auseinander - denn Deutschland und Europa haben keine wirklichen Konzepte und längerfristigen Strategien für ihre Afrika-Politik. Warum wird jetzt ausgerechnet der Kongo zum Zielort militärischer Einsätze durch Deutschland und Europa, obwohl es viele Krisenherde und Länder mit demokratischem Erneuerungsbedarf gibt, wie z.B. im Vorjahr bei den manipulierten Wahlen mit vorausgegangenem Militärputsch im westafrikanischen Togo? Eine fundierte Urteilsbildung ist nicht einfach angesichts der verworrenen Lage in dem großen zentralafrikanischen Krisenherd; dennoch versucht der Autor, die Situation etwas aufzuhellen.

### Zur Ausgangssituation: Der „erste Weltkrieg Afrikas“

Die 60 Millionen Menschen im drittgrößten afrikanischen Land Kongo (vormals Zaire) - überwiegend Analphabeten aus 250 Völkern und Stämmen mit 400 Sprachen - haben über 40 Jahre Krieg und Bürgerkrieg, Diktatur sowie ungeheure Korruption und

Ausplünderung durch Kolonialmächte und Diktatoren hinter sich, die seit mehr als einem Jahrhundert dort ihr Unwesen treiben, allen voran belgische Konzerne - der Kongo war lange Jahre belgische Kolonie - und ausländische Söldnerbanden. Der Mord an Patrice Lumumba und das tödliche Attentat auf den damaligen UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld sind Teile eines blutigen Geschehens, dem bis heute auch durch ethnisch bedingte Kriege Hunderttausende Menschen zum Opfer fielen. Heute stellt sich neu die Frage, wie viel hierzulande das Menschenleben eines Afrikaners oder einer Afrikanerin wert ist? In der außen- und sicherheitspolitischen sowie öffentlichen Wahrnehmung rangiert Afrika ganz weit unten.

80 % der Kongolesen leben in absoluter Armut; sie müssen mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag auskommen. In einem der gequältesten Länder der Erde sind Gewalt, Folter und Menschenrechtsverletzungen sowie Flüchtlingsströme an der Tagesordnung. Jeden Tag werden nach UNO-Angaben 1000 Menschen Opfer von Gewalttaten. Systematisch wird vergewaltigt. Seit 1983 sind über 3,8 Millionen Menschen in gewaltsamen Auseinandersetzungen getötet worden. Die frühere amerikanische Außenministerin Madeleine Albright sprach angesichts dieser Zahlen und Verflechtungen vom „ersten Weltkrieg Afrikas“ mit fast 4 Millionen Toten. Nirgendwo sonst auf der Welt wurden seit dem 2. Weltkrieg so viele Menschen in einem so kurzen Zeitraum getötet. Den Nachrichtensendern war dies kaum eine längere Meldung wert.

Wie wird Europa nun seiner zivilen, politischen und militärischen Gesamtverantwortung für Afrika gerecht, nachdem es mehr als ein Jahrhundert an Kriegen und Ausbeutung beteiligt war und davon profitierte? Bleibt Afrika ein Kontinent vorwiegend der Almosenempfänger, dessen Bürgerkriege und Lebensbedingungen weniger interessieren als die wertvollen Rohstoffe? Und wird mit den ersten freien Wahlen ein wirklicher Neuanfang gemacht oder nur die Fassade eines funktionierenden Staates aufrechterhalten, während sich in Wirklichkeit das tödliche Chaos im Lande zu verschärfen droht? Ist das Land in diesem Zustand überhaupt für die Demokratie reif zu machen und bedarf es dazu militärischer oder ziviler Hilfe? Welche Perspektiven haben die Menschen in dem Land überhaupt?

### Zur geschichtlichen Entwicklung: Kongo als Opfer brutalster Kolonialpolitik und heutiger Interessenpolitik

Der Kongo (bis 1967 Zaire) geht in seinen heutigen Grenzen auf die langjährige Kolonialmacht Belgien zurück, nachdem in der vorkolonialen Zeit bis zur Plünderung durch den portugiesischen Sklavenhandel mehrere Bantu-Reiche drei Jahrhunderte lang existierten. Nachdem die brutalste europäische Kolonialherrschaft nach Sklaven- und Zwangsarbeit schließlich 1960 auf Druck der antibelgischen Unabhängigkeitsbewegung endete - von den anfangs 20 Millionen Einwohnern waren zuvor zwischen 1880 und 1920 über 10 Millionen durch koloniale Gewaltverbrechen, Hunger, Entkräftung, Überarbeitung und Krankheiten gestorben - litt das Land nach einem durch westliche Intervention angeheizten Bürgerkrieg über drei Jahrzehnte unter der

grausamen Diktatur von Mobutu. Zuvor war der erste frei gewählte Staatspräsident Lumumba von den USA und Belgien als „Kommunist“ verdächtigt worden und aus dem Weg geräumt worden. Er wurde verschleppt, gefoltert und ermordet. (Siehe Kasten unten).

Der von den Kolonialmächten unterstützte Präsident Kasavubu wurde nach Bürgerkriegen durch den Putsch von Mobutu abgelöst, der damit die Demokratie für Jahrzehnte beendete und ein Privatvermögen von 4 Mrd. Dollar anhäufte. Er führte das brutalste, grausamste und korrupteste Gewaltregime in Afrika, unterstützt von den USA als militärisch Verbündeten und von Frankreich als zweiter Schutzmacht - mit der Maßgabe, die Bodenschätze Zaires, insbesondere die Kupfervorkommen, dem Westen zu sichern. Während des zweiten Weltkrieges war der Kongo wirtschaftlich aufgeblüht, weil er Rohstoffe für die alliierte Kriegswirtschaft und Uran für das US-amerikanische Atombombenprogramm lieferte.

1970 erklärte der Diktator Mobutu den Kongo zum Einparteiensstaat und alle Bürger zu Mitgliedern der von ihm gegründeten Partei, bis dieses Einparteiensystem dann 1990 aus machttaktischen Gründen aufgegeben wurde. Das Ende der Diktatur Mobutus mit seinem Sturz und seiner Flucht nach Marokko war der Beginn einer folgenschweren Krise nach Schüren ethnischer Konflikte und Kämpfen von Rebellen Gruppen mit Millionen Toten und Flüchtlingsströmen von Hunderttausenden Hutu nach dem Völkermord an den Tutsi im benachbarten Ruanda.

### Die Ermordung Patrice Lumumbas

„Die Begleitumstände, die zur Ermordung Lumumbas führten, blieben lange verborgen. Aber Francois Lumumba, der Sohn von Patrice, erhob Anklage in Belgien, um den Mord an seinem Vater genauer zu erklären. Erst eine 41 Jahre nach der blutigen Tat einberufene Fachkommission des belgischen Parlaments brachte mehr Licht in das Dunkel der damaligen Ereignisse. Lumumba und seine Getreuen wurden von Mobutus Männern festgenommen und per Flugzeug zu Tschombé nach Katanga deportiert, dort wurden sie in eine kleine Hütte in einem Wald gebracht. Lumumba und seine Getreuen Okito und Mpolo wurden gefoltert. Danach kamen seine politischen Gegner Tshombé, Kimba und belgische Politiker, um sie zu beschimpfen und sie anzuspucken. Am 17. Januar 1961 wurden sie von Katangesischen Soldaten unter belgischem Kommandement erschossen.

[...] Fest steht [...], dass die belgische Regierung die Lumumba feindlich gesinnten Kräfte im Kongo logistisch, finanziell und militärisch unterstützte. Ein Großteil der Schuld wird unmittelbar König Baudouin zugeschrieben, der unter Umgehung der politischen Instanzen seine eigene postkoloniale Politik betrieben haben soll. Frühere Untersuchungen kamen allerdings zu dem Ergebnis, dass die Ermordung Lumumbas direkt von den Regierungen Belgiens und der USA angeordnet und vom amerikanischen Geheimdienst CIA und örtlichen, von Brüssel und Washington finanzierten Helfern ausgeführt wurde. Es gibt Berichte, dass US-Präsident Dwight D. Eisenhower schon im August 1960 der CIA den Befehl erteilt haben soll, Lumumba zu liquidieren.“ (Wikipedia, die freie Enzyklopädie: [http://de.wikipedia.org/wiki/Patrice\\_E.\\_Lumumba](http://de.wikipedia.org/wiki/Patrice_E._Lumumba))

Nach dem Sturz von Mobutu begann die Herrschaft von Laurent-Désiré Kabila, und Zaire wurde wieder in Kongo umbenannt. Da Ruanda und Uganda nicht an einer stabilen Regierung im Kongo interessiert waren, setzten sie den Kongo-Krieg Ende der 90-er Jahre in Gang. Kabila holte sich zur Unterstützung Militärhilfe aus Simbabwe, Angola, Namibia, Tschad und dem Sudan, die dafür Anteile an kongolesischen Diamantenminen und Rohstoffen erhielten. Erst im Februar 2000 entsandte der UNO-Sicherheitsrat Blauhelm-Soldaten in den Kongo. Nachdem Kabila 2001 einem Attentat zum Opfer fiel, übernahm sein Sohn Joseph sofort „per Faustrecht“ die Amtsgeschäfte. Er erwehrte sich mehrerer Revolten, Aufstände und Putschversuche und hielt sich bis heute an der Macht.

Mit seiner Allparteienregierung der früheren Kriegsparteien wird Präsident Kabila finanziell massiv vom Ausland unterstützt. Kongos Staatshaushalt von über 2,2 Mrd. Dollar in 2006 wird überwiegend von ausländischer Entwicklungshilfe finanziert. Kurz vor den Ende Juli 2006 geplanten freien Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo hat jedoch der Internationale Währungsfond (IWF) die Allparteienregierung unter Kabila in die Mangel genommen und seine Zusammenarbeit mit dem Kongo eingestellt: Wegen der Korruption und der Erfolglosigkeit der Wirtschaftspolitik wird das Land bis zur Einsetzung einer gewählten Regierung keine ausländische Budgethilfe mehr bekommen; eine Rate von 40 Mio. Dollar für die Armutsbekämpfung wird nicht mehr gezahlt, da die Geldgeber dieser Regierung plötzlich nicht mehr trauen und ein Überwachungsmechanismus fehlt. Soll nun vor der Weltöffentlichkeit der Schein einer kritischen Distanz zum Regime Kabila erweckt werden, um kurz vor dem Wahltermin Neutralität zu demonstrieren? Ende Mai hatten kritische Demonstrationen der größten kongolesischen Oppositionspartei UDPS (Union für Demokratie und sozialen Fortschritt) stattgefunden, zusammen mit den zivilgesellschaftlichen Gruppen und der katholischen Kirche. Sie fordern einen politischen Dialog der internationalen Gemeinschaft, wie der Kongo nach Ablauf der Amtszeit der Allparteienregierung am 30. Juni bis zum Wahltag Ende Juli und danach regiert werden soll. Die UDPS, die den gewaltfreien Widerstand gegen die Mobutu-Diktatur angeführt hatte und ihre Hochburg im Diamantenfördergebiet Kasai im Osten Kongos hat, will die Wahlen wegen der unzureichenden Organisation und Vorbereitung boykottieren und hat bis zur Schließung der Wahllisten keine Wahlvorschläge eingereicht, zumal die noch amtierende Regierung schon jetzt mit polizeilicher Hilfe die Oppositionellen einschüchtert und sich ein schmutziger Wahlkampf anbahnt. Neue Rebellion und Krieg vor allem in Kongos Osten sind damit vorprogrammiert.

Kongos Regierung will zudem die Privatgarden von Politikern in die Staatsarmee eingliedern, eine im Aufbau befindliche neuen nationale Armee, in der Kämpfer aus allen früheren Bürgerkriegsparteien zusammengemischt sind. Reformpolitiker fordern die Entwaffnung von Privatarmeen und Milizen in der Hauptstadt Kinshasa vor den Wahlen, einschließlich der 15.000-köpfigen Präsidialgarde von Kabila und der Privatgarden hoher kongolesischer Politiker, die ein Sicherheitsrisiko darstellen. Gefordert wird zudem von Menschenrechtlern, die internationale Gemeinschaft solle auf einen politischer

Dialog zwischen den Wahlkämpfern hinwirken, deren Kampftöne sich dramatisch verschärfen und bewaffnete Auseinandersetzungen im Wahlkampf befürchten lassen. Hinzu kommen sich ausbreitende gewalttätige Jugendgruppen. Zivilgesellschaftliche Aktivisten des Netzwerkes „Natürliche Ressourcen“ (RRN) wurden in Lubumbashi, in Kongos mineralienreicher Südprowinz Katanga, wegen ihrer Kritik an der Investorenpolitik Kabilas und an den schlechten Arbeitsbedingungen in Katangas Minen mit Mord bedroht.

### **Zur politischen und militärischen Situation: Ein Militärauftrag ohne Konzept und Ziel?**

Zur Konsolidierung des Landes mit seiner derzeitigen Allparteienregierung war im Mai vorigen Jahres eine neue Verfassung (mit dem Ziel stärkerer Dezentralisierung und Verringerung der Macht des Staatsoberhauptes) verabschiedet und in einer Volksabstimmung eindrucksvoll bestätigt worden. Die ursprünglich für das Jahr 2005 vorgesehenen demokratischen Neuwahlen wurden wegen des Referendums zunächst verschoben auf den 29. April 2006, dann auf Druck der internationalen Gemeinschaft und der Oppositionsparteien im Kongo nochmals bis zum 30. Juli. Im ersten Wahlgang soll nun der Präsident neu gewählt werden und anschließend das Parlament. Es wollen 48 Präsidentschaftskandidaten und 3043 Parlamentskandidaten antreten.

Es wird aber befürchtet, dass die Wahlen und insbesondere die Dezentralisierung des Landes den Keim für neue militärische Konflikte legen und den Krieg neu befeuern könnten. Die landesweite Wahl in 500 Wahlkreisen wird als Auslöser für einen möglichen Flächenbrand gesehen. Denn die Rebellengruppen und Bürgerkriegsparteien haben trotz Waffenstillstand nicht ihre Waffen niedergelegt oder abgegeben: 300.000 nichtstaatliche Kämpfer einschließlich Kindersoldaten stehen vor dem Wahlzeitpunkt 2006 noch unter Waffen, zuzüglich Privatarmeen von „Provinzfürsten“ und Auslandsfirmen sowie verfeindete und bewaffnete Stämme. Daneben gibt es mordende und plündernde Banden. Zudem halten sich geflüchtete Hutu-Rebellen im Kongo auf - eine Gefahr für das benachbarte Ruanda. Dem stehen 16.000 Soldaten der Präsidenten-Garde Kabilas und etwa 6.000 bewaffnete Anhänger des früheren Diktators Mobutu gegenüber. Momentan sind im Rahmen einer UNO-Sondermission 17.000 Militärbeobachter und Blauhelm-Soldaten vor Ort, darunter ein deutsches Erkundungskommando; eine Ausweitung hat der UN-Sicherheitsrat abgelehnt. Denn schon jetzt handele es sich um die weltgrößte Friedensmission seit dem Ende der Apartheid in Südafrika.

UNO-Generalsekretär Kofi Annan bezeichnete deshalb die geplanten Wahlen im Kongo wegen der Größe und Komplexität des Landes als „Albtraum“. Er hatte noch das UN-Desaster in Ruanda und Darfur in Erinnerung, mit schlecht ausgestatteten UN-Soldaten der Drittländer, so dass 300.000 Ermordungen und die Vertreibung von 2 Millionen Menschen nicht verhindert werden konnten. Und die deutsche Bundeswehr, mit Auslandseinsätzen von 6.500 deutschen Soldaten in Afghanistan, auf dem Balkan und im Sudan erinnert sich noch an den gescheiterten Somalia-Einsatz von 1992. Andererseits stellt sogar ein wenig bemitteltes Land wie



Pakistan 3.000 von insgesamt 6.000 UN-Soldaten im Kongo, ferner Bangladesch, Südafrika, Nepal und Uruguay 1.000 - können sich die EU-Industriestaaten da im Kongo verweigern?

Doch über die moralische Verpflichtung hinaus habe Europa laut EU ein eigenes starkes Interesse an einem friedlichen und demokratischen Afrika. Schon 2004 habe die EU ein stärkeres sicherheitspolitisches Engagement bei zusammenbrechenden Staaten in Afrika verabredet und im Dezember 2005 eine Afrika-Strategie festgelegt: Ohne Frieden keine nachhaltige Entwicklung. Deshalb hat die UNO nunmehr Europa um Unterstützung gebeten, weil die EU als ernst zu nehmende Friedensmacht und UNO-Partner auftreten möchte. Bundeswehreinätze auf dem afrikanischen Kontinent unter EU-Mandat seien künftig im deutschen und europäischen Interesse, so die Auffassung der deutschen Bundesregierung und des Verteidigungsministers (der den Auftrag der Bundeswehr sogar generell erweitern möchte auf internationale Einsätze zur wirtschaftlichen Rohstoffsicherung, ganz im Sinne der Energie- und Rüstungslobby). Entschlossenes Eingreifen der EU und der internationalen Gemeinschaft im Kongo sei unverzichtbar, wenn ein afrikanisches Leben nicht weniger zählen soll als ein europäisches, so lautet offiziell die humanitäre Begründung, die den Bundestag am 1. Juni zur Zustimmung mit großer Mehrheit bewegte. Zugleich zeigt sich die EU intolerant gegenüber Kritikern an den zweifelhaften und schlecht vorbereiteten Kongo-Wahlen und Begleitumständen unter dem Diktator Kabila im derzeitigen Zustand des Landes, denn Europa und insbesondere Frankreich sind insgeheim an einer starken Regierung unter Kabila interessiert - obwohl sein Sieg mit einigen Opportunisten als Verbündeten nur die Staats-Fassade aufrecht hielte, während seine Gegner lediglich abtauchen würden. Unter Kabilas Diktatur sind heute Korruption und Raub Alltag und nicht Ausnahme.

Kabila-treue Zeitungen warnen seit Wochen vor einem drohenden Putschversuch durch Vizepräsident Jean-Pierre Bemba, einstiger Rebellenführer mit eigenen Truppen. Als weiterer Präsidentschaftskandidat ist Oscar Kashala aufgetreten, ein aus dem US-Exil zurückgekehrter Geschäftsmann, der durch Diamantenhandel ein Vermögen verdient hat, durch das er sich im Wahlkampf (mit denkbarer Unterstützung der USA) profilieren könnte. Mitglieder seiner Leibgarde sind jedoch durch die Polizei auf Geheiß von Kabila verhaftet worden. Die Häuser von zehn weiteren Oppositionsführern und Präsidentschaftskandidaten wurden kürzlich umstellt und abgeriegelt. Zudem wurden 32 ausländische Söldner verhaftet, Angestellte der international agierenden südafrikanischen Wachsutzfirma „Omega“ mit Angestellten aus den USA, Südafrika und Nigeria.

Insgesamt sollen nun 1.700 bis 2.000 statt ursprünglich 1.500 EU-Soldaten der EU-Eingreiftruppe „Eufor“ für den Kongo abgestellt werden, jeweils 900 statt ursprünglich 500 aus Deutschland und Frankreich sowie je 100 aus Spanien und Polen und je 50 aus Schweden und Belgien. Auch Italien, Griechenland, Österreich, Irland, Großbritannien und Portugal wollen noch Soldaten entsenden und Ungarn und Finnland wollen Kräfte für das strategische Hauptquartier in Potsdam - künftig Kern eines Hauptquartiers für militärische Operationen

## Friedensratschlag: 57 Prozent der Bundesbürger gegen den Kongo-Einsatz

Der Bundesausschuss Friedensratschlag verweist in einer Stellungnahme zur Abstimmung im Bundestag darauf, dass sich nach einer repräsentativen Forsa-Umfrage Ende Mai 57 Prozent der Bundesbürger gegen den Bundeswehr-Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo aussprachen. Lediglich 40 Prozent seien dafür. Im Bundestag hätten dagegen 76 Prozent der anwesenden Abgeordneten für den Militäreinsatz gestimmt, so Lühr Henken und Peter Strutynski vom Friedensratschlag. Es sei allerdings auch festzustellen, dass im Bundestag „nie zuvor“ ein Bundeswehreinatz „so kontrovers“ diskutiert worden sei wie dieser. Und erfreulicherweise habe die FDP-Fraktion - „sonst wahrlich kein Hort des Pazifismus“ - fast einmütig ihre Zweifel am Sinn dieses Kongoeinsatzes zum Ausdruck gebracht. Dagegen versuchten sich offenbar die Wortführer von Bündnis 90/Die Grünen „als bessere Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums hervorzutun“.

Die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo seien nur ein „willkommener Anlass“, militärische Instrumente wie die „Battle Groups“ der EU „auszuprobieren und die Bevölkerungen der EU-Staaten an die Militarisierung der EU zu gewöhnen“. Zur Absicherung der Wahlen würden sie nicht benötigt.

„In Wirklichkeit“ gehe es „um die Sicherung von Ressourcen“, so die beiden Sprecher. „Kabila, der in seiner kurzen Amtszeit den Ausverkauf kongolesischen Reichtums an Bodenschätzen an transnationale Minengesellschaften zur persönlichen Bereicherung so rasant vorangetrieben hat wie keiner seiner Vorgänger, ist der Mann Frankreichs und der USA und Garant für die Fortsetzung dieser Politik.“ Deutschland wolle in Zentralafrika Präsenz zeigen, um - wie mit Siemens - bereits vorhandene oder künftige wirtschaftliche Interessen besser vertreten zu können. „Es ist dem CDU-Abgeordneten Eckart von Klæden zu danken, dass er in der heutigen Debatte auf die Bedeutung des Kongo wegen des ‚Rohstoffreichtums‘ des Landes hingewiesen hat.“ Von den Wahlen selbst werde „leider kein Impuls für die so wünschenswerte Prosperität der bitterarmen kongolesischen Bevölkerung“ ausgehen. Nach Auffassung des Friedensratschlags ist der Kongoeinsatz „überflüssig, was die offiziell vorgegebenen Gründe betrifft“. Der Kongoeinsatz sei aber „denjenigen willkommen, die eine stärkere geopolitische Rolle Deutschlands und der EU im weltweiten Kampf um Ressourcen wollen und sie auch militärisch erzwingen wollen“. Zudem solle mit dem Kongoeinsatz die Öffentlichkeit daran gewöhnt werden, dass Militär wieder zum „normalen“ Mittel der Politik werde.

([www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kongo/btngo.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kongo/btngo.html))

der EU - entsenden. 250 bis 350 deutsche Soldaten sollen in Nähe des Flughafens von Kinshasa stationiert werden und weitere 250 auf dem Marineschiff „Berlin“, mehrere Hundert Kilometer von Kinshasa entfernt. 1.100 Mann sollen in Gabuns Hauptstadt Libreville in Reserve stehen, dazu 200 Mann Spezialtruppen aus Frankreich, Schweden und Portugal in der Hafenstadt Port-Gentil. Pikanterweise errichtet die einstige Kolonialmacht Belgien die Militärbasis für die rund 2.000 Mann umfassende Eufor und hat bereits ein Schiff mit vier hochmodernen unbemannten Aufklärungsflugzeugen losgeschickt. Diese vier belgischen Spionageflugzeuge sind die Vorhut der geplanten EU-Eingreiftruppe.

Löst aber der Militäreinsatz wirklich die Probleme der Demokratie und der Sicherheit der kongolesischen Bevölkerung, die Deutschland als Motiv seiner zunächst

4-monatigen Beteiligung darstellt? Ist es nicht dreist, die deutsche Öffentlichkeit glauben zu machen, 780 Soldaten der Bundeswehr und nur 200 Wahlbeobachter könnten durch ihre Anwesenheit viel bewirken, ohne dass der Militärauftrag (ohne geografische Beschränkungen) alsbald durch einen viel weitergehenden abgelöst wird, wie das Beispiel Afghanistan belegt, wo anfangs die deutschen Soldaten in Kabul nach einem Jahr abgelöst werden sollten? Die Bundeswehr wird die Begrenzung auf Kinshasa nicht durchhalten können, erklärte denn auch der Militärexperte Bernhard Gertz vom Bundeswehrverband. Und der CDU-Verteidigungsexperte Karl-Georg Wellmann meinte nach einer Kongo-Reise, man müsse die deutsche Öffentlichkeit auf Auseinandersetzungen vorbereiten.

Damit hat die EU nach ihrem grundsätzlichen und schließlich formellen „Ja“ der 25 Mitgliedsstaaten einen politischen Entscheidungs- und Gewissenskonflikt vor allem in Deutschland ausgelöst, wo Afrika bislang ein vergessener Kontinent war. Deutschland gibt nur 1,5 Mio. EUR für zivile Hilfe im Kongo aus, aber jetzt ein Vielfaches für die militärische Hilfe. Die Schätzungen reichen von 20 bis 64 Mio. EUR. Menschenrechtler und Zivilgesellschaftler warnen: Wenn EU-Soldaten nicht konsequent die Bevölkerung vor der Regierung schützen, werden sie als bloße Helfer der Mächtigen angesehen. Zivile Kriseninterventionen sollten deshalb Vorrang haben vor militärischen Einsätzen. Und ist es akzeptabel, sich zusammen mit einer ungeliebten Kolonialmacht wie Frankreich mit an die Spitze der EU- oder Blauhelmtuppe zu stellen, wenn sich stattdessen dann doch noch weit eher das neutrale Südafrika dafür anbietet? Zudem trieben auch Mörderbanden deutscher Söldner im Kongo ihr Unwesen, unter Anführung des aus den Medien bekannten „Kongo-Müller“ - in einem Land mit Chaos und Gewalt ohne funktionierende staatliche Strukturen.

Entwicklungsorganisationen fordern anstelle des Militäreinsatzes eine längerfristige umfassende Strategie der EU für die Stabilisierung des Kongo. Denn neben einer Zentralregierung sind vor allem funktionierende lokale und regionale Verwaltungseinrichtungen in den Provinzen nötig. Eine Zentralregierung kann nicht die Probleme und Konflikte in den Provinzen und im brodelnden Osten des riesigen Landes lösen. Doch die Kanzlerin, der deutsche Außenminister und sogar die Entwicklungshilfe-Ministerin befürworten ebenso wie der deutsche Bundespräsident den unpräzisen Kongo-Einsatz deutscher Soldaten bei der neuen Regierungsbildung - ohne jegliches Afrika-Konzept oder eine politische Strategie für Gesamtafrika.

Offiziell sollen die deutschen Bundeswehrsoldaten, die laut Grundgesetz eigentlich nur zur Landesverteidigung vorgesehen sind, über ihre „symbolische Anwesenheit“ hinaus eventuellen Bürgerkrieg und Flüchtlingswellen abwehren sowie Wahlbeobachter evakuieren und die „Lage stabilisieren“. Deshalb bemüht sich der deutsche Verteidigungsminister Jung um einen Kampfauftrag gegen bewaffnete Milizen, der bislang noch fehlt. Doch lassen sich mit knapp 800 Bundeswehrsoldaten ohne Französisch-Sprachkenntnisse freie Wahlen im Bürgerkriegsland Kongo sichern? - so fragen skeptische Politiker und Militärexperten. Was passiert mit den deutschen Soldaten, wenn sich das Land nach dem Wahltag durch oppositionelle Rebellen, einschließlich

Kindersoldaten in einen Hexenkessel verwandelt? In Kongos Hauptstadt Kinshasa mit fast 10 Millionen Einwohnern sollen die deutschen Soldaten vor allem den Flughafen sichern. Solche Aufträge fallen im politischen Sprachgebrauch unter „Erneuerung der Bundeswehr“, sind Bestandteil einer Abkehr von der verfassungsmäßigen Landesverteidigung hin zu problematischen Auslandseinsätzen. Angeblich lässt sich nur so der Export von Terrorismus, Kriminalität, und Flüchtlingsströmen aus Afrika verhindern.

### **Zu den Interessenkonflikten und Abhängigkeiten: Die zweifelhafte Rolle Frankreichs im Kongo**

Kritiker fragen: Soll Deutschland von seiner Auslands-Einsatzzentrale in Potsdam aus als „nützlicher Idiot“ dabei helfen, Belgiern und Franzosen wieder mehr Gewicht im Kongo zu verschaffen? Denn Frankreich und Deutschland sollen die Truppen zusammen führen, nachdem die Franzosen Ende 2005 den Plan für die Entsendung einer EU-Truppe nach Kongo vorlegten, weil sich französische Unternehmen den maßgeblichen Anteil an den gigantischen Kupferminen des Landes sichern wollen. Präsident Jaques Chirac drängte Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang 2006 zu einer deutschen Führungsrolle, sorgte aber mit den Stationierungen in Gabun für die tatsächliche Schirmherrschaft Frankreichs.

Zu Zeiten Mobutus, als Kongo noch Zaire hieß und der französische Präsident Diamanten von Mobutu geschenkt bekam, betrieb Frankreich dort einen neokolonialen Kurs mit militärischen Interventionen. Französische Berater führten faktisch Militär und Verwaltungsapparate, wie auch heute noch in Togo und anderswo. Französische Unternehmer und Diplomaten führten die Außen- und Außenhandelspolitik ihrer Ex-Kolonien, deren Währungsreserven bei der französischen Zentralbank lagen. Als im Kongo Millionen Menschen starben, war Frankreich im UN-Sicherheitsrat der eifrigste Verbündete Kabilas und schrieb traditionell alle UN-Resolutionen zum Kongokrieg. Es versuchte, die internationale Kritik auf die Gegner Kabilas zu richten. Als Kabilas Sohn sich unrechtmäßig zum Nachfolger des ermordeten Vaters erklärte, bekam er als erstes Unterstützung von Frankreichs Präsidenten. (Auch in Togo hatte Chirac den dortigen Diktator voriges Jahr zum „besten Freund seiner Familie“ erklärt.) Zudem ist Frankreich auf militärischer Ebene eifriger tätig geworden als jeder der anderen großen ausländischen Partner des Landes, vor allem beim Aufbau von Kongos neuer Armee mit französischen Generälen als Beratern im Generalstab, ferner beim Aufbau der kongolesischen Polizei. Den kongolesischen Sicherheitskräften werden aber schwere Übergriffe gegen die Zivilgesellschaft vorgeworfen. Und auch im Waffenhandel mit Kongo bleibt Frankreich hinter den Kulissen sicher nicht untätig.

Die Französisch-kongolesischen Beziehungen sind zuletzt so eng wie selten zuvor, wie Staatsbesuche zeigen. Frankreich ist einer der größten Abnehmer kongolesischer Exporte und schwächt internationale Kritik an Kabila immer wieder ab. Durch Beraterverträge beeinflusst Frankreich massiv die Politik im Kongo; so hat man auch an der Präsidialverfassung mitgewirkt. Auf ökonomischer Ebene läuft die Einflussnahme ähn-

lich ab. Ein französisches Consultingbüro berät das Management des größten Unternehmens in Kongo, dem die gigantischen Kupfer- und Kobaltminen in Katanga gehören, deren Sanierung als Schlüssel zur Gesundung von Kongos Wirtschaft gilt. Auch die Zusammenarbeit mit der Weltbank ist dabei nicht ganz frei von Interessenkonflikten, denn das gleiche französische Consultingbüro „Sofreco“ soll zugleich das wichtigste Weltbank-Wiederaufbauprogramm im Kongo evaluieren. Frankreichs Honorarkonsul in Katangas Hauptstadt Lubumbashi ist mit seiner Forrest-Unternehmensgruppe der größte ausländische Arbeitgeber in ganz Kongo; die Gruppe bildet eine Art Staat im Staate. Während der Amtszeit Kabilas gingen ca. 70% aller Bergbaukonzessionen an private Partner im Ausland zu Bedingungen, bei denen für die lokale Bevölkerung nur ein paar Brosamen bleiben.

### Zur wirtschaftlichen Situation: Düstere Zukunftsperspektive für die Menschen eines der rohstoffreichsten Länder?

Es wäre naiv, zu glauben, bei der konzeptionslosen Militärmission im Kongo ginge es nach den hier geschilderten Vorgeschichten einzig und allein um demokratische und humanitäre Motive der Friedensstiftung. Denn der Kongo als größtes afrikanisches Land südlich der Sahara, siebenmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, hat extreme Rohstoffreichtümer, um deren Ausbeutung Banden und Privatarmeen sowie korrupte Regierungsmitglieder ebenso kämpfen wie ausländische Konzerne und Staaten, allen voran die alten Kolonialmächte. Letztlich geht es im Kongo um die Rohstoffsicherung für Europas Industrie, die man nicht den Amerikanern überlassen möchte. Seit die einstige belgische Kolonie unabhängig wurde, ist der Kampf um die Kontrolle über die enormen Bodenschätze der wahre Grund für die politische Instabilität und für den europäischen Militäreinsatz.

1997 bereits schrieb „Die Zeit“: „Die Messer sind geschliffen, der Wettlauf um Milliardenprofite läuft. In Zaires Erde ruhen die größten Kobaltvorkommen der Welt, schwärmten Rohstoffexperten schon 1988 im ‚Minerals Yearbook‘. Zudem verfügt das Land über die größten Reserven an hochwertigem Kupfer und liegt in puncto Diamanten weltweit an zweiter Stelle. Hinzu kommen Gold, Silber, Zink, Schwefel, Kadmium, Germanium, Uranerz. Und Zaires Regenwälder, sein Wasserreichtum und das hydroelektrische Potential sind schier unermesslich.“ Der strategische Rohstoff Kobalt beispielsweise wird von Computer, Auto- und Flugzeugindustrie gebraucht.\* Auch Deutschland ist wirtschaftlich nicht ganz uninteressiert oder unbeteiligt im Kongo. Die deutsche Holzfirma Danzer beutet Kongos Tropenwälder aus. Ein seit 2 Jahren still liegendes Bergwerk im ostkongolesischen Krisengebiet (Mine in Nord-Kivu, deutscher Mehrheitsanteil 70% ) ist zum Zankapfel zwischen deutschen und österreichischen Firmen geworden. Denn in dieser Mine wurden zeitweilig 3.000 t

Pyrochlor-Erze zur Gewinnung von Niob abgebaut.\*\* Die Mine entstand seinerzeit durch die Nürnberger Gesellschaft für Elektro-Metallurgie (GfE). Von den verworrenen Wegen und Umwegen der deutschen, französischen und europäischen Rüstungslieferungen nach Afrika erst gar nicht zu reden!

Die USA und China wollen sich die wichtigen Bergbauvorkommen im Kongo sichern, nach der schon zurückliegenden Plünderung Zaires durch die USA, während Frankreich mit seinem Einsatz im Kongo seinen früheren Einfluss zurückgewinnen und den der USA zurückdrängen möchte. Die erklärte Strategie der Weltbank ist es, das Land vor allem durch Großinvestitionen in den Bergbau wieder aufzubauen. Diese heterogene Interessenlage kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die indirekte militärische Wahlhilfe für Kongos (zum Demokraten beförderten) Diktator Kabila - in einem von Chaos und Verfall bedrohten Land - für die meisten Staaten und Konzerne von eigennützigem Interesse ist. Ob die 60 Millionen Menschen im Kongo durch einige hundert oder tausend auswärtige Soldaten unter EU-Mandat wirksam geschützt werden können vor den Hunderttausenden bewaffneten Bürgerkriegs-Rebellen - und ob man ihnen nach dem Wahltag einen wirtschaftlichen Ausweg aus der bitteren Armut eröffnet oder das Land weiter von globalen Mächten ausgebeutet wird - das steht für die Schutzmächte eher an zweiter Stelle, so ist zu befürchten. Das aber wäre ein falsches Zeichen für europäisches Engagement.

Eine EU-Verfassung, die diesen Namen verdient, müsste für ihre internationale und ihre Entwicklungspolitik mit Blick auf den afrikanischen Armutskontinent Leitziele aufnehmen, die zu einer völlig neuen, nicht neokolonialen und humanitären Afrika-Politik verpflichten. Denn weiterhin verletzt Europa dort die Menschenrechte und die Menschenwürde, auch wenn die Begründungen der anstehenden Militäreinsätze anstelle massiver ziviler und wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen das Gegenteil vorgeben. Von den eigentlichen Problemen lenkt der Militäreinsatz jedenfalls ab. Er droht, ein „Mandat für das Chaos“ zu werden in einer Wahlsituation des gegenseitigen Misstrauens. Soldaten als „Wahlbeschützer“ auszugeben, sie aber tatsächlich in eine kriegsähnliche Unordnung zu schicken, erscheint jeder Verantwortung. Lässt Deutschland sich auf ein militärisches Abenteuer ein, das Soldatenleben für unerklärte Politik riskiert oder für die neokoloniale Interessenpolitik einzelner Nachbarländer?

Der ehemalige Verteidigungs-Staatssekretär Walther Stützel hinterfragt vor dem Hintergrund des Wettlaufes um Rohstoffe den Kongo-Einsatz der Bundeswehr und kritisiert scharf das Fehlen einer deutschen Afrika-Strategie: „Außenpolitische Gedankenfaulheit mit dem Einsatz von Soldaten zu überspielen, ist folgenschwere Unvernunft“. Zu verschweigen, dass eine langwierige militärische Afrika-Präsenz gemeint sei, grenze an Selbstaufgabe parlamentarischer Verantwortlichkeit, kritisiert er scharf den deutschen Bundestag. Dieser müsse eine ehrliche und maßvolle Debatte über eine plausible Afrika-Politik beginnen. Doch es scheint, als müsse stattdessen die Zivilgesellschaft in Europa auch diese Diskussion vorantreiben.

\* Bartholomäus Grill: Die wirtschaftlichen Hintergründe des Bürgerkriegs in Zaire. Die militärische Schlacht in Zaire steht vor der Entscheidung. Die ökonomische Auseinandersetzung hat gerade erst begonnen. 16.5.1997. <http://zeus.zeit.de/text/archiv/1997/21/zaire.txt.19970516.xml>

\*\* Vgl. „Kongo: Neuer Wirbel um deutsche Mine“, in TAZ, 22.3.2006, [www.taz.de/pt/2006/03/22/a0096.1/text](http://www.taz.de/pt/2006/03/22/a0096.1/text)

# AVENIR - Zukunft für Afrika

## Dreigliederungs- projekt Ananas- kulturfarm in Togo

Mechthild Gruner-Neurohr

### Unsere Vision

*„Unsere größte Herausforderung ist es, eine scheinbar abstrakte Idee, die nachhaltige Entwicklung, alltäglich für alle Menschen in der ganzen Welt zu realisieren.“  
(Kofi Annan)*

### Das ganzheitliche Konzept der Ananas-Kulturfarm

Am Anfang stand die gemeinsame Idee der Dorfbewohner von Adétikopé und der deutschen Freunde im Jahr 2001: Aufbau einer nachhaltigen biologischen Landwirtschaft als Lebensgrundlage für gesunde Ernährung, für Arbeit und Einkommen auf dem Land, zur Armutsbekämpfung und Vorbeugung gegen die Landflucht.

Daraus entwickelte sich das Konzept der Ananas-Kulturfarm, das sich von anderen Hilfsprojekten (nicht nur in Togo) vor allem dadurch unterscheidet, dass es von Anfang an auf der Eigeninitiative und Mitwirkung der Einheimischen vor Ort beruht. Sie sollen nicht etwa von Entwicklungshelfern oder Organisationen mit baulichen Einrichtungen „beglückt“ werden, die später nicht dauerhaft mit Leben gefüllt oder nur durch die Dauerpräsenz deutschen Personals aufrechterhalten werden können. In unserem Projekt ist die von den Initiatoren und Dorfbewohnern gewünschte dauerhafte deutsch-togolesische Zusammenarbeit in vielfältiger Form gewährleistet. Sie soll ihren Ausdruck auch im kulturellen Austausch sowie in baulich-künstlerischer und landschaftsgestalterischer Qualität finden.

Ein weiteres Merkmal des AVENIR-Projektes ist der ganzheitliche Ansatz, mit dem mehrere Effekte gleichzeitig erzielt werden sollen, um die Lebensgrundlagen der

Landbevölkerung in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht nachhaltig zu verbessern: Nicht nur Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten sollen geschaffen, sondern auch Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sollen entwickelt werden, ebenso Infrastruktur und Dienstleistungen (z.B. im Sozial- und Gesundheitswesen) und sanfter Tourismus. Die Einführung einer eigenen Regionalwährung und der Aufbau eines Tauschringes stehen als Zukunftsvision am Horizont.

### Das Projekt

*Ein altes afrikanisches Sprichwort sagt: „Wenn du wirklich jemandem helfen willst, so schenke ihm keinen Fisch, sondern eine Angel.“*

Dieser Gedanke der Hilfe zur Selbsthilfe liegt dem Konzept der AVENIR-Ananas-Kulturfarm zugrunde. Mit dem biologischen Anbau, der Weiterverarbeitung sowie dem Verkauf und Export der Ananas-Früchte sollen die Kosten für die sozialen und kulturellen Einrichtungen auf Dauer selber erwirtschaftet sowie existenzsichernde Arbeits-, Einkommens- und Bildungsmöglichkeiten für die Landbevölkerung des Dorfes Adétikopé geschaffen werden.

Zusammen mit engagierten Menschen aus Togo und mit fachkundiger Beratung haben wir im Jahre 2001 begonnen, auf den damals vorhandenen 3 ha Fläche ein soziokulturelles Landwirtschaftsprojekt aufzubauen: die Ananas-Kulturfarm, eine Obstplantage (Orangen, Zitronen, Pampelmusen), einen biologischen Gemüsegarten und eine Tierzucht (Schweine, Ziegen, Schafe, Hühner, Enten, Kaninchen).

Inzwischen hat sich das Projekt auf 9 ha erweitert, die erste Ananasernte war erfolgreich und ein Kindergarten konnte mit Spenden und den ersten Verkaufserlösen errichtet werden. Weiter geplant ist ein kleines Kulturhaus, eine Dorfschule mit einer zukunftsfähigen Pädagogik sowie der Ananas-Export nach Europa. Die tatkräftige Mitwirkung der Dorfbewohner, insbesondere des Frauenkomitees, lässt hoffen, dass sich auch die geplanten Projekte in Eigeninitiative mit Unterstützung aus Deutschland realisieren werden.

### Nachhaltige Landwirtschaft

Die Landwirtschaft im westafrikanischen Togo besteht zumeist aus einseitigem Anbau von Mais und Maniok, aus Tierhaltung oder Gemüse- und Obstanbau in Monokulturen. Auswärtige Konzerne versuchen, zum Einsatz chemischer Dünger zu verführen. Das AVENIR-Projekt der Ananas-Kulturfarm will auf 9 ha einen biologischen landwirtschaftlichen Organismus schaffen mit Verbesserung der Bodenqualität und der Ernte-Erträge durch Kompostierung und Bewässerung. Der Anbau von Ananas und anderen Obstsorten sowie von Gemüse und die Tierhaltung dienen dem eigenen Verzehr, dem Verkauf auf den regionalen Märkten, dem Export und der Weiterverarbeitung. Zugleich handelt es sich um ein Kooperations-, Lern- und Forschungsprojekt. Einem Togolesen hat AVENIR eine landwirtschaftliche Ausbildung auf einem Bio-Hof in Deutschland ermöglicht.

## Wo wir arbeiten

### Togo - Das Land:

Die Republik Togo gilt mit ihren Stränden im Süden, tiefgrünen Tälern und Wäldern im Zentrum und den Grassavannen im Norden als eines der schönsten Länder Westafrikas.

Nachbarstaaten: Ghana, Benin, Burkina Faso

Größe: 57.000 qkm (600 km lang, 50 km breit)

Einwohner: ca. 5 Mio.

Hauptstadt Lomé (ca. 400.000 Einwohner)

Sprachen Amtssprache ist Französisch, ansonsten Ewe im Süden und Kabye im Norden

Religion 50% Naturreligion, 35% Christen, 15% Muslime

Klima tropisch (2 Regenzeiten: April - Juni und September - Oktober)

Geschichte 1884-1914 deutsche Kolonie, danach aufgeteilt unter britischer und französischer Verwaltung, 1956 wird der englischsprachige Teil zu Ghana, der französischsprachige Teil wird 1960 eine eigenständige Republik

Wirtschaftsstruktur: 40% Landwirtschaft, 37% Dienstleistungen und Handel, 21% Industrie

Währung: CFA (westafrikanische Einheitswährung)

### Die Dörfer:

Ca. 25 km nordwestlich der Hauptstadt Lomé in einer bäuerlichen Landschaft liegt das Gelände unserer Ananas-Kulturfarm, umgeben von den Dörfern Adétikopé, Aveta, Louwé und Adjo-guidi sowie von zahlreichen Einzelgehöften und Agglomerationen. Insgesamt beherbergen die Dörfer ca. 5.000 Menschen, darunter mindestens 2.000 Kinder im Kindergarten- und Schulalter.

Es gibt in den Dörfern keine Stromversorgung, Wasser nur aus Brunnen. Die Dorfbewohner leben überwiegend in einfachen Lehmhütten bei kärglicher Selbstversorgung (Anbau von Mais und Maniok) mit sehr einseitiger und ungesunder Ernährung, teilweise auch von Kleinhandwerk und von Kleinhandel. Die meisten Dorfbewohner sind Analphabeten ohne jegliche Schul- und Berufsausbildung und ohne festes Einkommen.

### Das Grundstück:

Aktuell umfasst das Grundstück ca. 9 ha mit einem Brunnen. Im Mittelpunkt steht die Ananas-Plantage mit 1,5 ha. Auf einem weiteren Hektar wurde 2004 eine Obstplantage mit Orangen, Zitronen, Pampelmusen, Mangos und Papayas angelegt.

Vorhanden ist auch ein Schweinestall mit Auslauf für 50 Tiere (geplant sind außerdem 2 Kühe und Kaninchen), außerdem gibt es freilaufende Hühner und Gänse. Für den Eigenbedarf und zur Fütterung der Tiere werden Mais und Maniok angebaut.

Mit der Anlage eines Biogartens wurde bereits begonnen. Um den Gemüseanbau effektiv zu betreiben, ist auf Dauer eine Bewässerungsanlage notwendig. Neben dem Kindergarten gibt es auf dem Grundstück 2 einfache Wohnhäuser. In naher Zukunft ist eine Erweiterung des Geländes um 2 - 5 ha geplant.

### Ananas - Königin der Diätfrüchte

Warum ausgerechnet Ananas-Anbau? Die Ananas mit ihren 16 Mineralstoffen hat eine medizinische Wirkung als Heilpflanze für viele Krankheiten und gilt als „Königin der Diätfrüchte“, auch liebevoll die „süße Medizin“ genannt. Sie dient u.a. zur Krankheitsvorbeugung, zur Fiebersenkung und zur Stärkung des Immunsystems. Sie lässt sich weiterverarbeiten zu Saft, Marmelade, Konserven und Trockenobst. Bei zeitversetzter Anpflanzung lässt sie sich das ganze Jahr ernten und eignet sich gut für den Export. Die biologisch angebaute Ananas hat für das AVENIR-Projekt einen symbolischen Wert im Zusammenhang mit ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit, in Verbindung mit anderen

Obstsorten auf der Obstplantage. Die Zertifizierung als Bio-Ananas sowie als faires Handelsprodukt läuft zur Zeit.

### Der Kindergarten

Auf Wunsch der Mütter aus den umliegenden Dörfern ist als erstes mit dem Aufbau des AVENIR-Kindergartens begonnen worden, um die Voraussetzungen für den Schulbesuch und die Schulreife der Kinder zu schaffen. Zusammen mit den Dorfbewohnern, den „Dorfkönigen“ und offiziellen Gästen aus Ministerium und Präfektur fand Ostern 2004 im Beisein einer 7-köpfigen Delegation von AVENIR aus Deutschland die

feierliche Grundsteinlegung (mit traditionellen Tänzen und Palmwein) statt. Ostern 2005 folgte die Einweihung des fertig gestellten Kindergartens, der größtenteils mit Hilfe von Spenden der Vereinsmitglieder sowie von Freunden und Förderern von AVENIR finanziert wurde. Das eindrucksvolle Rundgebäude (Oktogon mit 9 m Durchmesser) für die erste Kindergartengruppe unter Mangobäumen entstand durch eine heimische Baukooperative in Zusammenarbeit mit den Dorfbewohnern. Für das Gebäude wurden regionstypische Lehmziegel verwendet.

Für das pädagogische Konzept des Kindergartens in naturnaher, landwirtschaftlicher Umgebung wurde unter aktiver Mitwirkung der togolesischen Kindergärtnerin Kafui Hotor, die zuvor auf Kosten von AVENIR ein mehrmonatiges Praktikum in verschiedenen Kindergärten in Deutschland absolviert hatte, ein Leitbild „Pädagogik für die Zukunft“ in Anlehnung an die Waldorfpädagogik entwickelt, das unabhängig ist von weltanschaulichen, staatlichen oder religiösen Bindungen. Das Konzept sieht vor, in altersgemischten Gruppen eine auf die spezifische Situation Afrikas und seinen Rhythmus zugeschnittene einfühlsame, kindgerechte und spielerische Vorschulpädagogik (mit Pflege von Garten und Tieren und Anregung für alle Sinne) zu praktizieren, in der die seelischen Kräfte der Kinder gestärkt und ihre individuellen Fähigkeiten gefördert werden sollen. Das Leitbild beinhaltet eine soziale, spirituelle und ökologische Erziehung (vgl. Kasten S. 23).

## Bildung, Ausbildung und Gesundheit

Was ist das Anliegen der Dorfbewohner für die weitere Projektplanung? Sie wünschen sich vorrangig Angebote der Erwachsenenbildung zur Überwindung des Analphabetentums. Dies soll in einem geplanten Kulturhaus als Mittelpunkt der Kulturfarm stattfinden, in dem noch weitere Aktivitäten multifunktional gebündelt werden (Tagungs- und Versammlungsstätte, Begegnungszentrum, Versorgungszentrum mit Dorfladen, Gästehaus).

Am Horizont steht auch ein staatsunabhängiges Schulprojekt mit einem interkulturellen Konzept nach dem Leitbild der UNESCO-Schulen und der Agenda-21-Schulen mit reformpädagogischen Elementen der Waldorfpädagogik unter Berücksichtigung afrikanischer Traditionen. Berufliche Ausbildungseinrichtungen für einfache landwirtschaftliche und handwerkliche Berufe, eine Gesundheitsstation, ein Waisenhaus oder Kinderdorf sind außerdem sinnvoll.

## Kultur und Völkerverständigung

AVENIR möchte über seine Projektarbeit auch den interkulturellen Austausch zwischen Afrika und Europa fördern - durch wechselseitige Besuche und Austausch, Schülerpraktika, Vorträge, Veranstaltungen (wie z.B. die in Recklinghausen bereits durchgeführten Afrika-Kulturtage oder in Togo und Deutschland gehaltene Vorträge). Zugleich ist das geplante Kulturhaus auch als Kommunikationszentrum gedacht, um europäischen Gästen die afrikanische Kultur näher zu bringen. AVENIR erhebt dabei den Anspruch der künstlerischen Landschafts- und Baugestaltung: Kunst und Kultur schulen

die Sinne und vermitteln durch Schönheit inneren und äußeren Reichtum.

## Botanischer Garten

Die Anlage eines botanischen Gartens, der die Vielfalt der togolesischen Pflanzenwelt zeigen soll, ist in Zusammenarbeit mit Studenten der Universität Lomé geplant.

## Aktuelles

Seit den Wahlen am 24. April 2005 hat sich die politische Situation wieder soweit stabilisiert, dass Reisen nach Togo wieder ohne Gefahren durchführbar sind. Neuer Präsident ist Gnassingbe Eyadema.\*

Das AVENIR - Ananas - Projekt braucht weiterhin finanzielle Unterstützung, ebenso der Kindergarten. Derzeit arbeiten wir an der Zertifizierung und der Organisation des Exportes.

In den vergangenen Monaten und Wochen haben Vorstand und einige Mitglieder unseres Vereins eine neue Internetseite erstellt, die Sie sich unter [www.AvenirTogo.de](http://www.AvenirTogo.de) anschauen können. Die Seite wird nun regelmäßig aktualisiert und wir freuen uns über jedwede Anregung zu ihrer Optimierung. Auch sind zwei neue Flyer entstanden (zum Gesamtprojekt AVENIR sowie speziell zum AVENIR-Kindergarten).

Ein Besuch auf der Biofach-Messe in Nürnberg brachte uns mit verschiedenen europäischen Firmen in Kontakt, die an einer Zusammenarbeit mit AVENIR interessiert sind (Ananas-Export). Wir haben uns für die Zusammenarbeit mit einer holländischen und einer Schweizer Firma entschieden, die Verhandlungen über Details verlaufen bisher sehr positiv, so dass ab der nächsten Ernte der Export anlaufen sollte.

Ein Mitglied unseres Vereins hat Entwürfe für Spielgeräte im Außenbereich des Kindergartens erstellt, die von den Jugendlichen in Adétiokopé gebaut werden sollen. Der Kindergarten in Togo arbeitet nun schon fast ein Jahr mit Erfolg, das Gehalt für die dortige Kindergärtnerin Frau Hotor wird teilweise durch die Mitarbeit der Eltern auf der Ananasplantage finanziert. So haben die Eltern und weitere Dorfbewohner jetzt während der Regenzeit neue Ableger gepflanzt, so dass wir nun jedes Jahr mit einer Ernte von maximal 10.000 Ananas rechnen können.

Die von uns in ihrer Ausbildung unterstützte Krankenschwester hat ihr Examen erfolgreich bestanden und wird mit uns zusammenarbeiten. Aufgrund eines Artikels in der Zeitschrift „Afrika positive“ wurde uns von einem anderen Verein, der ebenfalls in Westafrika arbeitet, ein Kleinlaster für einen sehr niedrigen Preis angeboten, der für unser Projekt nützlich gewesen wäre, den wir aber leider nicht finanzieren konnten. Während der Ferien (Juli bis Anfang September) soll der Kindergarten mit Hilfe der Eltern und Dorfbewohner auch innen fertig gestellt werden. Dafür und für die Fenster, die

\* Siehe meinen ausführlichen Leitartikel über die Wahlen und den Umsturz in der Wochenschrift Goetheanum Nr. 20/21-2005.

## Leitbild des AVENIR-Kindergartens in Adétikopé/Togo (Westafrika)

### Präambel

Als erstes Projekt der Ananas-Kulturfarm von AVENIR-Togo/Deutschland soll für die afrikanischen Kinder der Dörfer rund um Adétikopé in naturnaher und landwirtschaftlicher Umgebung mit ihrer dörflichen Kultur und Lebensgemeinschaft eine Pädagogik für die Zukunft entwickelt und praktiziert werden. Unter Einbeziehung der Eltern und in Anknüpfung an afrikanische Traditionen soll nach der gemeinsamen Grundsteinlegung im AVENIR-Kindergarten eine soziale Erziehung mit Achtung und Respekt vor den anderen Menschen, eine spirituelle Erziehung mit Ehrfurcht gegenüber der unsichtbaren Welt sowie eine ökologische Erziehung im Einklang mit der Natur und ihren Lebewesen angestrebt werden.

In altersgemischten Gruppen wird eine einfühlsame, kindgerechte und spielerische Vorschulerziehung angeboten, die den Bedürfnissen und Anforderungen des Kindes und seinen Alters- und Entwicklungsstufen und seiner spezifischen Lebenssituation in Afrika entspricht. Vor allem sollen die seelischen Kräfte der Kinder, das Denken, Fühlen und Wollen gestärkt und angeregt werden, damit sie später mit Tatkraft und Lebensfreude individuell in der Welt verändernd wirken und gestalten können und sich im Leben und in der Gemeinschaft zurecht finden.

In der Kindergarten-Pädagogik sollen die Keime gelegt werden für eine anschließende schulische Erziehung zur Freiheit und Toleranz und zur Entfaltung der individuellen Fähigkeiten und Lebensmotive zugunsten der menschlichen Gemeinschaft, mit einer ethischen und humanistischen Orientierung in der arbeitsteiligen globalisierten Welt, in der es auf das solidarische Teilen aller Lebensgüter und die gegenseitige Hilfe ankommt.

Das setzt die ständige Fortbildung, Entwicklung und Selbsterziehung sowie Weltoffenheit der Kindergärtnerinnen und Lehrer in den pädagogischen Einrichtungen von AVENIR voraus, indem sie selber - möglichst auch durch Praktika und Aufenthalte in Deutschland und in anderen Ländern und Kontinenten - die angestrebte Erziehung der jungen Menschen zu späteren Weltbürgern durch eigene Erfahrungen und Vorbildfunktionen glaubhaft verkörpern und sich auf das gemeinsam entwickelte Leitbild verpflichten.

Der AVENIR-Kindergarten ist offen für alle Kinder in seinem Umfeld, unabhängig von der weltanschaulichen, ideologischen oder religiösen Gesinnung, Orientierung oder Bindung ihrer Eltern. Der Kindergarten selber und seine Pädagogik ist unabhängig von konfessionellen, staatlichen oder sonstigen Einflüssen oder daran ausgerichteten Erziehungszielen. Er betreibt auch keine einseitige Beeinflussung der Kinder zu bestimmten Glaubensrichtungen oder politischen Orientierungen, sondern will allen Eltern, Kindern und Erzieherinnen eine pädagogische Heimat bieten, die sich mit diesem offenen und pluralistischen Leitbild im Grundsatz identifizieren können.

### Pädagogische Grundsätze und Methoden

Durch die vielfältige Anregung aller Sinnesorgane - Sehen, Hören, Tasten, Fühlen, Riechen, Schmecken, Bewegen - und durch einen rhythmischen Tagesablauf sowie strukturierte Wochen- und Jahresgestaltung mit verschiedenen Festen sollen die Kinder im Rahmen sinnvoller Betätigungen entwicklungsfördernde Erfahrungen und Eindrücke sammeln können und ihre Orientierungs- und Gedächtniskräfte stärken (unter Verzicht auf Frühintellektualisierung sowie auf Technik und technische Medien im Kindergartenalter).

Auf verschiedenartige Weise sollen Neugier und Interesse der Kinder geweckt, ihre Phantasie und Kreativität entfaltet, eine ausgeglichene körperliche und seelische Entwicklung und das Sozialverhalten mitsamt moralischer Kräfte gefördert werden: Durch Bewegung und Rollenspiele, durch künstlerische Betätigungen (Musik und Tanz, Malen, Handarbeiten, Formgestaltungen), durch Umwelterlebnisse (Wasser, Erde, Wolken- und Sternenhimmel, Sonnenuntergang, Wind, Pflanzen und Bäume, Früchte), durch Spielen und Basteln mit Naturmaterialien und Umgang mit Tieren (z.B. auf der AVENIR-Farm), außerdem durch Märchen, Geschichten und Gedichte, durch Begegnung mit (fremdartigen) Gästen aus anderen Kulturkreisen (z.B. über die AVENIR-Besucher aus Europa) und durch Einleben in die eigene Kultur.

Durch gesunde Ernährung bei gemeinsamen Mahlzeiten mit eigener Nahrungszubereitung im AVENIR-Kindergarten soll eine gesunde körperliche und seelische Entwicklung der Kinder unterstützt und ein Einblick in natürliche Nahrungskreisläufe vermittelt werden, einschließlich praktische Erfahrungen mit der Nahrungsmittelaufbereitung und -zubereitung und der Esskultur. Des Weiteren sollen Sauberkeit und Hygiene sowie gewisser Ordnungssinn und Umweltbewusstsein spielerisch anerzogen werden, ebenso der Sinn für Schönheit, Ästhetik und Wahrheitsliebe auf unterschiedliche Weise geweckt und gefördert werden, auch durch Vorbild und Nachahmung und eine ansprechende Gestaltung der Umgebung und des Kindergartens selber und seiner Ausstattung und durch die Spielmaterialien.

Die Kinder sollen im alltäglichen Umgang im AVENIR-Kindergarten Geborgenheit und Zuwendung erleben, Vertrauen in die Menschen und in die Welt sowie Selbstvertrauen in die eigene Fähigkeiten und Möglichkeiten gewinnen, Ehrfurcht und Respekt vor den Älteren und vor den spirituellen Zusammenhängen erlernen und eine praktische Weltauffassung durch eigene praktische und spielerische Betätigungen erringen. Ihre Sprach- und Ausdrucksfähigkeiten, ihr Mitteilungsvermögen im Gefühlsleben und ihre Mitleidsfähigkeit für andere Kinder sollen herausgefordert werden und sie sollen die eigene Würde und Individualität des kleinen Kindes dadurch erfahren, dass sie selber würdevoll und individuell behandelt und beachtet werden, als Beginn ihrer eigenen Persönlichkeitsentfaltung.

Die Zusammenarbeit und der regelmäßige Austausch mit den Eltern der Kinder im AVENIR-Kindergarten, die an der Entwicklung im Kindergarten und an den gemeinsamen Veranstaltungen oder Festen rege Anteil nehmen sollen, ist pädagogisch erwünscht und unverzichtbar. Auch bei den praktischen Aufbau- und Gestaltungsarbeiten, bei der Materialbeschaffung und Instandhaltung, beim Nähen von Kleidung oder Fertigen von Spielzeug ist die tätige Mitwirkung der Eltern erwünscht, damit die Kinder auch deren Anteilnahme und Interesse am Geschehen ihres Kindergartens erleben. Durch unterstützende Mitwirkung beim Kindergarten und auf der AVENIR-Ananasfarm können Eltern mit geringem Einkommen ihre Kindergartenbeiträge in Form praktischer Mitarbeit verrechnen.

unbedingt notwendig sind, fehlt uns leider immer noch ein Teil des Geldes.

Wie man sieht, haben wir in den vergangenen drei Jahren mit der Unterstützung weniger privater Spender eine Menge geschafft. Die Dorfbewohner sind stolz auf den Kindergarten und fragen nach einer Schule, in der die von Frau Hotor praktizierte Pädagogik weitergeführt werden kann. Hier in Deutschland arbeiten einige Mitglieder von AVENIR mit togolesischen Studenten zusammen an innovativen Schulideen, als Grundlage für die gemeinsame Arbeit mit interessierten togolesischen Lehrern zum Aufbau einer AVENIR-Grundschule. Für den Bau haben wir bereits eine Zusage vom Entwicklungsministerium. Mit der konkreten Planung der Schule soll erst begonnen werden, wenn der Ananas-Export gut läuft und somit der Unterhalt der Schule auf Dauer gesichert ist.

Doch von der Zukunft wieder zurück in die Gegenwart: Die laufenden Kosten (Gehalt der Kindergärtnerin, Arbeit auf der Ananasplantage...) konnten bisher aus den Mitgliedsbeiträgen und Spenden von Nicht-Mitgliedern bestritten werden. Für den Bau der Toiletten und von drei einfachen Strohhütten haben wir Mittel aus Stiftungsgeldern bzw. Unterstützung der deutschen Botschaft in Togo beantragt.

Für die Inneneinrichtung des Kindergartens (Anstrich, Trennmauer, einfache Regale und einfaches Mobiliar, eine Tafel) sowie für die noch fehlenden Fenster und einige einfache Spielgeräte im Außenbereich benötigen wir jedoch noch dringend finanzielle Unterstützung, da wir diese Dinge unbedingt während der Ferienzeit fertig stellen möchten und unser Konto fast leer ist. (Kostenvorschlag ca. 1.500 EUR).

## Unterstützung und Mitgliedschaft

Wenn Sie das AVENIR Projekt in Togo - mit seiner interkulturellen Arbeit zugunsten Afrikas - persönlich unterstützen möchten, würden wir uns sehr freuen. Durch Spenden, Sponsoring, Sachmittel oder sonstige tatkräftige oder ideelle Mitwirkung können Sie den liebenswerten Menschen vor Ort in Afrika helfen. Da wir ein gemeinnütziger Verein sind, können Sie die Spenden steuerabzugsfähig geltend machen: AVENIR, Konto-Nr.: 195524491, BLZ: 42650150, Sparkasse Vest Recklinghausen.

Sehr gerne nehmen wir Sie - unabhängig von Ihrem Wohnort - als förderndes oder aktives Mitglied in unseren Verein auf, wenn Sie sich zu einem Beitritt entschließen. Die Höhe des Monatsbeitrages bestimmen Sie selbst. Eine Vereinsatzung schicken wir Ihnen gerne zu. Mit den Mitgliedsbeiträgen können wir laufende Kosten bestreiten sowie neue Projekte in Angriff nehmen, bei denen Sie mitgestalten können. Es ist selbstverständlich, dass wir Sie regelmäßig über unsere Aktivitäten informieren. Ein Aufnahmeformular finden Sie auf der AVENIR-Internetseite oder erhalten Sie über: AVENIR - Togo, c/o Mechthild Gruner-Neurohr, Hukesteinstr. 5, 45657 Recklinghausen, Fax: 02361-908871.

## Rückblick: Global denken und lokal handeln

am 17. September 2005

in Recklinghausen:

*Großer Agenda-Markt und Afrika-Kulturfest von AVENIR lockten in die Stadt*

Der inzwischen schon traditionelle große Agenda-Markt der Nachhaltigkeit auf dem Altstadtmarkt in der Kreisstadt Recklinghausen wurde im letzten Jahr auf Initiative von AVENIR erstmalig von einem zweiwöchigen Afrika-Kulturfest im Willy-Brandt-Park und an anderen Veranstaltungsorten bereichert und von künstlerischen Aktivitäten in den Stadtteilen flankiert. Neben den Ständen der Eine-Welt-Gruppen, der Umweltverbände, des regionalen und fairen Handels und der sozialen Initiativen sowie dem Agenda-Café wurden am Samstag, dem 17. September auch Gospelchöre und afrikanische Trommelklänge vernommen, afrikanische Spezialitäten zubereitet und Kunstaktionen durchgeführt: Das Flair der großen weiten Welt in Recklinghausen!

Auch in den Stadtteilen gab es besondere künstlerische Aktivitäten deutscher und afrikanischer Künstler auf Initiative des Künstlers Rainer Kaufmann (Atelier gelbes Haus) aus der Recklinghäuser Südstadt. Überdies reiste der international bekannte Maler Dennis Tamakloe aus Ghana eigens von Berlin an, um am 9. September eine afrikanische Bilderausstellung im Kutscherhaus zu eröffnen, verknüpft mit dem Sommerfest des Recklinghäuser Kunstvereins. Ein Afrika-Filmabend im Cineworld am 14. September und ein Vortrag über Afrika am 16. September in der Volkshochschule ergänzten die vielfältigen Veranstaltungsangebote.

Sämtliche Veranstaltungen unter dem Motto „Global denken - lokal handeln“ wurden wieder ein Anziehungspunkt für zahlreiche Besucher aus der gesamten Region und dem Ruhrgebiet. Auch Mitmachen war angesagt: in Workshops und Trommelkursen, beim Afrika-Quiz und Malwettbewerb oder bei der Versteigerung afrikanischer Kunst- und Handwerksgegenstände. Insbesondere auch Schulklassen waren herzlich eingeladen, den Agenda-Markt und das Afrika-Kulturfest mit eigenen Projektbeiträgen zu beleben.

Im Anschluss an die Festwoche fand ein runder Tisch mit Afrikanern im Auslandsinstitut die Brücke statt. Die Mitorganisatorin Mechthild Gruner-Neurohr vom Recklinghäuser Togo-Verein AVENIR war im letzten Halbjahr insgesamt 4 Monate zur Projektarbeit im westafrikanischen Togo und hat im April in der Hauptstadt Lomé die blutigen Unruhen dort persönlich miterlebt - vom Militärputsch über die manipulierten Wahlen des Diktators bis hin zu den Aufständen der demokratischen Opposition und den Flüchtlingsstrom in die Nachbarländer. Sie hat Schießereien miterlebt und musste sich vor den Terroraktionen der Militärs verstecken. Sie berichtete über die Kontakte, die sie zu den Einheimischen gepflegt hatte.



## Interview mit Dodji Kpaleté, auf dessen Initiative das Projekt AVENIR in Togo im Jahr 2002 zustande kam

*Herr Kpaleté, Sie haben vor Ihrer Pensionierung als Buchhalter in einer Brauerei in Togo gearbeitet. Seit vier Jahren bauen Sie mit Dorfbewohnern in Ihrem Heimatland eine biologische Landwirtschaft auf. Wie passen Buchhaltung und Landwirtschaft zusammen?*

Togo ist eines der ärmsten Länder der Welt, die Menschen können nur als Selbstversorger überleben. Es gibt zum Glück bei uns keine Großgrundbesitzer und auch keine Monokulturen, aber ein großes Problem ist die jahrzehntelange Auszehrung der Böden durch Mais- und Maniokanbau, unsere Grundnahrungsmittel.

Biologische Landwirtschaft ist wichtig, weil sie die ausgelaugten Böden wieder fruchtbar macht. In diesem Zusammenhang ist es ein Skandal, dass englische und amerikanische Firmen die Not der Menschen brutal ausnutzen: Sie schenken den Menschen Chemieprodukte, die die Ernteerträge zunächst erhöhen. Wenn danach ein Anbau ohne Chemikalien nicht mehr möglich ist, müssen die Menschen diese zu horrenden Preisen kaufen und sich dabei hoch verschulden - der Beginn eines Teufelskreises, dem wir durch unsere Arbeit etwas entgegen setzen müssen.

*Und die Buchhaltung?*

Wir arbeiten seit vier Jahren mit deutschen Freunden in Recklinghausen zusammen, die den Aufbau der Ananasplantage durch ihre finanzielle Unterstützung ermöglichen. Da ist es logisch, Rechenschaft über die Verwendung des Geldes abzulegen. Bei jedem Projekt sollte die Buchhaltung das A und O sein.

*Wie verändert eine biologische Landwirtschaft das Leben der Menschen im Dorf?*

Im Mittelpunkt der Landwirtschaft steht - wie gesagt - die biologische Ananasplantage, die sehr arbeitsintensiv ist, zunächst saisonal, später - wenn der Export klappt - dauerhaft. 30 Dorfbewohner arbeiten bereits mit uns zusammen, sie erhalten fairen Lohn für ihre Arbeit. Die Ananas sind zwar teurer, aber sie kurbeln die Wirtschaft und den Geldkreislauf im Dorf an. Wir denken jetzt über Regionalgeld nach.

*Was bedeutet das?*

Das Geld, das die Menschen mit uns zusammen verdienen, soll wieder dem Projekt zufließen.

Wir haben z.B. mit Hilfe unserer deutschen Freunde einen Kindergarten mit einer „nachhaltigen“ Pädagogik gebaut. Ein Teil des verdienten Geldes geht in den Kindergarten (Unterhaltskosten, Lohn der Kindergärtnerin...). Mit dem Geld können die Dorfbewohner auch Dinge kaufen, die die Landwirtschaft hervorbringt, wie z.B. biologisches Gemüse und Obst, Fleisch,

demnächst auch Käse, Joghurt sowie Dienstleistungen im medizinischen und sozialen Bereich etc. Zur Zeit entsteht die Zusammenarbeit mit einer Fraueninitiative im Kampf gegen Aids.

*Ist AVENIR in Togo schon bekannt?*

Ja, wir sind dabei, ein Netzwerk für die biologische Landwirtschaft (Produktion und Vermarktung) zu gründen. Geplant ist ein eigener privater Radiosender. Auf unserem Gelände planen wir ein kleines Kulturhaus mit einfachen Wohnmöglichkeiten, als Treffpunkt für die Dorfbewohner, als Ausbildungs- und Weiterbildungszentrum und als Ort der Kommunikation für Afrikaner und Deutsche, die sich nicht nur für Folklore und Exotik interessieren, sondern in das „wahre Leben“ eintauchen und kreativ mitarbeiten möchten. Es gibt schon zahlreiche Anfragen von Jugendlichen nach einem Sozialen Jahr oder Zivildienst.

*Viele Projekte behaupten, sie seien nachhaltig. Was bedeutet Nachhaltigkeit für AVENIR?*

Für mich heißt das in erster Linie Handeln im Einklang mit der Natur. Nicht nur die Belange der Wirtschaftlichkeit stehen dabei im Vordergrund (möglichst viel und möglichst billig produzieren), sondern die Belange der Menschen (Qualität der Ernährung, menschengemäße Arbeitsbedingungen und Entlohnung...). Hierzu bedarf es einer Bewusstseinsbildung und meiner Ansicht nach auch veränderter Entscheidungs- und Organisationsstrukturen sowie einer gegenseitiger Wahrnehmung von Produzenten und Konsumenten, ich denke da an eine Art von Assoziationen.

Viele Projekte bauen von vornherein auf Sand, weil sie die Bedürfnisse der Menschen vor Ort nicht beachten oder von völlig falschen Voraussetzungen ausgehen. Ein Projekt aufzubauen ist harte Arbeit.

Nicht der größte Schuldenerlass wird Afrika retten, sondern Afrika kann nur geholfen werden durch viele kleine nachhaltige Projekte an vielen verschiedenen Orten mit vielen engagierten Menschen!

*Herr Kpaleté, wir danken Ihnen für dieses Gespräch!*

## Kurzbericht Arbeitsaufenthalt in Togo (Okt./Nov. 2004)

### Ankunft in Lomé

Nachdem wir noch im April erlebt hatten, dass sämtliche Koffer und Taschen bei der Ankunft auf dem Internationalen Flughafen in Lomé bis auf den Grund durchwühlt und jeder Neuankömmling misstrauisch beäugt wurde, kam mir dieses Mal bei der Ankunft ein freundliches „Herzlich Willkommen in Togo“ entgegen, die Koffer durften zu meinem Erstaunen geschlossen bleiben und das Misstrauen lag auf meiner Seite. War ich ein Ausnahmefall (da ich ja in Togo schon fast Dauergast bin, was aus den zahlreichen Visa in

meinem Reisepass hervorgeht), oder ist in den vergangenen Monaten etwas passiert, von dem ich nichts mitbekommen habe? - Hierzu erzählen mir togolesische Freunde Folgendes: Seit der Präsidentenwahl im Sommer 2003 gibt es wieder Verhandlungen mit der EU über finanzielle Unterstützung für Togo, die jedoch nur realisiert wird, wenn ein von der EU festgelegtes 12-Punkte-Programm eingehalten wird. (Was es genau beinhaltet, kann man auf den offiziellen Seiten des Landes nachlesen.) Also „Bonne arrivée“ und „Soyez la bienvenue“! Wer einmal in Togo war, weiß, dass die freundlichen Menschen es ernst meinen. Und auf jeden Fall trägt diese Begrüßung dazu bei, dass man sich sofort heimisch fühlt in diesem Land.

Wie immer ist der Klimawechsel überwältigend. (10° in Paris bei der Abreise, dann 32° mit extrem hoher Luftfeuchtigkeit in Lomé) bei einer Distanz von 6.000 km, die in knapp 6 Stunden, seit kurzem ohne den lästigen Zwischenstopp in Lagos, überbrückt werden. Wenn man sich an das Klima gewöhnt hat, kann man sogar als Europäer einige Stunden am Tag arbeiten.

### Arbeit im AVENIR-Projekt

Zwei Dinge sind es, wegen derer ich nach Togo gekommen bin: der Bau des Kindergartens und die Ananas-Ernte. Das Gebäude für den Kindergarten soll so schnell wie möglich errichtet werden, damit die Arbeit mit den Kindern beginnen kann.

Im ganzen Gebiet Zio-Sud, in dem unser Kindergarten liegt, gibt es für Tausende von Kindern nur zwei Kindergärten, besser gesagt, die Kinder treffen sich morgens unter einem Strohdach und werden einige Stunden von einer Kindergärtnerin (oft selbsternannt und ohne pädagogische Ausbildung) „betreut“. Man sitzt auf dem Lehmboden, es wird gesungen, es werden Spiele gemacht und die Kinder, die oft unterschiedliche Stammessprachen sprechen, bekommen eine Einführung in die französische Sprache (die Nationalsprache des Landes), was ihre späteren Bildungschancen in der Schule verbessern soll. Nicht immer kommen die Kinder regelmäßig in den Kindergarten, da sie oft auf noch kleinere Geschwister aufpassen müssen, wenn die Eltern zu einer Beerndigung gehen (was recht häufig vorkommt) oder die Mutter krank ist, oder wenn auf dem Feld gearbeitet werden muss, um Mais und Maniok anzubauen. Zu diesen Arbeiten werden auch die Kleinsten herangezogen.

Aber zurück zu unserem Kindergarten, der auf dem Gelände unseres Vereines AVENIR zwischen Mangobäumen entstehen soll. Im Sommer war unsere togolesische Kindergärtnerin Kafui Hotor in Recklinghausen, hat in verschiedenen Kindergärten hospitiert und zahlreiche Kontakte geknüpft. Als gelernte Kindergärtnerin und Grundschullehrerin hatte sie das Bedürfnis, sich in Deutschland pädagogisch zu bereichern und etwas Neues zu lernen, jetzt ist sie dabei, das Gelernte mit den afrikanischen Traditionen zu verknüpfen und in die Tat umzusetzen, gemäß dem Leitbild des Kindergartens, das sie mit deutschen Freunden gemeinsam erarbeitet hat. Und es ist eine Freude, ihr bei der Arbeit mit den Kindern zuzusehen!

Seit September diesen Jahres arbeitet sie bereits mit einer kleinen Gruppe von Kindern (im Alter von 2 bis 6 Jahren) Mittwoch nachmittags und Samstag vormittags. Frau Hotor wohnt im Nachbardorf Louwé und kommt mit dem „Mototaxi“. Die Kinder kommen zu Fuß aus den naheliegenden Dörfern und „Agglomerationen“. Sie können es kaum erwarten und sind oft schon ein bis zwei Stunden vor Beginn da, da es in ihren Familien häufig keine Uhr gibt.

Der Kindergartennachmittag verläuft rhythmisch. Zunächst wird in einem Begrüßungskreis in der Sprache Ewé gesungen und gespielt. Danach gibt es „Unterricht“ in der französischen Sprache auf spielerische Art und sehr kindgerecht, mit Liedern und Gedichten und mit viel Bewegung. Nach einem gemeinsamen kleinen „Essen“ und dem Aufräumen, an dem sich alle Kinder beteiligen, gibt es eine Pause zum Spielen, danach einen Spaziergang durch die Felder mit einer Wiederholung und Erweiterung des Gelernten. Den Ausklang bildet eine von Frau Hotor erzählte Geschichte, bei der sich alle gemütlich hinsetzen und an ihren Lippen hängen.

Dies spielt sich in einem einfachen, offenen „Hangar“ (Pavillon) mit Strohdach ab. Wenn alles klappt, werden die Kinder ab Mitte Januar ihr Kindergartengebäude beziehen und jeden Morgen in der Zeit von 7 bis 12 Uhr sowie an drei Nachmittagen in der Woche von Frau Hotor pädagogisch betreut werden.

In den umliegenden Dörfern gibt es Hunderte von Kindern, die bis jetzt einen Kindergarten nicht kennen. 30 Kinder sind schon im AVENIR-Kindergarten angemeldet und täglich kommen Eltern, um sich zu erkundigen, ob ihr Kind auch den Kindergarten besuchen kann. Die Initiative geht ursprünglich auf den Wunsch von Müttern aus dem Dorf Adétiokopé zurück, die sich einen Kindergarten für die Zukunft wünschten. Dank vieler Spenden für AVENIR sind wir diesem Wunsch ein Stück näher gekommen. Jedoch benötigen wir für die Fertigstellung des Gebäudes und den Bau der Toiletten sowie für Mobiliar und Gartengestaltung (diese Arbeiten werden von den Eltern geleistet) noch weitere finanzielle Unterstützung!

### Ananas-Plantage und übrige Landwirtschaft

Über die Ananasplantage, die im Mittelpunkt des Projekts steht, und die übrige Landwirtschaft informieren die vorstehenden Beiträge zu AVENIR. Für die geplante Erweiterung der Ananasplantage (10.000 Ableger) hoffen wir dringend auf Unterstützung!

# Betrachtungen und Berichte

## Freie Schule und Kinder mit Migrationshintergrund

### Eine neue Studie, eine neue Aufregung - und eine neue Idee?\*

Zur PISA-Sonderauswertung

Henning Kullak-Ublick

Am 15. Mai 2006 veröffentlichte die OECD eine Sonderauswertung der letzten PISA-Studie, die sich mit Migrantenkindern befasst („Where Immigrant Students Succeed - a comparative Review of Performance and Engagement from PISA 2003“). Zusammenfassend kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass die Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland nicht - oder jedenfalls deutlich schlechter als anderswo - gelingt: Während Migrantenkinder ihre schulischen Leistungen in anderen Ländern nach und nach verbessern, werden sie in Deutschland immer schlechter.

Wie nach jeder Veröffentlichung schulischer Vergleichsstudien hören wir nun wieder die Forderungen aus allen Parteien, was „sofort“ geschehen müsse, um Abhilfe zu schaffen. Einmal abgesehen von der Frage, warum gerade diejenigen, die das längst hätten umsetzen können, sich nun in öffentlichen Forderungen ergehen und auch abgesehen davon, dass unter diesen Forderungen durchaus brauchbare Vorschläge sein mögen - das wiederkehrende Ritual offenbart das tiefer liegende und damit eigentliche Problem:

Gefordert werden Programme, die „von oben“ ein- und von den Schulen umgesetzt werden sollen. Übersehen wird dabei, dass gerade dieses obrigkeitsstaatlich organisierte System jenen schwerfälligen Koloss deutscher Bildungsbürokratie geschaffen hat, dessen Untauglichkeitsbeweis jetzt wieder einmal erbracht wurde. Kurz: Es ist genau jene inhaltliche Steuerung durch die Politik und die Bildungsministerien, die der Schule ihre Lebendigkeit und pädagogische Substanz trotz der Bemühungen vieler engagierter Lehrerinnen und Lehrer entzieht.

\* Zuerst veröffentlicht im Newsletter der Aktion mündige Schule, [www.freie-schule.de](http://www.freie-schule.de)

Mögen die Programme noch so gut gemeint sein - sie vergrößern durch ihre schiere Existenz das Problem, das zu lösen sie sich anschicken: Statt die Eigeninitiative der in den Schulen handelnden Menschen umfassend zu fördern und einen lebendigen Wettbewerb um gute pädagogische Ideen und Konzepte zu unterstützen, werden Normen, Standards, Inhalte gesetzt. Was gebraucht würde, wären Konzepte zur umfassenden Förderung der pädagogischen Phantasie, Eigeninitiative und Verantwortungsfähigkeit von Lehrerinnen und Lehrern - und von den Eltern!

Seit Jahrzehnten kämpfen in Deutschland die freien Schulen - oftmals am Rande des Existenzminimums - darum, als gleichberechtigte Partner in einem zivilgesellschaftlich organisierten, öffentlichen Schulwesen anerkannt zu werden. Fast alle Reformideen, die als Antwort auf PISA formuliert wurden, wurden zuerst in freien Schulen erfunden, erprobt und weiterentwickelt. Auch das finnische oder schwedische Schulwesen, das Vielen als Modell gilt, orientierte sich an den Erfahrungen der freien Schulen. Im Unterschied zu Deutschland führte das allerdings dazu, dass dort - wie bereits vorher in den Niederlanden - Bündnisse mit den nichtstaatlichen Schulen geschlossen wurden, die ihnen die gleichen Zuschüsse und Rechte gewähren wie den staatlichen Schulen.

Dadurch entstand nicht etwa Chaos, sondern eine pädagogische Vielfalt, von der alle profitieren, weil sie nicht die Norm, sondern die Lernenden in den Mittelpunkt stellt. An die Stelle einheitlicher Langeweile trat ein lebendiger Wettbewerb um Ideen. Ann werden auch die deutschen Parlamentarier endlich begreifen, dass unser Schulwesen nicht mehr, sondern weniger Staat braucht? Dass die finanzielle Gleichberechtigung freier Schulen die pädagogische Initiativkraft unseres Schulwesens vervielfachen und auch in sozialen Brennpunkten wirksam werden lassen würde? Dass freie Schulen Partner auf Augenhöhe sind?

Die Rechtsaufsicht des Staates, der natürlich an den Schulen über die Wahrung der Grundrechte zu wachen hat, bedeutet keineswegs, dass er den Schulen auch ihre Inhalte oder Methoden vorgeben muss. Weitaus effizienter und lebendiger wäre es, wenn sich die Schulen untereinander über gemeinsame Standards und in Absprache mit den weiterführenden Bildungseinrichtungen über Inhalte verständigen würden.

Ein solches Umdenken würde sehr viel wahrscheinlicher zu neuen Formen der Integration - und damit Identifikation - führen, als sie innerhalb des bestehenden, zentral gesteuerten Schulsystems möglich sind. Lehrerinnen und Lehrer brauchen keine Normen, sondern Unterstützung bei der Entdeckung ihrer pädagogischen Freiheit und der daraus erwachsenden Verantwortung.

PS: In Mannheim gibt es eine „multikulturelle Waldorfschule“, an der die Integration von Kindern und Jugendlichen unterschiedlichster Migrationshintergründe mit Erfolg praktiziert wird. Die Schulgesetze der Länder machen es wegen der darin vorgeschriebenen Zwangsschulgelder für freie Schulen fast unmöglich, dieses Modell zu übertragen. Ändern kann das nur der politische Wille derjenigen, die über die Gesetze zu entscheiden haben. Und das sind letztlich die Wähler.

## Ein friedliches Miteinander in der Schule ist möglich

**Konzept für erfolgreiche Integration: die Interkulturelle Waldorfschule Mannheim**

Die offene Aggression, mit der durch ihre Herkunft benachteiligte Jugendliche auch in der Schule ihrer Frustration über Ausgrenzung und mangelnde Zukunftsperspektiven Ausdruck geben, ist Besorgnis erregend. Das haben die Vorfälle an der Berliner Rütli-Hauptschule einmal mehr vor Augen geführt. Vor allem die Integration von Kindern aus Migrantenfamilien in die deutsche Gesellschaft wird immer schwieriger. Die Freie Interkulturelle Waldorfschule Mannheim, eine Ganztagschule mit sozial-integrativem Ansatz, ist mit ihrem zukunftsweisenden pädagogischen Konzept ein Beleg dafür, dass Kinder unterschiedlicher Herkunft, Nationalität und Religionszugehörigkeit friedlich miteinander lernen und leben können.

Die Vorfälle an der Berliner Rütli-Schule im Bezirk Neukölln, so wird mehr und mehr deutlich, sind kein Einzelfall. Auch die Mannheimer Neckarstadt ist ein Stadtteil mit großem Migrantenanteil, hoher Arbeitslosigkeit und gravierenden sozialen Problemen. Dass es an der Freien Interkulturellen Waldorfschule Mannheim, die in diesem Brennpunktgebiet liegt, auch einmal zu Verhältnissen wie in Berlin kommen könnte, hält Klassenlehrer und Schulvorstandsmitglied Christoph Doll jedoch für sehr unwahrscheinlich. An der noch jungen, im Jahr 2003 gegründeten Ganztagschule gibt es zwar bislang erst die Klassen eins bis fünf, doch das innovative, zukunftsweisende Konzept der Schule, das Waldorfpädagogik um einen interkulturellen und sozial-integrativen Ansatz erweitert, stellt nachhaltig die Weichen für ein tolerantes Miteinander der Kulturen. „Ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kultur, Nationalität, Religion und sozialer Herkunft zu erreichen, ist möglich, wenn man früh mit der Integration anfängt, alle Beteiligten das wollen und es keine gegenseitige Abschottung gibt“, so Christoph Doll.

An der Interkulturellen Waldorfschule in der Neckarstadt lernen derzeit rund 100 Schülerinnen und Schüler aus zwölf Nationen miteinander und voneinander. Für den größten Teil der rund 50 Prozent Schüler mit Migrationshintergrund ist Türkisch die Muttersprache. Auch der soziale Hintergrund, also Bildung, Beruf und gesellschaftlicher Status der Eltern differiert stark. Wenn Eltern sich das Schulgeld nicht leisten können, kommt die Schule ihnen, so gut es geht, entgegen.

Als einen wesentlichen Pfeiler des integrativen Schulkonzepts nennt Christoph Doll den intensiven Sprachunterricht. Eine Innovation seiner Schule sei der „begegnungssprachliche Unterricht“. So wie in der Waldorfpädagogik üblich, lernen die Kinder ab der ersten Klasse zwei Fremdsprachen. Neben Englisch können die Kinder an der Mannheimer Schule zusätzlich Polnisch, Russisch, Türkisch, Kroatisch oder Spanisch wählen, also eine der Sprachen, die viele von ihnen bereits als Muttersprache kennen gelernt haben. Die Kinder lernen ihre Begegnungssprache altersübergreifend von Klasse eins bis drei. Auf dem Pausenhof oder beim Mittagessen wird aber in der Regel deutsch

gesprochen. „Die Kinder blühen in diesem Sprachunterricht, in dem sie die Möglichkeit haben, ihr Können zu zeigen, regelrecht auf. Es wird ihnen, noch bevor sich Vorurteile bilden können, durch das spielerische Kennenlernen einer anderen an der Schule vertretenen Sprache und Kultur vermittelt, dass das Fremde nichts Bedrohliches ist“, so Doll. In dieselbe Richtung zielen auch die Angebote, in denen Musik, Tänze und Lieder anderer Kulturen vermittelt werden. Interkulturelle Themen werden durchgängig in den Unterrichtsstoff und in die verschiedenen Projekte und Gruppenaktivitäten eingebunden. Auch das Lehrerkollegium ist international. Die Ganztagschule, die mit 25 Schülern relativ kleinen Klassen und das für die Waldorfpädagogik bezeichnende Prinzip eines Klassenlehrers bis zur achten Klasse, ermögliche, so Doll, eine intensive und individuelle Förderung und Betreuung der Schüler. Auf engen Kontakt zu den Eltern wird großer Wert gelegt. Das innovative Konzept der Schule entspricht neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen interkultureller Pädagogik und wird derzeit vom Münchner Institut für Ausbildungsforschung und Berufsentwicklung evaluiert.

Am wichtigsten für eine erfolgreiche gemeinsame Erziehung von Kindern unterschiedlicher Kultur und Herkunft findet Christoph Doll jedoch, dass im Umgang miteinander Kontinuität, Verbindlichkeit, Respekt und das Ernstnehmen des Gegenübers, seien es Schüler, Eltern oder Lehrer, gepflegt werden: „Das, was wir als Erziehung zur Toleranz anbieten, leben wir auch.“

Quelle: Presseinformation, Bund der Freien Waldorfschulen, Wagenburgstraße 6, 70184 Stuttgart, Thea Walker (walker@waldorfschule.de)

## Debatte: Freiheit der Kultursphäre und Staat

Die Thesen von Thomas Brunner in seinem Aufsatz „Der Eurythmieprofessor und seine ebenso staatlich anerkannte Kollegin“ im letzten Heft der Zeitschrift „Sozialimpulse“ haben ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Die erwünschte Debatte ist also wirklich angestoßen worden.

Drei Stimmen kommen hier zu Wort, als erste die von Michael Opielka, als zeitweiliger Rektor der Alanus-Hochschule direkt betroffen. Außerdem ein Beitrag von Karl-Dieter Bodack und ein kurzer Auszug aus einem Leserbrief von Sascha Scholz.

## Eurythmie-Professur = Verstaatlichung?

Michael Opielka

Als damaliger Rektor der Alanus Hochschule in Alfter im Zeitraum 1997 - 2000 habe ich die staatliche Anerkennung betrieben und den entsprechenden Antrag bei der Landesregierung NRW gestellt, der nach mehrmaligen Revisionen Ende 2002 auch positiv beschieden wurde. Mein Nachfolger - Prof. Dr. Marcelo da Veiga - führt sie erfolgreich fort. Als Folge der staatlichen Anerkennung wurden die bislang als Dozenten geführten Hochschullehrer zu Professoren ernannt, unterdessen auch im Studiengang Eurythmie.

Thomas Brunner kritisiert nun in seinem Beitrag in „Sozialimpulse“ 1/2006 (S. 33 - 36) ausgiebig diesen Vorgang, im Wesentlichen allerdings aufgrund abstrakter Prinzipien und - so hat es den Anschein - ohne eine Kenntnis der deutschen und internationalen Hochschulwirklichkeit. Ein kurzer Verweis auf Wilhelm von Humboldt, der immerhin nicht ohne Erfolg Sektionsleiter für Kultus im preußischen Innenministerium war, genügt nicht. Das ist fast 200 Jahre her. Seitdem wurde das Verhältnis von Bildung und Staatlichkeit oft niveauvoll diskutiert. Im Kern geht es - wie überall in der Gesellschaft - darum, die Eigengesetzlichkeiten der jeweiligen Sphäre optimal zur Geltung zu bringen und dies zugleich mit individueller Freiheit, also Pluralismus zu verknüpfen. Brunner redet - wie viele Liberale und Anthroposophen - über die Dinge, die er nicht kennt und überformt sie ideologisch. Hochschulen, Universitäten, sind ein komplexes Gebilde. Sie müssen lehren und forschen. Zugleich treten sie - bzw. ihre Professoren und Mitarbeiter - als Akteure in den öffentlichen Diskurs. Lehren erfordert Pädagogik, Forschen erfordert Vertiefung und Exzellenz.

Die Alanus Hochschule wurde mit der staatlichen Anerkennung zur ersten und bislang einzigen privaten Kunsthochschule in Deutschland, gleichgestellt mit Universitäten. Das bedeutet zunächst einmal einen erheblichen Auftrag in der Sache, und zwar für Lehre und für künstlerische und kunstnahe Forschung.

Sicherlich, die staatsnahe Gestaltung des deutschen Hochschulwesens birgt zweierlei Gefahren: die erste Gefahr droht aus dem Bürokratischen selbst, aus den damit verbundenen Opportunismen und Ineffizienzen. Die zweite Gefahr entsteht dann, wenn ein Staat nicht demokratisch, sondern diktatorisch oder zumindest nicht-liberal ist. Dann wird manipuliert. Die zweite Gefahr ist in Deutschland zum Glück bis auf Weiteres gebannt. Die erste Gefahr bleibt natürlich. Sie kann aber durch geeignete Formen begrenzt werden.

Eine der entscheidenden Formen ist die Existenz und der Ausbau guter, niveauvoller staatsunabhängiger Hochschulen. Staatsunabhängig muss nicht heißen, dass keine Staatsmittel einfließen. Denn Steuermittel sind nichts anderes als Mittel des ganzen Volkes, sie sind von uns allen aufgebracht und insoweit nicht grundsätzlich entfremdet, wie die liberalistische Ideologie immer wieder behauptet. Die Alanus Hochschule - finanziert derzeit ausschließlich aus Studiengebühren und Spenden - ist insoweit ein Modell guter

Hochschulentwicklung. Die Staatskontrolle - gerade auch hinsichtlich der Ernennung von Professoren, der Anerkennung von Studiengängen usf. - erscheint mir solange notwendig und sinnvoll, solange eigenständige staatsunabhängige, aber zugleich öffentlicher Transparenz unterliegende Anerkennungsstrukturen noch nicht geschaffen wurden. Das ist leider bisher der Fall. Die Vielzahl derzeit beispielsweise entstehender Akkreditierungsinstitute ist teils eher ein erschreckendes Beispiel für Kommerzialisierung, implizite Korruption und Gefährdung der Freiheit von Forschung und Lehre.

Die Anthroposophie muss dazu beitragen, die Weltverhältnisse von ihren inneren, spirituellen Dimensionen her zu analysieren und zu gestalten. Dazu muss man sie aber kennen und nicht nur über sie reden.

## Die Anthroposophische Gesellschaft ... Opfer staatlicher Subventionen?

Zu: Thomas Brunner: „Der Eurythmie-Professor...“ in Heft 1/2006

Karl-Dieter Bodack

Bei den vielen Hinweisen auf Rudolf Steiners Wirken zugunsten eines freien Geisteslebens ignoriert Thomas Brunner, dass im Grundgesetz der Bundesrepublik wesentliche Elemente der „sozialen Dreigliederung“, die Rudolf Steiner seinerzeit forderte, verwirklicht sind. Dazu gehört: Art. 5, Abs. 3: *Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei...*

Ich unterrichtete an mehreren staatlichen Hochschulen und lehre bis heute an der Fachhochschule Coburg aus vielfältigen Forschungsgebieten, so auch wesentliche Elemente aus anthroposophischer Arbeit: Menschenkunde, Sinneslehre, organisches Gestalten: noch nie habe ich irgend eine Kritik an meinen Inhalten erfahren (außer von den Studenten, die meine Arbeit regelmäßig evaluieren). Auch habe ich nie von einem Kollegen gehört, dass seine Lehrinhalte seitens staatlicher Stellen kritisiert worden waren. Im Gegenteil: als vor zwei Jahren der Bayerische Rechnungshof mit Hinweis auf Verfassungsgerichtsurteile die Aufnahme von wesentlich mehr Studenten verlangte, haben wir einhellig beschlossen, dies nicht zu tun (wir nehmen nur etwa 10% der Bewerber auf, nachdem wir sie in Vortests und in zwei Tagen intensiver Arbeit geprüft haben!). Niemand wird und kann uns Professoren zwingen, Bewerber aufzunehmen, die wir für nicht geeignet halten - es sei denn, es würde per Gerichtsverfahren festgestellt, dass wir ungesetzlich entschieden haben.

Ich habe auf Wunsch der Eurythmiedozenten seinerzeit für die Alanus Hochschule das Gutachten für die staatliche Anerkennung verfasst. Darin habe ich dargestellt, dass die Landesregierung ausschließlich nur zur Prüfung der juristischen Gegebenheiten berechtigt ist und nicht zur Beurteilung irgendwelcher Lehrinhalte. Als studierter Maschinenbau-Ingenieur bin ich ohnehin nicht befähigt, Inhalte einer Eurythmie-Ausbildung zu beurteilen. Ich

habe daher nur formal-juristische Kriterien wie z.B. die Ausbildungsdauer der Dozenten, die Zahl der im Studium geleisteten Lehrstunden, die Vergleichbarkeit des Lehrangebots mit der anderer Kunstschulen meinem Gutachten zu Grunde gelegt. Es wurde mit dieser Systematik, die m.E. voll den Intentionen der Sozialen Dreigliederung folgt, von der Landesregierung akzeptiert!

Eine geradezu idealtypische Verankerung der „Sozialen Dreigliederung“ findet sich im Grundgesetz, Art. 7 Abs. 4 unter dem Titel „Private Schulen“: *... Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht gesichert ist.*

Ich denke, dass dieser Artikel so gut Rudolf Steiners Intentionen entspricht, dass er die aktuellen Verhältnisse ganz anders beurteilen würde, als seinerzeit die Verhältnisse in der Weimarer Republik (Tatsächlich ist dieser Artikel offensichtlich maßgeblich von Ernst von Hippel, einem renommierten anthroposophischen Staatsrechtslehrer mitbestimmt). Der Inhalt dieses Artikels bestimmt ja, dass

- die Lehrer eine genügend umfangreiche wissenschaftliche Ausbildung erhalten müssen, ohne dass Inhalte bestimmt werden (Freiheit/Geistesleben),
- der Zugang zu den Schulen allen unabhängig vom Einkommen der Eltern möglich sein muss (Gleichheit/Rechtsleben),
- die Lehrer in ihren Rechten gesichert und in ihrer wirtschaftlichen Existenz keiner Ausbeutung ausgesetzt sein dürfen (Brüderlichkeit/Wirtschaftsleben).

Durch diese Festlegungen wird die Pflicht des Staates zur Finanzierung der „Privatschulen“ verankert. Das und weitere Gegebenheiten ignoriert Thomas Brunner und kommt daher trotz richtiger Zitate Rudolf Steiners zu Fehlurteilen über die aktuelle Situation. Sie ist durchaus kritikwürdig - das habe ich in vielen Aufsätzen dargestellt - jedoch in ganz anderen Aspekten! Auf jeden Fall basiert die „Freiheit“ im Geistesleben auf dem Rechtsleben: erst wenn der Staat meine Grundrechte garantiert und mich gegebenenfalls mit Polizeigewalt schützt, kann ich mich informieren, gemäß eigenen Intentionen forschen, mich frei äußern. Wir sollten dankbar sein, dass dies heute weitaus besser realisiert ist als zu Rudolf Steiners Lebzeiten!

Zum Schluss: die Schwäche der Anthroposophischen Gesellschaft resultiert aus meiner Erkenntnis weniger aus indirekter staatlicher Finanzierung als vor allem aus eignen Fehlentwicklungen: So vor allem aus der völlig unqualifizierten Gestaltung des Rechtslebens. Statt das Geistesleben und das Wirtschaften zu fördern, deformiert und zerstört es diese Lebenssphären, da es nicht aus anthroposophischer Erkenntnis heraus entwickelt ist. Hier lassen sich vehemente Widersacherwirkungen erleben, die sich ungewollt im Wirken maßgeblicher Mitglieder verwirklichen, ohne dass die Ursachen erkannt und beseitigt werden\*!

\* Grundsätze und Anregungen zur Rechtsgestaltung von Initiativen, Einrichtungen und Unternehmen, Sozialimpulse Heft 3, September 2005

Dahinter liegt als tiefere Ursache nach meiner Erkenntnis die Deformation der „Sozialen Dreigliederung“ zu einer „Dreiteilung“: „Wir praktizieren Geistesleben und brauchen dabei kein Rechts- und kein Wirtschaftsleben - wenn doch: dann eben notgedrungen ein wenig!“ Diese Haltung erlebe ich auch im Aufsatz von Thomas Brunner. Dabei hat Rudolf Steiner das Rechtsleben als „Herzmitte“ jeder Gemeinschaft gesehen, in der - gemäß dem Grundsteinspruch - Raum für das Einfließen der Kraft Christi in die Gemeinschaft gestaltet werden muss. So lange diese Möglichkeit und Aufgabe nicht aktiv in der anthroposophischen Forschung und Lebenspraxis aufgegriffen wird, kann sich die Anthroposophische Gesellschaft nicht heilsam entwickeln!

## Leserbrief

Sascha Scholz

[...] Den Kompromiss als solchen zu erkennen, heißt ja herauszufinden, ob einer Initiative eine annehmbare Richtung innewohnt. Dem Optimismus, mit Kompromissen schon irgendwie durchzukommen steht auf der anderen Seite der Pessimismus gegenüber, ohne Kompromiss würde nie etwas Sinnvolles entstehen. Kompromisse werden oft unter der Begleiterscheinung des Optimismus-Pessimismus gemacht, doch ist die Charakterisierung der Stimmung wichtig, wenn sich der Wert einer Unternehmung zeigen soll. [...] Was bei Rudolf Steiner im Einzelnen für Sachnotwendigkeiten bestanden\*\*; ist aber in seinem Lebenszusammenhang bereits mit dem in der Philosophie der Freiheit liegenden Weg verbunden. Der ganze Spielraum der Relativierung, Spezialisierung von Einzelbereichen der Dreigliederung ist ja heute nichts anderes als der Ausdruck dafür, das zunächst praktisch über den umfassenden Weg nachgedacht wird.

Mit der sich nicht beruhigenden sozialen Krise hat heute eine vielfältig-kritische Debatte über die soziale Frage begonnen. Sich in diesem Sinne die Möglichkeit der Überwindung der abstrakten Lösungen zu widmen und private Vorlieben zu Gunsten einer einheitlichen Perspektive aufzugeben, fordert den guten Willen zur dauerhaften Verständigung über die Dreigliederung des sozialen Weltorganismus heraus. Diese Verständigung ist keine Utopie, denn „Vor der Frage: Was können wir tun? muss der Frage nachgegangen werden: Wie müssen wir denken? [...] Erst wenn wir die Grundzusammenhänge des sozialen Organismus neu überdenkend die „Revolution der Begriffe“ geleistet haben, wird damit der Weg frei für eine Evolution ohne Zwang und Willkür.“\*\*\* Denn die Realitäten (Subventionierung, Sorgfalt des Staates für Bildungsinhalte, Wohlstand u.a.) sind auch von Menschen immer selbst schaffen (erdacht) worden. [...]

\*\* Siehe Christoph Strawe: Bemerkung zum Artikel von Thomas Brunner, S.37 unten. „Rudolf Steiner geht 1919 einen sachnotwendigen Kompromiss ein, ohne den die Gründung der ersten Waldorfschule wohl kaum gelungen wäre.“

\*\*\* Aufruf zur Alternative von Joseph Beuys, Frankfurter Rundschau, 23. Dezember 1976.

# Verbraucher in der Verantwortung

## Treffen der Verbraucherinitiativen am Goetheanum

Petra Kühne

Zum zweiten Mal hatten sich 20 Konsumentenvertreter und interessierte Verbraucher getroffen, um sich auszutauschen. Ulrich Rösch von der Sozialwissenschaftlichen Sektion am Goetheanum stellte in seiner Einleitung die arbeitsteilige Wirtschaft vor. Zwischen den Konsumenten und Produzenten müssen sich Assoziationen bilden, um im Gespräch an „runden Tischen“ zu Vereinbarungen zu kommen. Der Preis ist dann ein gerechter, wenn der Produzent damit wiederum ein neues vergleichbares Produkt schaffen kann. In dem Buch „Kunde König ruiniert sein Land“ wird gezeigt, dass die Meinungen und das tatsächliche Kaufverhalten oft weit auseinanderliegen. Wie bewusst tätigt der Verbraucher seine Einkäufe?

Dass Einkaufen und Konsumieren nicht nur Verantwortung bedeutet, sondern auch Befriedigung und positive Lebensqualität, stellte Nikolai Fuchs, Leiter der Sektion für Landwirtschaft mit seinem Beitrag „Die Freuden des Verbrauchers im Alltag“ vor. Was wirklich zählt, ist echte Lebensqualität, Zeit für die Familie, der alltägliche Genuss, um beispielsweise leckere Demeter-Lebensmittel zu schmecken und in der Küche zu verarbeiten oder im Naturkostladen einzukaufen. Er ist vielleicht etwas teurer, liegt aber um die Ecke und das eigene Kind wird nicht mit unerwünschten Süßigkeiten begrüßt. Diese alltägliche Lebensqualität verschafft man sich durch Grundsatzentscheidungen z.B. für bewusste ökologische Lebensführung. Die Mehrkosten bei den Lebensmitteln sind dann budgetneutral, wenn man Einsparungen an anderer Stelle tätigt, z.B. bei der Wahl eines kleineren Autos, einer einfacheren Wohnung oder einer etwas weniger aufwändigen Urlaubsreise. So könnten die Demeter Konsumentenvereine mit positiven Aussagen für sich werben:

- „Werden Sie Gewinner an Zeit - durch kurze Wege zum Bio-Laden nebenan“
- „Werden Sie Gewinner an köstlichen Speisen durch Demeter Lebensmittel“
- „Werden Sie Gewinner an Lebensqualität - durch ökologische Kaufentscheidungen“ etc.

Wichtig ist, dass der Verbraucher nicht immer zum Verzicht oder zu höherer finanzieller Leistung aufgefordert wird, sondern ihm die Vorteile seiner ökologischen Kaufentscheidung verdeutlicht werden.

Als dritten Beitrag stellte der designierte Präsident des Demeter Konsumentenvereins Basel Marc Theurillat die Schweizer Demeter Konsumentenvereinigung und ihre Arbeit vor. Über 1.000 Mitglieder sind in mehreren Vereinen organisiert. Der Verband der Demeter Konsumentenvereine ist einer von drei Poolpartnern

neben den Produzenten und Händlern. Ein gemeinsames Projekt waren die Demeter Marktgespräche zum Lagergemüse (Möhren und Kartoffeln), wo alle Partner am runden Tisch über Preise und Angebot redeten. Wichtig wird das Thema fair economy, das die ökologische Produktion und Verarbeitung ergänzt. In Kürze soll es ein Produkt des Monats geben, wo ein von den Konsumenten ausgewähltes Lebensmittel mit begleitenden Informationen herausgestellt wird.

Für die Konsumenten mit geringem Budget sind die Preise ein Thema. Dabei spielen die Logistikkosten eine große Rolle, da Erfassung kleiner Mengen und der dadurch aufwändigere Vertrieb sich erhöhend auf die Bio-Preise auswirken. Hier muss nach Wegen gesucht werden. Ein Erfolg war die Steiner-Woche 2006, wo es Stände und Präsentationen gab. Die Naturkostlader erstellten einen gemeinsamen Prospekt.

Nach diesen Ausführungen gab es noch kleinere Beiträge von Dr. Michael Rist, Konsumentenverein Zürich, der Briefe zu Wirtschaftsfragen für die Konsumentenbildung verfasst, wo Grundlagen für ein Verständnis dieser Materie gelegt werden sollen. Als Möglichkeit stellte er eine Einkommensverteilung nach Punkten vor, wo Bedarf und Bedürfnisse berücksichtigt werden. Dr. Horst Habisreiter, Förderkreis für Umweltgesundheit, München betonte, dass dieses Konsumententreffen zukünftig durch Teilnahme von Händlern und Produzenten ergänzt werden müsse, um nicht als „Monokultur“ dazustehen. Wichtig ist das Gespräch mit den Partnern, denn nur über den menschlichen Austausch, der auch eine Auseinandersetzung sein kann, kommt es zu gemeinsamen Vereinbarungen. Der Förderkreis hat sich im letzten Jahr u.a. mit der Verhinderung der Gentechnik befasst und der Verbreitung und Information über samenfeste Gemüsesorten. Renate Lendle, Fördergemeinschaft für Umweltpflege, Wiesbaden wirkte als Verbrauchervertreterin in der Demeter Kommunikationsgruppe mit. Sie berichtete von der Sinus-Studie, in der Bio- und Demeter-nahe gesellschaftliche Gruppen hinsichtlich ihrer Motivation und ihres Lebensstils untersucht wurden. Da wird der potentielle Demeter-Konsument konkreter, neue Möglichkeiten des Kontakts können durch eine gezieltere Ansprache geschaffen werden. Ansonsten hat die Fördergemeinschaft eine Verbraucherschulung zur Lebensmittelqualität mit der Bildekräftemethode organisiert.

Es zeigte sich, dass die kurze Zeit nicht ausreichte und der Wunsch nach Fortsetzung im nächsten Jahr besteht. Bei diesem Treffen konnten die gegenseitigen Projekte wahrgenommen werden, es gab Anregungen für die eigene Arbeit und die Möglichkeit zum Gespräch mit den anderen Teilnehmern.

Der Termin im kommenden Jahr ist voraussichtlich Samstag, der 12.5.2007 von 14 - 17.30 Uhr. Das Treffen wird wieder im Anschluss an den Initiativkreis für Ernährung stattfinden. Interessierte sind willkommen, bitte bei der Sozialwissenschaftlichen Sektion am Goetheanum anmelden. Tel. +4161 - 70 64 326, Fax -350 E-Mail: sektion.sozialwissenschaft@goetheanum.ch).

# Energiegenossenschaften: Verändern statt Warten auf Veränderung

Eva Sassen

*Am 26. April wurde mit 169 Personen die Energiegenossenschaft Delmenhorst gegründet. Was diese Initiative will und in welchem Zusammenhang sie steht, geht aus dem folgenden Redemanuskript der zur Vorsitzenden gewählten Eva Sassen bei der Gründungsversammlung hervor.*

## Verschiedene Gründe sich um Energie zu kümmern

1. Heute vor 20 Jahren begann der größte anzunehmende Unfall in einem Atomkraftwerk in Tschernobyl, in der Nähe von Kiew. 67.000 registrierte Strahlentote und - kein Ende in Sicht. Die Katastrophe wird uns alle überdauern. Hatte denn niemand die Gefahren erkannt? Die Entdeckerin der Kernspaltung, die Physikerin Lise Meitner warnte immer wieder vor den Folgen der Atombombe und der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Es hätte kein einziges Atomkraftwerk gebaut werden dürfen. Spätestens nach dem Fast-GAU in Harrisburg USA hätten alle Meiler vom Netz gemusst.

2. Kriege werden immer wieder wegen Öl geführt. Angeblich, damit die Wirtschaft der Industrienationen nicht ins Strudeln kommt, werden Ölländer - notfalls gewaltsam - gezwungen ihre Rohstoffe günstig zu verkaufen. Wichtiger ist wohl, dass die Regierungsgruppe von George W. Bush aus der Ölwirtschaft kommt.

Bei uns sieht die Verflechtung von Energiewirtschaft und Bundesregierung ähnlich aus. Ex-Kanzler Kohl schweigt bis heute über die Spendenquelle der CDU, die Mafia-Strukturaufdeckung im Elf-Prozess in Frankreich wurde in Deutschland unterbunden und SPD Ex-Kanzler Schröder greift nach noch mehr Millionen im Gazprom-Geschäft.

3. Die Klimaveränderung weist uns immer häufiger an vielen Orten dieser Erde darauf hin, dass wir sofort keine fossilen Stoffe mehr verheizen dürfen. Der steigende Meeresspiegel, die schrumpfende Ozonschicht, die zunehmenden Wirbelstürme, auch dies ist ein Grund die Energiefrage nicht einzelnen Großkonzernen zu überlassen.

4. Monopolkonzerne planen die Nutzung von Energie so, dass sie am meisten verdienen. Auch unsere Stadtwerke und die offiziell in Volkes Hand liegende Aktiengesellschaft EWE ziehen den Bürgern das Geld aus der Tasche. Doch die Bürger wachen auf. „Wer zahlt, ist selber schuld“, schreibt der Bund der Energieverbraucher. In den Klagen gegen Energieversorger entscheidet ein Gericht nach dem anderen zu Gunsten der Verbraucher. Die Preiskalkulationen müssen erst aufgedeckt werden. Wir hier in Delmenhorst wollen wissen, womit die Stadtwerke 4,5 Millionen Euro im Jahr Gewinn erwirtschaften.

## Spinnen im Netz

Dieser 4. Punkt brachte das Fass zum Überlaufen. Schauen wir uns um. Wie sieht die Energielandschaft aus? Vier große Konzerne teilen sich den deutschen Markt auf. Der fünfte, die EWE ist eigentlich nur ein Anhängsel von Eon. Kaum ein Stadtwerk, oder wie immer die Energieversorgungsunternehmen vor Ort heißen produziert seine Energie ausschließlich selbst. Beim Strom hängen sie am Netz, beim Gas ebenfalls, und wir haben einen Markt, der nach Energieformen eingeteilt ist (Gas, Strom...). Die Vernetzung ist eine gute Idee. Aber, dass wir nur vier bis fünf dicke Spinnen darin sitzen haben, die ihr Gift versprühen, uns immer weiter einverleiben wollen, das passt uns nicht.

Wenn Sie die Situation nach dem Mauerfall betrachten, weiß man, was uns hier in Delmenhorst erwartet. Die Konzerne streckten umgehend ihre Fühler nach der „weißen“ Landkarte aus. Gemeinden, die sich für ein eigenes Stadtwerk entschieden, haben aus Geldmangel inzwischen alles verkauft, oder besser gesagt, verscherbelt. Und genau dasselbe beobachten wir hier in Delmenhorst. Die Stadtwerke erhalten die gewinnbringenden Eigenbetriebe der Stadt. Die Kommunen werden von der Bundes- und jetzt auch Europaregierung weiter kurz gehalten. Irgendwann wirkt das Verdauungsgift der Spinne und sie saugt uns vollständig aus. Dann werden auch unsere Stadtwerke in Delmenhorst verkauft. Die Bremer haben bereits verkauft.

So würde es geschehen, wären da nicht kleine Gruppen, in kleinen und großen Kommunen, die Energiegenossenschaften gründen, sich zusammenschließen und etwas Neues aufbauen. Wir haben bereits die Regionale Energiegenossenschaft Eifel-Mosel-Hunsrück, Bremer Energiehaus eG, GEG Gas- und Energiegenossenschaft Sachsen Anhalt, Energiegenossenschaft Bremerhaven. Heute Abend gründet sich in Bremen die Justa Tero eG, die Energie als einen Teil des Gesamtzwecks nimmt und wir. Als ältestes Vorbild fanden wir die Teutoburger Energienetzwerk eG (TEN), die seit 1920 ihre Mitglieder mit Energie versorgt und sich jedes Jahr mit ihrem Energielieferanten trifft, - vor Gericht. Weitere bestehende Energiegenossenschaften sind uns noch nicht positiv aufgefallen, das kann ja noch kommen.

## Blick in die Zukunft:

Während wir heute sagen, ach die Preise für meine Gasheizung werden mir zu teuer, was gibt's denn noch auf dem Markt, so werden wir Morgen nach effizienten Energiesystemen Ausschau halten. Eine Einhausbetrachtung gehört dann der Vergangenheit an. Wir freuen uns ganz besonders, dass wir grade jetzt an diesem Punkt der Entwicklung zu dieser Genossenschaft zusammenfinden, weil wir jetzt umgehend demokratische Entscheidungsstrukturen mit einbauen können. Wenn sich z.B. ein ganzer Straßenzug, Stadtteil oder Dorf für ein Energiesystem, welches aus vielen Energieprodukten besteht (z.B. Sonnenkollektoren, Erdwärme, Windkraft, Biodiesel und Fernwärme) entscheidet, dann möchte ich als Bewohnerin oder als Betriebsleiterin direkt entscheiden und nicht über den Stadtrat.



Sie sehen schon, es geht nicht mehr nur um eine Gasleitung, einen Öltank oder die Stromversorgung, sondern um Energie überhaupt. Es geht um vernetztes Denken. Es geht um eine Versorgung, die auf die Verbraucher vor Ort abgestimmt ist. Diese Zeichen der Zeit haben die Stadtwerke Delmenhorst, die EWE und Stadtwerke Bremen verfehlt. Sie streben weiter nach Geld und Macht. Also müssen wir uns selbst auf den Weg machen.

Keiner weiß, wohin die Reise konkret geht, aber alle wollen mit. Wer will schon in Untätigkeit verharren? Sorgen wir dafür, dass sich die Dinge so entwickeln, wie wir es für richtig halten. Was richtig ist, werden wir, wenn nötig, neu aushandeln. Nichts muss bleiben, wie es ist. 67.000 „anerkannte“ Krebstote durch die noch anhaltende Atomkraftwerksschmelze in Tschernobyl, kein Ende in Sicht, Kriege um Öl, kein Ende in Sicht, die Ozonschicht nimmt weiter ab, kein Ende in Sicht, steigende Energiepreise, kein Ende in Sicht ... man könnte verzweifeln. Beginnen wir mit der Arbeit, um das Gesicht der Welt zum Schönen zu verändern.

## Offener Brief an den Bundestag zum geplanten Verbraucherinformationsgesetz

Die Koalitionsfraktionen haben am 11. Mai 2006 ihren Entwurf für ein Verbraucherinformationsgesetz in den Deutschen Bundestag (BT-Drs. 16/1408) eingebracht, der auf einer Vorlage von Bundesminister Horst Seehofer basiert. Nach den Plänen des Ministers soll das Gesetz noch vor der Sommerpause im Deutschen Bundestag verabschiedet werden. Der Brief stellt dazu fest:

„Ein Gesetz, das die Informationsrechte der Verbraucherinnen und Verbraucher verbessert, ist unbedingt erforderlich. Die Fleischskandale der vergangenen Monate haben an den Tag gebracht, dass es sich nicht um Einzelfälle einiger „Schwarzer Schafe“, sondern um einen bundesweiten Missstand auf dem Lebensmittelmarkt handelt. In Niedersachsen und Bayern werden 30 Prozent aller amtlichen Lebensmittelproben von Frischfleisch beanstandet. In Bayern wird die Hälfte dieser Proben sogar als gesundheitsschädlich eingestuft.

Das sind untragbare Zustände, die darauf hinweisen, dass die Selbststeuerungskräfte des Marktes in diesem Segment nicht funktionieren. Transparenz, Informations- und Veröffentlichungspflichten sind notwendig, damit alle Hersteller und Händler ein primäres Eigeninteresse entwickeln, präventiv für Qualität und Sicherheit zu sorgen.

In der Praxis wird sich durch den Gesetzentwurf der Koalition allerdings nichts ändern. Durch zahlreiche Ausnahmetatbestände werden den Verbrauchern - und damit den Bürgern - nicht mehr Informationsrechte eingeräumt als die eingeschränkten, die sie nach der gegenwärtigen Gesetzeslage haben. Die Kernschwäche des Entwurfes liegt darin, dass das öffentliche Interesse nicht eindeutig Vorrang vor der Geheimhaltung von Marktinformationen hat. Das Gesetz ist nur dann

wirksam, wenn nicht die Veröffentlichung derartiger Informationen, sondern deren Geheimhaltung begründet werden muss!

Die wesentlichen Schwächen des Gesetzentwurfes sind: - Es gibt keinen Vorrang für das öffentliche Interesse. Selbst wenn dies zur Gefahrenabwehr geeignet wäre, muss die Behörde die Öffentlichkeit über Missstände nicht unterrichten. - Er enthält keine Verpflichtung der Behörden, Missstände und Kontrollergebnisse tagesaktuell unter Nennung von Produkt und Hersteller bekannt zu machen. - Es gibt keine Informationsbeschaffungspflicht von Behörden bei anderen Behörden. - Es gibt keinen Auskunftsanspruch der Verbraucher gegenüber Unternehmen. - Zahlreiche Informationen sind ausgeschlossen. Die langen Bearbeitungs- und Stellungnahmefristen werden zu monatelanger Verfahrensdauer führen. Unternehmen können leicht für jahrelange Auskunftsverzögerung sorgen.

Ein wirksames Verbraucherinformationsgesetz muss jedoch folgenden Anforderungen genügen:

- Das öffentliche Interesse und die Gefahrenabwehr haben Vorrang vor Ausschlussgründen. - Grundsätzlich müssen alle für Verbraucher relevanten Informationen zugänglich sein. Ausschlussgründe sind die Ausnahme und bedürfen eines Nachweises. - Nur aktuelle Informationen sind entscheidungserhebliche Informationen. Das Verfahrensrecht muss daher Aktualität gewährleisten. - Behördenbekannte Missstände müssen durch Datenbanken erfasst und über das Internet allgemein zugänglich sein. - Unternehmen ist es zumutbar, über ihre Produkte, die Produktionskette und die Herstellungsweise auf Verlangen Auskunft zu geben. Sie müssen dazu, im Rahmen eines angemessenen Rechtsschutzes, verpflichtet werden. - Das Verfahren muss für die Verbraucher einfach und verständlich sein. Die Behörden müssen sie dabei beraten und soweit es ihnen zumutbar ist, über ihren Datenbestand hinaus auch Informationen beschaffen. - Der Internetzugang und Auskünfte zur Gefahrenabwehr sind kostenfrei. Die Kosten für andere Informationen sind durch Verwaltungsvereinfachung so niedrig wie möglich anzusetzen und müssen so bemessen werden, dass der Informationszugang wirksam in Anspruch genommen werden kann.

Der von der Koalition vorgelegte Gesetzentwurf ist weitgehend wirkungslos. Deshalb wird er nicht nur seinen Zweck verfehlen, sondern auch die Verbraucher enttäuschen und zur unnötigen Ausgabe von Steuergeldern führen. Wir bitten Sie, ein Gesetz zu verabschieden, das dem im Koalitionsvertrag von CSU, CDU und SPD gesetzten Anspruch, die Informationsrechte der Verbraucher zu stärken, auch tatsächlich Rechnung trägt.“

Der Brief ist von folgenden Organisationen unterzeichnet:

B.A.U.M. e.V. // Bioland // BUND // Demeter // Deutscher HausfrauenBund // Deutsche Journalistinnen und Journalisten-Union // Deutscher Tierschutzbund e.V. // Deutsche Umwelthilfe e.V. // foodwatch e.V. // GLS Gemeinschaftsbank eG // Germanwatch e.V. // Greenpeace e.V. // Mehr Demokratie e.V. // Naturschutzbund Deutschland e.V. // Netzwerk Recherche e.V. // Securita Gs. zur Entwicklung alternativer Versicherungskonzepte mbH // Transparency International

Deutschland e.V. // WWF Deutschland // Zukunftsstiftung Landwirtschaft in der GLS Treuhand e.V.

Zum Verbraucherinformationsgesetz gibt es eine von foodwatch gestartete Mitmach-Aktion im Internet. Unter der Adresse [www.ess-wissen.de](http://www.ess-wissen.de) können Sie sich für Verbraucherinformationsrechte einsetzen.

## Verschiedenes

### Neue Studie: WTO-Abkommen machen Arme noch ärmer und lassen Volkswirtschaften schrumpfen

*Gemeinsame Pressemitteilung von WEED und Attac vom 15.5.2006*

„Marktöffnung und Freihandel im Agrarsektor bedrohen die Existenz von Kleinbauern und damit die Ernährungssicherung weltweit. Die einzigen Profiteure von mehr Marktöffnung sind die großen Agrarkonzerne in Nord und Süd“, kritisiert Christiana Schuler, Agrar-Expertin des Attac Agrar-Netzes, anlässlich der Sitzung des Allgemeinen Rates der WTO (General Council) vom 15.-16. Mai in Genf. Bauern und Bäuerinnen des weltweit aktiven Kleinbauernverbandes Via Campesina und Aktivistinnen des internationalen NGO-Netzwerks Our World Is Not For Sale (OWINFS) hatten sich vor dem Tor des WTO-Gebäudes versammelt, um gegen weitere Liberalisierungen in der laufenden Verhandlungsrunde zu demonstrieren. Attac und WEED als Mitglieder des OWINFS-Netzwerks unterstützen die Proteste.

„Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen in Nord und Süd fordern wir deshalb den Stopp der WTO-Agrarverhandlungen und einen Paradigmenwechsel in der internationalen Agrarpolitik. Ziel muss die Bekämpfung von Hunger sein, keinesfalls die Förderung des Freihandels im Interesse des Profits.“ Eine aktuelle Studie der US-Stiftung Carnegie Endowment for International Peace zeige, dass die Volkswirtschaften der besonders armen Länder südlich der Sahara durch Liberalisierung im Industriegüter- und Agrarbereich schrumpfen werden.

„Die Armen bekommen nicht nur nichts, ihnen wird die Chance auf Entwicklung genommen. Dabei berücksichtigt die Studie noch nicht einmal die Auswirkungen aller WTO-Abkommen. Das Dienstleistungsabkommen GATS und das Abkommen über geistige Eigentumsrechte TRIPS verschlechtern die Bilanz für die Entwicklungsländer noch einmal“, erläutert Alexis Passadakis, Handelsexperte bei WEED. Die Verhandlungen sind in der heißen Phase. Bis Mitte Juni soll die aktuelle WTO-Verhandlungsrunde in ihren wesentlichen Teilen abgeschlossen sein. „Eine Abkehr vom Liberalisierungsdogma ist dabei nicht in Sicht. Die dominanten

Mächte in der WTO, darunter auch die EU, werden in der verbleibenden Zeit ihre Interessen rücksichtslos durchsetzen - trotz entwicklungsfreundlicher Rhetorik“, betont Christiana Schuler.

Mehr Informationen: Eine Auswertung der Studie des Carnegie Endowment for International Peace findet sich unter: [www.weed-online.org/themen/wto/134572.html](http://www.weed-online.org/themen/wto/134572.html). Die Studie als Ganze ist zu finden unter: [www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=18083&prog=zgp&proj=zted](http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=18083&prog=zgp&proj=zted). Rückfragen: Christiana Schuler (Attac) 030 - 817 976 36, [www.attac.de](http://www.attac.de), Alexis Passadakis (WEED) 030 - 275 96 887, [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

### Zur Arbeitsplatz-Beschaffung

*Michael Rist, Bettina Kalambokis  
Johannes Kreyenbühl Akademie*

*in Zusammenarbeit mit dem Konsumentenverein Zürich*

Alle fordern die Beschaffung von Arbeitsplätzen, die Politiker, die Gewerkschaften, die Unternehmer und die Konsumentenvertretungen, weil doch heute ohne Arbeitsplatz kein Einkommen zu erzielen ist (wenn man einmal von den Spekulationsgewinnen und den Grundstückseinkommen absieht).

Nun haben wir in den reichen Ländern seit ca. 200 Jahren durch Arbeitsteilung und Maschineneinsatz intensiv rationalisiert, also die Arbeitszeit reduziert, sodass man z.B. 1875 durchschnittlich ca. 72 Stunden pro Woche arbeitete, während heute die 40- bis 35-Stunden-Woche diskutiert wird. Während dieser Zeit ist der Lebensstandard zudem enorm gestiegen. Bei weiterer Rationalisierung müsste deshalb die Wochen- oder Lebensarbeitszeit weiter reduziert werden, sodass in den reichen Ländern die 35-Stunden-Woche oder die Pensionierung mit 63 oder gar 60 Jahren Realität werden könnte.

Allerdings hat man früher nicht danach gefragt, ob eine Arbeit auch umweltverträglich ist oder nicht. Dank der Umweltschutzbewegung ist heute klar, dass es notwendig ist, die Arbeitsprozesse umweltgerecht zu gestalten, wenn das Leben der Menschheit auf unserem Planeten nicht gefährdet oder gar in Frage gestellt werden soll. Daraus ergibt sich die Einsicht, dass es auch in den Industrieländern nicht einfach um die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern um die von ökoverträglichen Arbeitsplätzen geht, was selbstverständlich auch für die Auslagerung der Produktion in sogenannte Billiglohnländer gilt.

In den sogenannten Entwicklungsländern, wo viele Menschen um ihr Überleben ringen, wird dieser Einsicht naturgemäß weniger nachgelebt. Was aber dort in zunehmendem Maße beanstandet wird, ist, dass unsere Wirtschaft wenig sozialverträglich ist.

Hier setzt nun die Fair-Trade-Bewegung an, die auf freiwilliger Basis auch den Menschen in den Entwick-

lungsländern durch faire Preisgestaltung ermöglichen will, z. B. eine bessere Infrastruktur aufzubauen und ihre Kinder in die Schule zu schicken. Durch die Mehrbezahlung der Produkte aus diesen Ländern werden die „reichen“ Länder wohl etwas ärmer, aber die armen auch etwas „reicher“, sodass sich der Lebensstandard beider Regionen langsam angleicht. Wir werden also den Bedürfnissen der Entwicklungsländer gerechter, indem wir sozialverträglicher wirtschaften, und diese können von uns lernen, ökovertträglicher zu arbeiten.

Durch das Kapitaldeckungsverfahren der obligatorischen Pensionskassen in der Schweiz und durch das neoliberale Wirtschaften wurden solche Kapitalmassen angesammelt, dass diese nun nur mit relativ geringer Verzinsung investiert werden können. Dies ist heute eine weitere Chance der mündigen Konsumentinnen und Konsumenten, sich in die Mitgestaltung der Wirtschaft einzuschalten. Dafür steht eine reiche Palette sinnvoller Tätigkeiten zur Verfügung. Zunächst können durch die Produktion und den Konsum biologischer und namentlich biologisch-dynamischer Lebensmittel hohe Krankheitskosten auch im Alter eingespart werden. Aber auch Sonnenkollektoren und ganze Energie-Sparhäuser sowie Holzheizungen sind bei den steigenden Heizkosten und niedrigen Zinsen nachhaltige und ökovertträgliche Investitionen, namentlich dann, wenn während der Lebensarbeitszeit die Hypotheken abbezahlt werden und dann im Rentenalter nur noch geringe Wohnungskosten anfallen. Aber auch die Produktion und der Gebrauch von Kleinwagen und Hybrid-Autos ist sinnvoll, weil dadurch der Kraftstoffverbrauch schon heute auf ca. die Hälfte gesenkt werden kann. Außerdem kann man oft auch ganz auf das Auto verzichten und stattdessen die Bahn benutzen und dadurch ökovertträgliche Arbeitsplätze schaffen. Zudem wird damit auch die Entwicklung einer öko- und sozialverträglichen Welt von morgen vorangetrieben.

Durch die Förderung der gerechten Preisbildung in den armen und reichen Weltregionen werden die ökovertträglichen Arbeitsplätze auch mehr sozialverträglich, so dass wir im Laufe der Zeit zu paritätischen Einkommen gelangen, wie sie in der Schweizer Landwirtschaft bereits praktiziert wurden.\*

## Kein Ausverkauf der Bahn!

In einer Sitzung des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestags am 10.5. 2006 stellte unser Autor Prof. Karl-Dieter Bodack als geladener Sachverständiger detailliert seinen zur DB-Spitze kontroversen Standpunkt dar. Besondere Beachtung fand seine Entdeckung, dass in der Bilanz der Deutsche Bahn AG etwa 60 Milliarden EUR fehlen: die entsprechenden Vermögenswerte würden daher beim Verkauf des Netzes verschenkt. Ihm stellt sich dieser Sachverhalt so dar, dass die DB nur mit diesem „Geschenk“ verkaufsfähig ist! (vgl. Artikel

\* Die Schweiz versucht Bauern und Bäuerinnen durch staatliche Hilfen ein Einkommen zu garantieren, dass dem Durchschnittseinkommen der Beschäftigten in Industrie und Dienstleistungssektor entspricht. (Anmerkung der Redaktion)

zum Thema im letzten Heft dieser Zeitschrift). Daraus resultiert, dass die „Investoren“ die DB AG (richtiger 49,9% der DB AG) zu etwa 40% ihres aktuellen Wertes erwerben könnten. Verkaufen sie dann lukrative Teile, wie die großen Bahnhöfe, machen sie leicht satte Gewinne. Nach einem Jahrzehnt des „Ausschlachtens“ kann dann der Bund den Rest zurückkaufen!

In seinem Eingangsstatement begründete K.D. Bodack sein Plädoyer auch mit persönlichen Erfahrungen: „Ich war mit anderen Kollegen der Bundesbahn beauftragt, das Ausbesserungswerk Weiden in eine GmbH umzuwandeln. Dies gelang, binnen weniger Jahre erreichte die daraus gegründete PFA GmbH mit einem hochmodernen Werk gute Gewinne. Auf Drängen des 49%-Teilhabers verkaufte die DB AG Schritt für Schritt ihren 51%-Anteil, das Unternehmen geriet über die ersten Eigentümer, die es hoch verschuldeten, in den Besitz der „Alpha-Bravo-Investment“, die es ausschaltete und in den Konkurs trieb: Tausend Arbeitsplätze wurden vernichtet.\*\*“

Bodack zeigte auch Alternativen auf: „1. Leistungsfähigkeit und Markterfolg hängen maßgeblich von der Unternehmenskultur, von der Mitarbeiterzentrierung und Kundenorientierung ab. Die Bundesregierung könnte als Eigentümer dafür sorgen, dass diese Qualitäten, die ansatzweise und mit gutem Erfolg bei der Bundesbahn geschaffen worden waren, konsequent und mehr als bisher entwickelt werden. 2. Zur Sanierung des Bundeshaushalts sollten alle Großprojekte der DB AG überprüft werden, da es für sie Alternativen gibt, die ein Einsparungspotenzial von insgesamt bis zu 10 Mrd. EUR möglich erscheinen lassen. 3. Zum Abbau der hohen Verschuldung könnten die Transportsparten, die die DB AG in den USA und im Fernen Osten erworben hat, verkauft werden. 4. Werden die bislang mit Bundesmitteln erstellten Anlagen bilanziell erfasst, kommt die DB AG wieder in die Lage, Anleihen begeben zu können, die wesentlich weniger ‚kosten‘ als die Renditen potenzieller Investoren. 5. Die DB könnte den Millionen ‚bahnaffiner‘ Kunden spezielle Anleihen anbieten und mit vielfältigen Marketinginstrumenten besondere Kundenbindungen schaffen, indem sie diesen ‚Kapitalgebern‘ Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Angebotsgestaltung gibt.“

Anlässlich der Eröffnung des Hauptbahnhofes in Berlin am 26. Mai protestierte die Kampagne „Bahn für alle“ gegen den geplanten Verkauf der Bahn an private Investoren. „Parallel zu den prunkvollen Eröffnungsfeierlichkeiten betreiben die Gastgeber den Ausverkauf der Bahn“, kritisierte Hendrik Auhagen von Attac. „Wir wollen eine kundenfreundliche Bahn für alle. Statt dessen droht jetzt ein kurzichtiges Verschleudern 170 Jahre alten Gemeineigentums.“ Die Kampagne, eine Kooperation zwischen Attac, der Initiative „Bahn von unten“ und der Bahnexpertengruppe „Bürgerbahn statt Börsenwahn“, fordert ein Umdenken und den Stopp der Ausverkaufs-Planungen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Bahn in öffentlicher Hand.

Mehr Informationen unter [www.bahn-fuer-alle.de](http://www.bahn-fuer-alle.de) und [www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de](http://www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de)

\*\* Karl-Dieter Bodack: InterRegio, die abenteuerliche Geschichte eines beliebten Zugsystems, Freiburg, 2005.

## Wer profitiert? - Für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen

### *Agrarbündnis fordert Anbindung der Prämienzahlungen an gesellschaftliche Leistungen*

21 Organisationen aus Umwelt- und Tierschutz, Landwirtschaft und Entwicklungspolitik haben die Agrarminister von Bund und Ländern aufgefordert, sich für die Veröffentlichung der Daten über Agrarsubventionen einzusetzen. In anderen europäischen Ländern sei längst transparent, wofür welche Unternehmen und Betriebe wie viel Agrarsubventionen erhalten - nicht aber in Deutschland. Deshalb haben die Organisationen die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ gegründet.

„Es geht uns nicht darum, eine Neid- oder Streichdebatte anzuzetteln“, sagt Sarah Kahnert, Welthandelsreferentin von Germanwatch. „Vielmehr soll offen gelegt werden, ob die Agrarsubventionen nach sinnvollen Kriterien verteilt sind und ausreichend an gesellschaftliche Leistungen gebunden sind.“ Gemäß den letzten verfügbaren Zahlen erhalten in Deutschland 0,5 Prozent der Betriebe jeweils mehr als 300.000 Euro (20 Prozent aller Direktzahlungen), während 70 Prozent der Betriebe jeweils bis zu 10.000 Euro erhalten (25 Prozent der Direktzahlungen). „Mit der derzeitigen Verteilung der Gelder gibt es mehr Verlierer als Gewinner“, erklärt Marita Wiggerthale, Handelsexpertin bei Oxfam. „Verlierer sind kleinere Betriebe, die ums Überleben kämpfen, die Umwelt, die unter den Folgen der Intensivlandwirtschaft leidet und die Kleinbauern in den sogenannten Entwicklungsländern, die mit den billigen, subventionierten Lebensmitteln aus der EU nicht konkurrieren können. Erst wenn Prämienzahlungen effektiv qualifiziert werden, wird auch das Dumping mit seinen negativen Auswirkungen für Kleinbauern in Entwicklungsländern verringert werden.“

„Die heutigen Prämienzahlungen haben auch innerhalb der EU eine Dumpingwirkung“, sagt Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), und erläutert: „Ein flächenstarker rationalisierter Betrieb kann umgerechnet auf eine betriebliche Arbeitskraft ganz legal 120.000 Euro jedes Jahr vom Staat erhalten. Der Durchschnitt aller Betriebe erhält mit rund 8.500 Euro weniger als ein Zehntel davon. Für die arbeitsintensive und qualitätsorientierte Landwirtschaft bedeutet das eine ungeheure Wettbewerbsverzerrung. Die Prämien müssen an den sozialen und ökologischen Nutzen für die Gesellschaft gebunden werden. Darauf zielt die Initiative ab, wenn sie die Offenlegung der EU-Agrarsubventionen fordert.“

„Die EU-Beschlüsse über die Finanzen in den kommenden sieben Jahren verschärfen die Situation für alle Landwirte, die umweltgerecht produzieren“, sagt Tanja Dräger de Teran, Referentin für Internationale Agrarpolitik beim WWF. „Die EU plant, die für die ländliche Entwicklung wichtigen Subventionen drastisch zu kürzen. In Deutschland wird dies gerade die Bundesländer mit einer kleinstrukturierten Landwirtschaft besonders hart treffen, wie z.B. Bayern und Baden-Württemberg.“

Obwohl immer mehr Verbraucher umweltgerecht produzierte Lebensmittel fordern, kappt die EU ausgerechnet hier besonders stark die Subventionen. Auch steht in den Sternen, woher bei den knapper werdenden Mitteln die Kompensationszahlungen für die Landwirte kommen sollen, die zukünftig das länderübergreifende Natura 2000 Schutzgebietssystem pflegen werden“

In folgenden EU-Ländern ist die Verwendung von Agrarsubventionen bereits ganz oder teilweise offen gelegt: Schweden, Großbritannien, Irland, Spanien, Niederlande und Frankreich. Mehr dazu unter: <http://farmsubsidy.org>. Weitere Informationen zur Initiative unter [www.wer-profitiert.de](http://www.wer-profitiert.de)

Die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ wird unterstützt von folgenden Organisationen: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) // Agrarbündnis // ATTAC Agrarnetz // Brot für die Welt // Biko Agrarkoordination // Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) // Deutscher Tierschutzbund e.V. (DTSchB) // . Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) // Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (BAG Ejl) // Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur) // FIAN // Forum Umwelt und Entwicklung // Gerechtigkeit jetzt! // Germanwatch // Greenpeace // IG Bauen Agrar Umwelt // INKOTA-netzwerk e.V. // Misereor // Naturschutzbund Deutschland (NABU) // Netzwerk Recherche // Oxfam // Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany) // Verbraucher für unbelastete Nahrung // Weltladen-Dachverband // WEED // WWF // Waldbauernverband Brandenburg e.V.

## Arbeit für Sekem gewürdigt

### *Dr. Hans Werner erhielt das Bundesverdienstkreuz*

Dr. med. Hans Werner hat 1975 mit zwei Kollegen zusammen die Klinik Öschelbronn gegründet, Bedeutendes hat er in der anthroposophischen Krebstherapie geleistet. 15 Jahre wirkte er mit in der Arzneimittelkommission beim Bundesgesundheitsamt und setzte sich für die Nichtdiskriminierung der besonderen Therapieweisen ein.

Vor allem aber ist er maßgeblich beteiligt an der Hilfe für die Sekem-Initiative in Ägypten, deren Gründer Ibrahim Abouleish im Jahr 2003 den Alternativen Nobelpreis erhielt. 1983 begründete Werner den „Verein zur Förderung der kulturellen Entwicklungen in Ägypten“, der im Lauf der Jahre mehrere Millionen Euro an Spendengeldern gesammelt hat. Dieses Wirken findet jetzt auch eine Würdigung durch die Auszeichnung durch den Bundespräsidenten.

# Initiativen und Termine

## Nicanor Perlas und das Projekt eines Schulungszentrums in Zarraga/Iloilo, Philippinen

*Thomas Brendel, Thomas Autenrieth*

Nicanor Perlas ist studierter Landwirt, Umweltaktivist, Soziologe, Philosoph und Buchautor. Seit der Gründung seines Zentrums für alternative Entwicklungs-Initiativen (CADI) 1988 setzt er sich unermüdlich für eine nachhaltige Entwicklung ein - im Bereich der Landwirtschaft und der Gesellschaft. Er entwickelte Ansätze einer dreigliedrigen Gesellschaft innerhalb des Philippinischen Agenda 21-Prozesses, ist Mitarbeiter in internationalen Netzwerken der Zivilgesellschaft und hält weltweit Vorträge über Globalisierung, Zivilgesellschaft und Dreigliederung. In den letzten Jahren war er maßgebend beim Aufbau eines Mikrokreditwesens für arme Kleinbauern (Life-Bank) und begleitete die Bürgerbewegungen gegen korrupte Politik unter anderem mit der Web-Zeitung Truthforce! Er erhielt 2003 den Alternativen Nobelpreis.

Aus der Erfahrung, dass eine nachhaltige Entwicklung der Zivilgesellschaft nur dann gelingen kann, wenn die darin handelnden Menschen ihre Fähigkeiten weiterentwickeln, hat er mit Freunden das Gamot Cogon Institut (GCI) gegründet, das mit dem Bau eines Schulungszentrums eine ganzheitliche nachhaltige Entwicklung, soziale Dreigliederung, spirituelle Entwicklung und entsprechende Projekte voranbringen will.

### Das Schulungszentrum

Das Schulungszentrum soll auf der zentral gelegenen Insel Panay in Zarraga, nahe der Großstadt Iloilo, entstehen. Eingebettet auf dem Gelände einer biologisch-dynamischen und organischen Landwirtschaft sollen die Gebäude den Raum für verschiedenste Ausbildungen, Kurse und Veranstaltungen bieten, einschließlich Speise- und Übernachtungsmöglichkeiten. Daran angeschlossen wird sein eine Steinerschule mit erweiterten pädagogischen Elementen und später ein Gesundheitszentrum.

Die Unterrichtspalette beinhaltet Kurse und Seminare, die eine persönliche Weiterentwicklung ermöglichen, wie z.B:

- Biografiearbeit und Entwicklung spiritueller Intelligenz,
- Seligmans „Gelernter Optimismus“
- Intelligenz des Herzens;

weiterhin Elemente, die soziale Fähigkeiten vermitteln, wie z.B:

- Ausbildung sozialer Führungskräfte,
- „Fruchtbarer Dialog“ - Entfaltung der kollektiven Intelligenz - Konflikttransformation.

Ferner soll es Kurse und Seminare geben, die auf Berufspraxis ausgerichtet sind, wie z. B:

- Lehrerausbildung
- Mikrokredite und Mikrounternehmen
- Nachhaltige Landwirtschaft

Das Schulungszentrum soll auch Menschen aus dem Ausland Bildung und Begegnungen ermöglichen. Nicanor Perlas und sein langjähriger Mitarbeiter James Sharman werden die hauptamtlichen Lehrer sein.

Die Gesamtkosten für das Schulungszentrum werden auf umgerechnet 120.000 EUR geschätzt. Im Herbst 2006 soll mit dem Bau begonnen werden. Um das Bildungsprojekt zu finanzieren sind Nicanor Perlas, das GCI und seine Mitarbeiter auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen und bitten herzlich um Unterstützung!

### Die Unterstützung

Aus einem Kreis von Menschen, die Nicanor Perlas in Stuttgart seit 1999 bei Vorträgen und Seminaren im Forum 3 kennenlernten und seither seine Arbeit mitverfolgen, hat sich eine Gruppe gebildet, die dieses Schulungszentrum verwirklichen helfen will. Wir empfinden es als sehr wichtig, dass die Zukunftsimpulse von Nicanor Perlas und seinen Mitarbeitern auf den Philippinen weitergetragen werden. Dafür bitten wir herzlich um Ihre Mithilfe!

### Sie können auf drei Arten helfen:

- Mit einer Spende auf das Konto der Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS-Bank, Konto: 12330010 BLZ: 43060967 Stichwort: CADI, Schulungszentrum.

- Mit der Teilnahme an einer „Schenk- und Leihgemeinschaft“, verwaltet von der GLS- Gemeinschaftsbank, bei der jeder Teilnehmer über einen Zeitraum von 5 Jahren monatlich eine Rate von 10 - 50 Euro einahlt (Schenken). Die GLS-Bank stellt dem Projekt die Gesamtsumme sofort zur Verfügung und berechnet den Schenkern jährl. 3,5% (Leihen). Beispiel: 25,- EUR/Monat = 300,- EUR/Jahr x 5 Jahre = 1500,- EUR. Bei diesem Beispiel bräuchten wir 80 Menschen um die 120.000,- EUR zu finanzieren.

- Mit einem Darlehen.

Wir sind selbstverständlich für jeden Beitrag sehr dankbar - sind uns aber darüber im Klaren, dass wir die Finanzierung nur schaffen, wenn wir genügend Menschen erreichen, die Nicanor Perlas' Arbeit kennen

und wertschätzen und sich mit dem Projekt intensiver verbinden wollen.

Die Spender und Teilnehmer an der Schenk- und Leihgemeinschaft erhalten ab einer Summe von 50.- EUR eine vom Finanzamt anerkannte Spendenbescheinigung und über den Zeitraum von 7 Jahren einen E-Mail-Rundbrief, der über die Entwicklung des Projektes berichtet. Bitte schicken Sie uns dazu Ihre Adresse.

Eine ausführliche Projektbeschreibung, weitergehende und aktuelle Informationen erhalten sie bei:

Thomas Brendel, Kimmelbergstr.4, D-70374 Stuttgart  
 Tel: +49-(0)711-5286012 brendel.thomas@freenet.de  
 // Thomas Autenrieth, Neuarlesheimerstr.15, CH-4143 Dornach  
 Tel: +41-(0)61-7020413 ThomAut@web.de

Zur Arbeit auf den Philippinen: [www.cadi.ph](http://www.cadi.ph) // [www.truthforce.info](http://www.truthforce.info)

## Volksabstimmung als Schlüssel für Lösungen

**Aktion Volksabstimmung fordert bundesweites Abstimmungsrecht**

Der OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE hat in diesem Frühjahr die „Aktion Volksabstimmung!“ gestartet. Ziel ist die Einführung eines bundesweiten Abstimmungsrechts. Michael von der Lohe, Geschäftsführer des OMNIBUS: „Ob ein Schulwesen, in dem sich die Pädagogik frei entwickeln kann; ob ein Gesundheitssystem, das den Menschen als mündiges Wesen anerkannt; ob ein Einkommensrecht, das die Würde des Menschen zur Geltung bringt: die Volksabstimmung ist der Schlüssel für Lösungen, für die es bereits heute die ersten gut ausgearbeiteten Vorschläge gibt. Durch die Volksabstimmung kommen diese Vorschläge in eine breite gesellschaftliche Diskussion“.

Die „Aktion Volksabstimmung!“ fordert ein dreistufiges Abstimmungsrecht. Im ersten Schritt, der Volksinitiative, soll ein Vorschlag mit 100.000 Unterschriften zur Beratung in den Bundestag eingebracht werden können. Im zweiten Schritt, dem Volksbegehren, soll mit 1 Million Unterschriften erwiesen werden, dass genügend Menschen den Vorschlag für wert erachten, dass er allen Bürgern zur Entscheidung vorgelegt wird. Im dritten Schritt, dem Volksentscheid, soll die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden.

Die „Aktion Volksabstimmung!“ besteht aus Aktionskarten, die im Freundes- und Bekanntenkreis verteilt werden. Die Karten können an die Mitglieder des Deutschen Bundestags geschickt werden. Damit werden die Abgeordneten aufgefordert, das Recht der Volksabstimmung einzuführen. Die Bundestagsabgeordneten sind in Deutschland zur Zeit die einzige Instanz, die diese Entscheidungskompetenz haben. Für die Grundgesetzänderung zur Einführung der Volksabstimmung ist im Bundestag eine Zweidrittelmehrheit nötig.



Die Absender der Aktionskarten kündigen an, bei der nächsten Bundestagswahl ihre Stimme für die Volksabstimmung einzusetzen, falls diese bis dahin nicht eingeführt ist. Entweder als Wähler durch die Wahl eines Abgeordneten, der sich konsequent für die Volksabstimmung einsetzt, bzw. einer Partei, deren Abgeordnete dies tun. Oder als Nichtwähler durch die Einsendung der Wahlbenachrichtigung an den OMNIBUS, um öffentlich zum Ausdruck zu bringen, dass das Wählen erst dann wieder verantwortet werden kann, wenn es auch das Recht der Volksabstimmung gibt. „Es kann also Jeder mitmachen, der die Volksabstimmung will“, so von der Lohe.

Die Aktionskarten können beim OMNIBUS angefordert werden. Die gewünschte Anzahl Karten wird kostenlos zugeschickt. Die Anschrift lautet:

OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Telefon: 030 - 42 80 43 90, [info@omnibus.org](mailto:info@omnibus.org), [www.aktion-volksabstimmung.de](http://www.aktion-volksabstimmung.de)

## Im Aufbruch Soziale Impulse für eine menschliche Zukunft

Tübingen, 23./24. Juni 2006,  
Kupferbau, Saal 25, Hölderlinstr. 5

Es ist an der Zeit. Nur die Zivilgesellschaft kann - weil nicht parteilich eingeschränkt - die Gestaltung einer menschlicheren Zukunft weltweit in die Wege leiten. Dazu müssen wir uns bekanntmachen mit dem, was unabhängig denkende und initiativ tätige Menschen darüber zu sagen haben, wie ein Zusammenleben aussehen kann, - in dem die Freiheit des Einzelnen unantastbar bleibt; - in dem gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit der Einzelne sein Leben weiter planen kann; - in dem ein Geldsystem herrscht, das nicht nur „von arm zu reich“ umverteilt; - in dem jeder Mensch mit seinen Fähigkeiten und seiner Arbeit in der Gemeinschaft aufgenommen wird. Dazu will diese Tagung Anstöße geben.

### Tagungsprogramm

Freitag, 23.6.: 20:00 Uhr · Gerald Häfner: Im Aufbruch - Soziale Impulse für eine menschliche Zukunft.  
Samstag, 24.6.: 9:30 Uhr · Prof. Götz Werner: Das bedingungslose Grundeinkommen - Revolutionär denken - evolutionär umsetzen // 11:30 · Prof. Margrit Kennedy: Geld frisst Welt. Über die zerstörerische Wirkung des heutigen Geldsystems und die Entwicklung von Regionalwährungen // 15:00 Uhr · Johannes Stüttgen: Der erweiterte Kunstbegriff : Jeder Mensch ist ein Künstler (J. Beuys) // Ab 16:45 Uhr: Diskussion im Plenum bis ca. 18:15 Uhr // 20:00 Uhr · Michael Debus: Die Freiheit des Menschen - Mache ich einfach, was ich will? // Eröffnung und Schluss: Anand Mandaiker

Veranstalter: Johann Gottlieb Fichte Haus, in Kooperation mit: Christengemeinschaft, Waldorfschule, Anthroposophische Gesellschaft und Therapeutikum Tübingen. Nähere Informationen: [www.im-aufbruch.de](http://www.im-aufbruch.de). Kartenvorverkauf: Verkehrsverein Tübingen, 07071 - 9136-0, Teilnehmerbeitrag 25 EUR (Schüler/Studierende 8, Rentner/Erwerbslose 15 EUR)

## Arbeitskreis Soziale Plastik

am 1./2. Juli in Wiesbaden, mit Maria Mies

Vierteljährlich kommt der weiße OMNIBUS für direkte Demokratie nach Schloss Freudenberg in Wiesbaden, wo der blaue OMNIBUS ruht. Dann findet der Arbeitskreis SOZIALE PLASTIK statt. Er ist ein Ort der Begegnung und der Arbeit an der Idee der Sozialen Skulptur, d.h. der Form der Gesellschaft, die wir gemeinsam entwickeln. Das nächste Treffen am 1. und 2. Juli wird von Frau Maria Mies mit dem Vortrag „Globalisierung von unten - Die Subsistenzperspektive“ eröffnet.

Die Globalisierung als ein moderner Menschheitsprozess wird heute von den Eigeninteressen großer Konzerne dominiert. Immer mehr Menschen und die Natur leiden unter den Folgen. Doch auch immer mehr Menschen entwickeln Alternativen und neue Perspektiven. Wie können wir mit unserem Handeln vor Ort stimmig den globalen Zusammenhang mitgestalten?

Frau Mies ist seit 1968 aktiv in der Frauenbewegung, der Ökologiebewegung und in der Friedensbewegung. Sie ist Mitbegründerin der Anti-MAI-Kampagne und heute aktiv in der globalen Bewegung gegen den konzerngesteuerten Neoliberalismus. Sie ist Autorin zahlreicher Bücher, z.B. „Eine Kuh für Hillary; Die Subsistenzperspektive“, „Lizenz zum Plündern“ und „Krieg ohne Grenzen“.

Die Zeiten des Treffens sind: Samstag 1. Juli Vortrag um 19.30 Uhr, Sonntag 2. Juli Seminar 9 bis 14 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung bei Regine Radke, Tel. 03643 - 494 146

## Einführung der Volksgesetzgebung im Bundestag auf der Tagesordnung

Am 11. Mai stand im Deutschen Bundestag aufgrund einer Gesetzesinitiative der FDP die „Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid“ (= dreistufige Volksgesetzgebung) in erster Lesung zur Verhandlung. Damit kam nach vier Jahren der wichtigste Gegenstand zur Demokratiereform wieder auf die Tagesordnung.

Was ist das politische Umfeld des Projektes und was ist seine Chance?

Das parlamentarische Ringen um die „dreistufige Volksgesetzgebung“ begann in der 10. Legislaturperiode mit einer Petition der Bürgerinitiative „Aktion Volksentscheid“. Sie wurde am 4. 10. 84 im Plenum verhandelt. Schon damals zeigte sich eine erschreckende Unkenntnis bei den allermeisten Abgeordneten über die einschlägigen historischen, verfassungsrechtlichen und demokratiepolitischen Zusammenhänge. Nur einige Vertreter/innen der Grünen unterstützten damals die Forderung nach Regelung der direkten Demokratie gemäß Grundgesetz Art. 20 Abs. 2. Alle Fraktionen lehnten ab. Doch die Bürgerinitiative ließ auch in den folgenden Wahlperioden nicht locker und konfrontierte jeden neu gewählten Bundestag auf dem Petitionsweg mit dem Anliegen. Seit 1988 hatten sich Die Grünen angeschlossen, es folgte seit 1992/93 die SPD, 1997 die PDS und seit diesem Jahr auch die FDP.

Inzwischen liegen dem Bundestag außer einer erneuten Petition der Bürgerinitiative Gesetzentwürfe der FDP, des Bündnis90/Die Grünen und der Linkspartei vor. Der SPD sind durch die Große Koalition die Hände gebunden: die CDU/CSU verschließt sich dem Anlie-

gen nach wie vor. Da aber zum Beschluss der Volksgesetzgebung wegen ihres verfassungsergänzenden Charakters für die Zweidrittelmehrheit die Stimmen der CDU/CSU erforderlich sind, kann man voraussehen, dass auch der jetzige Versuch noch keine Chance auf Realisierung haben wird.

Um aber die Bedingungen für diese Chance zu schaffen, hat die das Projekt außerparlamentarisch und mit einer Petition tragende Initiative „WIR SIND DEUTSCHLAND“ die Kampagne WILLENSBEKUNDUNG „Volksgesetzgebung jetzt“ gestartet. Aus repräsentativen Umfragen ist bekannt, dass über Zweidrittel der Stimmberechtigten in der Bundesrepublik die dreistufige Volksgesetzgebung wollen. Würden, so sieht es die Initiative, einige Millionen von ihnen ihre persönliche Willensbekundung für dieses Ziel abgeben, könnte sich auch die CDU/CSU nicht mehr widersetzen.

Um dies allen, die sich unterstützend beteiligen wollen, einfach und ohne Kosten zu ermöglichen, stehen zwei Internetseiten für die Beteiligung zur Verfügung: Vom 8. Mai bis 8. Juli die Seite des Bundestages [http://itc.napier.ac.uk/e-petition/bundestag/list\\_petitions.asp](http://itc.napier.ac.uk/e-petition/bundestag/list_petitions.asp) und die Seite der Initiative [www.volksgesetzgebung-jetzt.de/willensbekundung.htm](http://www.volksgesetzgebung-jetzt.de/willensbekundung.htm) [längerfristig]. Die Initiative präsentiert außerdem auf der Homepage [www.wirsinddeutschland.org](http://www.wirsinddeutschland.org) eine umfassende Dokumentation sämtlicher außerparlamentarischen und parlamentarischen Vorgänge in Sachen „dreistufige Volksgesetzgebung“ von 1983 bis heute sowie die historischen, rechtsphilosophischen, verfassungsrechtlichen und demokratiepolitischen Zusammenhänge des Projektes.

Für weitere Informationen, Nachfragen und Gespräche stehen zur Verfügung: Wilfried Heidt, Gerhard Meister, Herbert Schliffka.

Wir sind Deutschland c/o Internationales Kulturzentrum Achberg, Panoramastr. 30 - Humboldt-Haus, D-88147 Achberg-Esseratsweiler Tel. +49 (0) 8380-500 // - 98228 // -335; Fax - 675, E-Mail: [WirSindDeutschland@kulturzentrum-achberg.de](mailto:WirSindDeutschland@kulturzentrum-achberg.de), [www.wirsinddeutschland.org](http://www.wirsinddeutschland.org)

## Freie Sommeruniversität

Cottbus, 10. - 16. Juli 2006,  
in der ehemaligen Tischlerei in Cottbus-Kahren

Thomas Brunner

*„Der wahre Zweck des Menschen - nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welchen die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt - ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste und unerlässliche Bedingung.“ (Wilhelm von Humboldt)*

*„Kunst und Geschichte aus dem Museum herauszuholen heißt, sie dem Tod entreißen und den Diskurs der Lebenden konstituieren. Nur durch die Produktion immer neuer Sichtweisen auf das Alte wird überhaupt gelebt, alles andere macht einen zum Zombie.“ (Heiner Müller)*

Die freie Sommeruniversität ist eine freie zivilgesellschaftliche Initiative zur Förderung eines staatsunabhängigen und überbetrieblichen Geisteslebens. Gerade in einer sich wirtschaftlich immer weiter globalisierenden Welt bedarf es der zur Verantwortlichkeit erwachenden menschlichen Individualität. Dabei geht es nicht nur um die Selbstverwaltung der subjektiven Arbeits- und Lebensfelder, sondern auch um die verantwortungsvolle Mitwirkung in der Schaffung zeitgemäßer, die Impulse des individuellen Menschen gewahrwerdenden, kulturellen und sozialen Bedingungen. Doch diese Verantwortlichkeit kann nicht im Stile des Kant'schen „kategorischen Imperativs“ staatlich erzwungen werden (wie es beispielsweise gegenwärtig in der Verschärfung der Hartz-IV-Gesetzgebung geschieht), sondern nur in einem zivilgesellschaftlichen Leben entstehen, das sich seiner eigenen Aufgabe - in Freiheit - bewusst wird. In diesem Sinne möchte die freie Sommeruniversität ein Forum denkender und gesprächsbereiter Individualitäten sein, deren Anliegen nicht die Durchsetzung bereits gefasster Vorstellungen ist, sondern die Bemühung um eine die Freiheit des Anderen beinhaltende - gemeinsame - Perspektive.

In einer Reihe von Abendveranstaltungen (Vorträge: Dr. Dr. Wolf Ulrich Klünker, Wilfrid Jaensch; Konzerte: Reinhold J. Buhl, Jörn Sakuth und Roland Fuhrmann; einer Dichterlesung: Gert Neumann; und einer clownialen Einlage: Tullio Tardi) werden verschiedenste Facetten unseres gegenwärtigen Kulturlebens zur Wahrnehmung gebracht. Außer den festgelegten Abendveranstaltungen gibt es noch weitere Beiträge & Gespräche etc. die erst am Anfang der Sommeruniversität oder noch ganz spontan zeitlich festgelegt werden. Dazu haben bereits Beiträge zugesagt: Thomas Keil/Sohland, Sascha Scholz/Erfurt, Tobias Perlick/Berlin, Günter Taraba /Leipzig, Georg Kindler/Berlin, Jens Göken/Bad Münden, Stefan Grimm / Cottbus, Martijn Mullink /Dresden u.a.

Einfache Übernachtungen in der ehemaligen Tischlerei möglich. Anspruchsvollere Übernachtungsmöglichkeit in der Pension gegenüber. Teilnahmegebühr komplett (incl. Übernachtung und Verpflegung): Selbsteinschätzung (empfohlener Richtsatz: 75,- EUR). Eintritt zu einzelnen Veranstaltungen: frei, Spenden erbeten!. Weitere Fragen beantwortet gerne: Thomas Brunner, Kahrener Hauptstr. 19, 03051 Cottbus, 0355 - 488 74 80, [Votiv@web.de](mailto:Votiv@web.de), [www.ateliertheater.de](http://www.ateliertheater.de)

## Eine andere Bank- und Finanzwelt ist möglich!

**Studienangebote zu ethisch-ökologischem, sozialem Bank- und Finanzwesen**

Es gibt einen Bankensektor der wächst und neue Arbeitsplätze schafft. Es gibt Banken, wie in Deutschland die GLS Gemeinschaftsbank eG, die ihre gesamten Geldmittel transparent verwenden und damit sozial, ökologisch und ethisch orientierte Unternehmen und Projekte fördern. Es sind Banken- und Finanzdienstleister, bei denen Sie entscheiden, was Ihr Geld anrichtet. Und: über diese Banken können Sie das gesamte Bankgeschäft abwickeln und sich für notwendige gesellschaftliche Veränderung direkt einsetzen.



Bei Wachstumsraten von jährlich über 10 - 20% schauen diese Banken auf viele Jahre erfolgreicher Praxis des so genannten „social banking“ zurück. Diese Praxis benötigt besonders qualifizierte, engagierte Menschen. Um die hier auftretende Lücke zu schließen, wurde 2005 aus der Kooperation von acht internationalen, sozial-ökologischen, ethischen Banken und zwei Stiftungen das „Institute for Social Banking, Training and Research“ gegründet. Dieses Institut mit Sitz in Bochum hat die Entwicklung und Umsetzung von Studienangeboten zu sozial-ökologischem, ethischen Bank- und Finanzwesen zur Aufgabe.

### Wie kann man verantwortungsvoll mit Geld umgehen, so dass soziale, ökologische und kulturelle Vorhaben langfristig entwicklungsfähig sind?

Das ist die zentrale Frage, die in der ersten „Summer School on Social Banking“ vom 21. 07. - 30. 07 2006 beleuchtet wird. Ideen, Ansätze und Instrumente aus dreißig Jahren Praxis des sozial-ökologischen, ethischen Bankwesens werden von ExpertInnen aus Banken und Finanzdienstleistern vorgestellt und mit WissenschaftlerInnen und VertreterInnen von Nicht-Regierungs-Organisationen diskutiert.

Themenfelder: Strategien des Social Banking, Ethik, Wirtschaft, gesellschaftliche Entwicklung, positive Veränderungsansätze, konkrete Ansätze des sozial-ökologischen, ethischen Bankwesens, ethisches Investment, Für und Wider von Mikrokrediten, Management in wertorientierten Unternehmen, ethisches Unternehmertum am Beispiel der Sekem-Group, Kairo. Interaktive theoretische und künstlerische Workshops und Kleingruppenarbeit prägen dabei die Zeit der Summer School genauso wie ein Abendprogramm, das öffentlich ist. Eine Zukunftskonferenz rundet die Veranstaltung ab: Hier werden TeilnehmerInnen zukünftige Trends für das wertorientiert arbeitende Bankwesen entwickeln und können mit Anderen Schritte für eigene Initiativen formulieren. Die Summer School richtet sich an alle Menschen mit Interesse an einem sinnstiftenden Umgang mit Geld sowie junge Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Bereich Bank- und Finanzwesen. Ort der Veranstaltung ist die Akademie Mont Cenis, Herne (weitere Infos unter [www.social-banking.org](http://www.social-banking.org))

### Master in Social Banking ab September 2006

Im September 2006 beginnt der erste internationale Master-Studiengang zu Social Banking. Der Studiengang wird von der Universität Plymouth in Kooperation mit der Initiative für Praxisforschung (ipf), Solothurn angeboten. Das international ausgerichtete Studienprogramm (Dozenten/Studierende/Inhalte) ist berufsbegleitend angelegt. Fragen zu Management in wertorientierten Unternehmen wie auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Social Banking, den aktuellen Ansätzen, Methoden und Instrumenten, nehmen breiten Raum ein. Drei Jahre lang dauert das Studium, das zum europaweit anerkannten Abschluss „Master in Social Banking“ führt. Es findet überwiegend in regionalen Studiengruppen zwischen Bochum, Brüssel und Zeist (NL) statt.

Der Studiengang richtet sich an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Bereich des Bank- und Finanzwe-

sens, die aus ihrer konkreten praktischen Tätigkeit heraus diesen Sektor weiter entwickeln wollen.

Mehr Informationen hierzu finden Interessierte ebenfalls auf den Internetseiten des ISB: [www.social-banking.org](http://www.social-banking.org). Kontakt: Dr. Annette Massmann, Institute for Social Banking, c/o GLS Treuhand e.V., Christstraße 9, D-44789 Bochum, Tel.: +49 (0) 0234 - 5797-185, Fax: 5797-188

## Künstler praktizieren Zusammenarbeit

### Konzept für Kulturaustausch mit Südafrika

Peter Nöbauer

Es ist nicht mehr der Klassenkampf, der die Medien dominiert, sondern der Kampf der Kulturen. Um zu zeigen, dass sich Kulturen nicht unbedingt bekämpfen müssen, wurde folgende Initiative gestartet. Mit dieser Initiative wollen Künstler den Versuch unternehmen und zeigen, dass Zusammenarbeit nicht nur möglich und besonders fruchtbar für die Beteiligten ist, sondern auch positiven Einfluss auf das Umfeld bringen kann.

### Vorgeschichte

Bei einem Besuch in Südafrika hatte ich Gelegenheit, Arbeit und Leben auf der Vrede Farm nahe Graaf Reinet kennen zu lernen. Umgekehrt konnte ich die Farmbesitzer und Mitarbeiter an meiner künstlerischen Arbeit teilhaben lassen. (Zeichnen und Malen sowie bildhauerische Arbeit in Holz, Stein). Gemeinsam mit dem Besitzer wurde die Idee eines interkulturellen Kunstworkshops geboren. Nach einem Gespräch mit Dir. Traunbauer (Raika Leonding) und Landeskulturdirektor für Oberösterreich Dr. Mattes konnte diese Idee weiter präzisiert werden. Je 6 österreichische und südafrikanische Künstler arbeiten 2 - 3 Wochen auf dem Gelände der Vrede Farm. Danach werden die südafrikanischen Künstler nach Österreich eingeladen. Der Prozess und die Ergebnisse dieser Arbeit werden dokumentiert und sowohl in Südafrika als auch Österreich ausgestellt.

### Zielsetzung:

Künstlerische Ideen sollen einmal im Heimatland konzipiert und realisiert werden. Einmal zu Hause, in eigenem und einmal in „fremdem“, in einem anderen Kulturkontext. Dabei soll ein intensiver Austausch mit den Vertretern der anderen Kultur stattfinden (soziales Umfeld, Bildungseinrichtungen und Kulturinstitutionen).

Die einzelnen teilnehmenden Künstler werden konkret den Vertreter eines anderen Kulturkreises in dem eigenen künstlerischen Arbeitsprozess theoretisch und praktisch teilhaben lassen.

### Teilnehmer

Es gelten die üblichen Bewerbungs-, Auswahl und Beteiligungsbedingungen für ähnliche Veranstaltungen.

### Zusätzliche Auswahlkriterien

- Besonderes Interesse und Bereitschaft sich menschlich und künstlerisch mit anderen Kulturen zu beschäftigen

## Lieferbare Rundbriefe

Die folgenden Hefte des Rundbriefs Dreigliederung des sozialen Organismus sind noch lieferbar und können gegen Beteiligung an den Kosten (Richtsatz EUR 3,50 pro Heft bei Einzelbestellungen) bezogen werden bei der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel: +49 (0) 711-23 68 950, Fax: +49 (0) 711 2360218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de. Bestellung auch direkt über das Internet: [www.sozialimpulse.de/rundbr.htm](http://www.sozialimpulse.de/rundbr.htm). Betrag bitte überweisen auf das Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 600 501 01.

Nr. 2/94: Dreigliederungsbewegung und das „Superwahljahr“ - Die europäische Integrationsbewegung

Nr. 3/97: Sternenwelt und soziale Gestaltung - Wer soll die Arbeitslosigkeit bezahlen?

Nr. 4/97: Medien - die vierte Gewalt?

Nr. 1/98: Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Hilfe zur Entwicklung? - Aktion mündige Schule

Nr. 2/98: Die neue Rolle des Staates

Nr. 3/98: Dreigliederungsbewegung 1917-1922  
Goethe als Minister

Nr. 4/98: Der Euro kommt -Sozialziele und Verfassung - Zur apokalyptischen Signatur der Gegenwart

Nr. 2/99: Kosovo - Grundgesetz Nr. 3/99: Leitbildarbeit - Grundrechte in Europa

Nr. 1/00: Individualisierung der globalen Verantwortung - Demokratiebewegung - Bodenrecht

Nr. 2/00: Quo vadis Europa? Im Ringen um eine Grundrechtecharta

Nr. 3/00: Gestaltungsfelder in Aufgabengemeinschaften

Nr. 4/00: Dreigliederung und Einzeleinrichtung EU. Gipfel in Nizza

Nr. 4/01: Zur Weltlage nach dem 11. September - Die soziale Fragen als regionale Frage

Nr. 1/02: „Eine andere Welt ist möglich“ (WSF Porto Alegre) - Dreigliederung und Viergliederung

Nr. 2/02: Die Welt ist keine Ware. Dienstleistungen und geistiges Eigentum - Drohender Ausverkauf der Gemeinden durch GATS

Nr. 3/02: Tendenzen: Rio + 10 - Globalisierung, Initiation und Dreigliederung - Das Verschwinden des physischen Eigentums

Nr. 4/02: Vom Ganzen her denken. Konzeptuelle Bausteine einer menschengerechten Globalisierung

Nr. 1/03: Krieg und Frieden - Cross-Border-Leasing  
Europäischer Verfassungsvertrag

Nr. 2/03: eGovernment und eDemokratie - Amerikas globale Verantwortung - Gesundheitswesen

Nr. 3/03: Wie die WTO in Cancun entgleiste - Zivilgesellschaft - Freiheit als Gestaltungsprinzip des geistig-kulturellen Lebens

Nr. 4/03: Nach Cancun: Wie weiter mit der Landwirtschaft - Freiheit und Selbstverwaltung - Aufgaben und Perspektiven der Dreigliederungsarbeit

Nr. 1/04: Geist oder Empire? - Das Weltsozialforum als offener Raum

Nr. 2/04: Zur Auseinandersetzung um die EU-Verfassung

Nr. 3/04: Vernetzung als Organisationsform des sozialen Lebens - Public Public Partnership

Nr. 4/04: Israelische Impressionen - Globalisierung und Ethik - Das Ringen um eine soziale Geldordnung im Spiegel der Geldtheorien

Nr. 1/05: Grundeinkommen und soziale Dreigliederung - Alternativen zu Hartz IV

Nr. 2/05: Nach dem NEIN: Wie weiter mit Europa?

Nr. 3/05: Geisteswissenschaft und soziale Frage - Grundeinkommen - Rechtsleben im sozialen Organismus

Nr. 4/05: Die Zukunft des öffentlichen Sektors

Nr. 5/05: Iran-Konflikt und Dollar-Hegemonie - Gesundheitswesen - Der Schmetterlings-Effekt

und das auch künstlerisch zu thematisieren, kommunizieren und dokumentieren.

- Fähigkeit, den eigenen künstlerischen Prozess zu reflektieren und sprachlich zu artikulieren.
- Improvisations- und Teamfähigkeit.

### Projektfumfang

- Konzeption und Vorbereitung
- Ansprechen und Auswahl der Teilnehmer
- Ausführung und Umsetzung der Konzepte in Südafrika und Österreich
- Nachbereitung
- Dokumentation
- Präsentation der Ergebnisse in Ausstellungen und eventuell Publikationen

**Partner** in Südafrika: John Biggs Vrede Farm Graff Reinet. Künstlerisch und organisatorische **Projektleitung:** Mag. Peter Nöbauer, Deberweg 31, A - 9220 Velden, E-Mail: Peter.Noebauer@gmx.at

### Termine:

- Auswahl der Teilnehmer Ende Juni
- Vorbereitung in S.A. Ende Oktober
- Durchführung in S.A. Dezember/Jänner
- Durchführung in Österreich Sommer 2007
- Dokumentation und Präsentation der Ergebnisse Winter 2007 und Frühjahr 2008

### Finanzierung:

Die Bandbreite der finanziellen Erfordernisse ist abhängig von der Anzahl der Teilnehmer, ihren eingereichten Projekten und den dafür erforderlichen Materialien.

### Mittelaufbringung:

Als Ziel wird angestrebt

- 40% durch Sponsoren
- 40% durch Kulturinstitutionen in Südafrika und Österreich
- 20% durch die teilnehmenden Künstler, Eigenmittel und Erlös aus dem Verkauf der Arbeiten

### Zusammenfassung

Dieses Projekt hat nicht nur kulturelle und künstlerische Dimensionen für den einzelnen Teilnehmer, sondern soll vor allem mit künstlerischen Mitteln friedliche Wege des Miteinander aufzeigen. Die südafrikanische Geschichte ist reich an kriegerischen Auseinandersetzungen. Ebenso beachtenswert sind die Versuche einer menschlichen Geschichtsaufarbeitung in der jüngeren Zeit. Diesen Bestrebungen soll ein künstlerischen Ansatz hinzugefügt werden und so ein „Denkmal“ im positiven Sinne gesetzt werden: Interesse und Verständnis für andere Menschen, ihre Lebensart und ihre Kultur aufzubringen, ist nicht nur eine Hilfe für sich selbst, seine eigene Kultur oder Unkultur besser wahrzunehmen, sondern kann wertvolle Keime liefern für die eigene und fremde Weiterentwicklung.



## Studiengang Sozialentwicklung

### *Soziale Dreigliederung als Weg zu Verständnis und Gestaltung sozialer Prozesse*

Sozialqualifizierende berufsbegleitende  
Ausbildung, Okt. 2006 bis Sept. 2008

Mit Udo Herrmannstorfer, Mag. Friedrich Platzer, Dr.  
Michael Ross, Prof. Harald Spehl und Dr. Christoph Strawe

#### Termine und Themen der einzelnen Blöcke

##### 1. Studienjahr

Arbeitswoche, 1. bis 7. Oktober 2006:  
Grundlagen und Aktualität der Dreigliederung  
des sozialen Organismus

Wochenendseminar, 1./2. Dezember 2006  
Grundlagen und Bedeutung der Selbstverwaltung  
im sozialen Organismus

Wochenendseminar, 19./20. Januar 2007:  
Von der Organisation zum Organismus  
(Gliederung, soziale Lebensprozesse und  
Organbildung, Salutogenese im Sozialen)

Wochenendseminar, 2./3. März 2007:  
Grundlagen und Praxis des assoziativen Wirtschaftens

Wochenendseminar, 27./28. April 2007:  
Fragen der Preisbildung in der Wirtschaft und  
in der Kultursphäre, Preis und Lohn

Wochenendseminar: 15./16. Juni 2007:  
Soziale Wirkungen von Eigentum, Geld und Kapital

##### 2. Studienjahr

Arbeitswoche, 23. bis 29. September 2007:  
Sozialgestaltung und Menschenverständnis -  
Das Soziale als Übungsfeld menschlicher Entwicklung

Wochenendseminar, 30. Nov./1. Dez. 2007:  
Die Neuordnung des Eigentums und des Geldwesens

Wochenendseminar, 11./12. Januar 2008:  
Individualität und Staat:  
Der Vertrag als Quelle modernen Rechts

Wochenendseminar, 29. Februar/1. März 2008:  
Individualität und Staat:  
Der Rechtsstaat als Schutz- und Förderraum

Wochenendseminar, 25./26. April 2008:  
In Entwicklungen denken (Nachhaltige Entwicklung)

Wochenendseminar, 13./14. Juni 2008:  
Vom Ganzen her wollen (Arbeit, soziale Sicherung)

27./28. September 2008:  
Abschließende Intervention der TeilnehmerInnen

**Weitere Infos** unter [www.sozialimpulse.de/studiengang.htm](http://www.sozialimpulse.de/studiengang.htm) oder Prospekt anfordern. Dieser Studiengang kann nur als Ganzer besucht werden.

## Die Idee des Grundeinkommens: Anstoß zu einer Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung

**Arbeitstagung, Fr, 30. Juni  
bis So, 2. Juli 2006**

Anthroposophisches Zentrum Kassel,  
Wilhelmshöher Alle 261

Mitveranstalter: Kulturinitiative im  
Anthroposophischen Zentrum Kassel

**Freitag, 30. Juni 2006:** 19.30: Öffnung des  
Tagungsbüros // 20.00 - 22.00: Das Recht auf  
Entwicklung: Sozialversicherung und Grundein-  
kommen - zwei Wege, ein Ziel? (Vortrag Udo  
Herrmannstorfer, Aussprache)

**Samstag, 1. Juli 2006:** 09.00 - 10.30: Wie  
lassen sich Sozialsysteme unter Bedingungen  
des globalen Wettbewerbs gerecht  
finanzieren? (Referat Harald Spehl, Aussprache)  
// 11.00 - 12.30: Grundeinkommen als  
Sockel der sozialen Sicherung - verschiedene  
Grundeinkommensmodelle (Referat Christoph  
Strawe, Aussprache) // 14.30 - 16.00: Die  
Bewältigung des Problems der Arbeitslosigkeit  
- Alternativen zu Hartz IV (Referat Michael  
Ross, Aussprache) // 16.30 - 18.00: Neue  
Wege im Gesundheitswesen, in der Pflege und  
bei Invalidität (Referat Udo Herrmannstorfer,  
Christoph Strawe, - Aussprache) // 19.30 -  
21.00: Was geschieht mit der Altersversorgung?  
(Referat Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl,  
Aussprache)

**Sonntag, 2. Juli 2006:** 09.00 - 10.30: Leisten für  
andere ohne Einkommenszwang? (Referat Udo  
Herrmannstorfer, Michael Ross, - Aussprache) //  
11.00 - 12.30: Abschlussplenum: Perspektiven  
und Handlungsrichtungen

**Teilnahmebeitrag** (ohne Unterbringung und  
Verpflegung) EUR 140,-, Verpflegung zusätzlich  
25,-. Infos über Unterbringungsmöglichkeiten  
unter [www.sozialimpulse.de/http://www.sozialimpulse.de/Texte\\_html/HotelsKassel.htm](http://www.sozialimpulse.de/http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/HotelsKassel.htm)  
oder auf Anfrage.

*Lebendiges Verstehen -  
Soziales Gestalten*

# Goetheanismus als Impuls zur Erneuerung von Sozialwissenschaft und sozialer Praxis

Seminar, Fr, 27. bis So,  
29. Oktober 2006

Rudolf Steiner Haus Frankfurt/M, Hügelstr. 67  
Mitveranstalter: Anthroposophische Gesellschaft  
Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Freitag, 27.10.: 19.15: Öffnung des Tagungsbüros  
// 20.00: Was ist Goetheanismus? (Vortrag Dr.  
Wolfgang Schad, mit Aussprache)

**Samstag**, 28.10.: Methodische Elemente einer  
goetheanistischen Sozialwissenschaft: 9.30  
- 11.15: Vom komplexen System zum sozialen Or-  
ganismus (Udo Herrmannstorfer) // 11.45 - 13.00:  
Gesprächsarbeit // 15.00 - 16.30: Polarität und  
Steigerung im Sozialen (Udo Herrmannstorfer, Dr.  
Michael Ross) // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit  
// 20.00: Die Überwindung des Zuschauerbe-  
wusstseins und die Entwicklung des Gemeinsinns  
(Dr. Wolfgang Schad u.a.)

**Sonntag**, 29.10.: 9.00 - 10.30: Die goetheanis-  
tische Methode in der Zusammenarbeit in Einrich-  
tungen und im zivilgesellschaftlichen Engagement  
(Dr. Michael Ross, Dr. Christoph Strawe) // 11.00  
- 12.30: Abschlussgespräch

**Teilnahmebeitrag** (ohne Unterbringung und Verpfle-  
gung) EUR 140,-, Verpflegung zusätzlich 20,-. Infos  
über Unterbringungsmöglichkeiten unter [www.sozialimpulse.de/Texte\\_html/Anweg\\_Frankfurt.htm](http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/Anweg_Frankfurt.htm)  
oder auf Anfrage.

## Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung - möglichst 2 - 3 Wochen  
vor Beginn - erleichtert uns die Organisation und  
verhindert, dass Veranstaltungen ausfallen müssen.  
Sie erhalten rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen  
Veranstaltung eine Teilnahmebestätigung und  
weitere Informationen. Teilnahmegebühr möglichst  
jeweils vor Beginn des Seminars überweisen an:  
Institut für soziale Gegenwartsfragen, Kontonummer  
381 18 - 709, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100  
70 (bitte Name und Veranstaltung vermerken). Teil-  
nehmer aus dem Ausland können zur Vermeidung  
hoher Überweisungsgebühren bei Tagungsbeginn  
bar bezahlen. Kurzfristige Anmeldung und Zah-  
lung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn  
ansonsten bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache.  
Ermäßigungen sind im begründeten Einzelfall mög-  
lich, bedürfen jedoch ebenfalls der Rücksprache.  
Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir eine  
Bearbeitungsgebühr in Höhe von 20 % des Teil-  
nehmerbeitrags erheben können, wenn Sie später  
als eine Woche vor Veranstaltungsbeginn von der  
Teilnahme zurücktreten.

## Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen  
e.V. Stuttgart, Haußmannstraße 44a,  
D-70188 Stuttgart  
Tel.: (+49) 0711-23 68 950,  
Fax: (+49) 0711-23 60 218,  
E-Mail: [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de),  
Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de)